

Ressourcen für Solidarität

Religion macht einen Unterschied



© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

März 2024

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Yasemin El-Menouar

Autor:innen

Dr. Ulf Tranow
Prof. Dr. Annette Schnabel
Marcel Mücke

Lektorat

Gesine Bonnet, Wiesbaden

Korrektorat

Paul Kaltefleiter, Bielefeld

Grafikdesign

VISIO Kommunikation GmbH, Bielefeld

Titelbild

© Maria – stock.adobe.com

DOI 10.11586/2024041



Ressourcen für Solidarität

Religion macht einen Unterschied

Ulf Tranow
Annette Schnabel
Marcel Mücke

Inhalt

Yasemin El-Menouar

Religion(en) – eine unterschätzte Solidaritätsressource?	7
Solidarität und Zusammenhalt	8
Anlage dieser Studie	8
Kernergebnisse	11
Handlungsempfehlungen zur Stärkung religiöser Solidaritätspotenziale in Deutschland	12
Literatur	15

Ulf Tranow, Annette Schnabel, Marcel Mücke

1. Einleitung: Solidarität und Religion in pluralistischen Gesellschaften	16
2. Solidarpraxen: Spenden und freiwilliges Engagement	23
2.1 Potenzielle und tatsächliche Spendenbereitschaft	23
2.2 Spendenwahrscheinlichkeit und Religion	28
2.3 Einflussfaktor generalisiertes Vertrauen	31
2.4 Freiwilliges Engagement	34
3. Solidarklima, erfahrene Solidarität und Gerechtigkeitswahrnehmungen als Voraussetzung für Solidarität	40
3.1 Einschätzungen des Solidarklimas	41
3.2 Solidarklima und Religion	43
3.3 Wie wird Solidarität im Alltag erlebt?	47
3.4 Gerechtigkeitseinschätzungen	48
4. Ebenen der Solidarität: Wer unterstützt wen?	53
4.1 Wer soll Unterstützungsleistungen erbringen?	54
4.2 Solidarverpflichtungen außerhalb der Familie	57
4.3 Solidartypen: Wie umfassend soll Solidarität sein?	60
5. Zusammenfassung: Zur Verzahnung von Solidarität und Religion	63
6. Schlussfolgerungen	71
Literatur	74
Über die Autor:innen	78

Religion(en) – eine unterschätzte Solidaritätsressource?

Yasemin El-Menouar

Solidarisch zu handeln bedeutet, füreinander einzustehen, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und sich für eine gerechte Gesellschaft einzusetzen. In herausfordernden Zeiten, wenn der Streit zunimmt und Spaltungen drohen, gewinnt die Ressource der Solidarität – und damit der beharrliche Blick auf das Gemeinsame – noch einmal mehr an Bedeutung.

Die zurückliegenden Jahre waren geprägt von multiplen Krisen. Sie haben uns gezeigt, welcher gesellschaftliche Schatz darin liegt, wenn Menschen solidarisch handeln: Die Coronapandemie hätten wir nicht bewältigen können, wenn die jüngeren Generationen nicht zum Wohle vulnerabler Bevölkerungsgruppen ihren Alltag eingeschränkt hätten. Nach der Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 reisten tausende Freiwillige in Gummistiefeln an, um mit anzupacken. Und auch nationale Grenzen wurden und werden überwunden: Bereits 2015/16, als Hunderttausende unter anderem vor dem syrischen Bürgerkrieg nach Europa flohen, leisteten zahlreiche Menschen mit hohem persönlichem Einsatz Hilfe und ließen sich auch nicht von denen abbringen, die diese „Willkommenskultur“ verächtlich machten. Im Februar 2022, als Russland die Ukraine überfiel, zeigte sich erneut eine überwältigende Hilfsbereitschaft, obwohl sich viele Kommunen bereits am Rande ihrer Belastungsgrenze befanden. Besonders bemerkenswert ist, dass viele Menschen bereit waren, die Flüchtlinge sogar in ihre Wohnungen aufzunehmen. Ein Jahr später hat ein Erdbeben den Südosten der Türkei sowie den Nordwesten Syriens in Schutt und Asche gelegt und Zigtausende das Leben gekostet. Sofort haben sich Rettungstrupps aus der ganzen Welt auf den Weg gemacht, um Überlebende zu bergen und die

Menschen vor Ort zu versorgen. Neben diesen Formen aktiver Hilfe haben Millionen Menschen und Unternehmen Geld gespendet und Versorgungspakete gepackt.

Ähnliche Solidaritätswellen haben wir schon zu früheren Zeitpunkten erlebt, etwa beim Erdbeben in Haiti im Jahr 2010. Die Hilfsbereitschaft belegt auch der Spendenmonitor, dem zufolge das Spendenvolumen in den letzten 20 Jahren stetig zugenommen hat.¹ Im Verhältnis zu ihrem Einkommen haben Menschen mit weniger Geld sogar mehr gespendet als Vermögende. Diese Beispiele belegen, wie sehr die globalisierte Welt auch menschlich zusammengewachsen ist – und in schwierigen Zeiten auf Hilfe und Unterstützung bauen kann.

Religionsgemeinschaften sowie die zahlreichen Hilfsorganisationen in religiöser Trägerschaft (wie das Network of Jewish Human Services Agencies, die Diakonie und Caritas oder der Rote Halbmond) haben hierzu maßgeblich beigetragen. Durch ihre Kontakte zu Gemeinden rund um die Welt und durch Projekte etwa in der Entwicklungszusammenarbeit sind sie besonders prädestiniert, Hilfsleistungen über nationale Grenzen hinweg zu organisieren. Zugleich verfügen sie über eine gewachsene Kultur des Einstehens füreinander. Diese kommt nicht allein in regelmäßigen Spendensammlungen in Gottesdiensten und an religiösen Feiertagen zum Ausdruck, sondern auch in praktischer Hilfe – etwa in Projekten für

¹ Zuletzt sind die Spendeneinnahmen leicht zurückgegangen (Deutscher Fundraising Verband 2023a). Dennoch lag der Anteil an Menschen, die im Jahr 2023 Geld gespendet haben, immer noch deutlich höher als noch 2021 (Deutscher Fundraising Verband 2023b, 2022, 2021).

Geflüchtete: So haben 2015 gerade auch muslimische Gemeinden über Monate Menschen aufgenommen, die über die Balkanroute nach Deutschland kamen. Ein anderes Beispiel: die Berliner Stadtmission, die 2022 vor dem Berliner Hauptbahnhof zigtausende ukrainische Geflüchtete, darunter viele Frauen und Kinder, mit Suppe, Tee und Informationen versorgt hat (weitere Beispiele zum Engagement religiöser Gemeinden: Gerlach et al. 2023). Auch für den Frieden, Ökologie und Nachhaltigkeit engagieren und vernetzen sich Religionsgemeinschaften lokal und weltweit (vgl. Diefenbacher 2015 sowie die Interreligiöse Erklärung zum Klimaschutz bei der Weltklimakonferenz COP28²).

Bereits in früheren Studien des Religionsmonitors konnten wir zeigen, dass sich religiös gebundene Menschen stärker für andere einsetzen als solche ohne Konfession – nicht zuletzt aufgrund der Gelegenheitsstrukturen in ihren Gemeinden (Nagel und El-Menouar 2017, Hillenbrand et al. 2023). In den letzten Jahrzehnten hat sich die religiöse Landschaft in Deutschland jedoch deutlich verändert: Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben einen massiven Mitgliederschwund zu verzeichnen; nicht einmal jede:r Zweite ist heute Mitglied in der evangelischen oder katholischen Kirche (El-Menouar 2022). Zugleich erleben wir – vor allem durch Einwanderung – eine noch nie da gewesene Pluralisierung von Religion (Müke et al. 2023). Zahlreiche religiöse Minderheiten sind inzwischen in Deutschland beheimatet und haben eigene religiöse Strukturen aufgebaut. Welchen Einfluss haben diese Veränderungen auf die Solidaritätsressourcen unserer Gesellschaft?

Solidarität und Zusammenhalt

In öffentlichen Debatten und politischen Reden hat die Klage über einen schwindenden Zusammenhalt und eine abnehmende gesellschaftliche Solidarität ihren festen Ort. In unserem

Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt, mit dem wir seit 2012 die Qualität des sozialen Miteinanders untersuchen, konnten wir in den zurückliegenden Jahren jedoch allen Unkenrufen zum Trotz einen relativ stabilen Zusammenhalt feststellen. Krisen wie die Pandemie sowie der Ukrainekrieg mit all seinen Folgen haben dem Zusammenhalt jedoch zugesetzt. Eine repräsentative Untersuchung für Baden-Württemberg zeigt: Die Menschen haben seitdem weniger Vertrauen in ihre Mitmenschen, in die sozialen Netze und die Solidarität im Land (Arant et al. 2022). Erste Analysen einer aktuellen bundesweiten Radar-Erhebung aus dem Jahr 2023 (im Erscheinen) lassen erkennen, dass diese Entwicklung auch für ganz Deutschland zutrifft. Ob damit der gesellschaftliche Zusammenhalt bereits nachhaltig erodiert oder vor allem lautstarke Kräfte ihr Geschäft mit der Spaltung betreiben, ist damit noch nicht gesagt (Mau et al. 2023).

Es lohnt sich also, genau hinzuschauen und die verschiedenen Dynamiken, die hier wirken, einzubeziehen. In unseren empirischen Untersuchungen legen wir ein mehrdimensionales Konzept von Zusammenhalt zugrunde. Dieser besteht danach aus stabilen, vertrauensvollen und vielfältigen sozialen Beziehungen, einer positiven emotionalen Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und aus der Bereitschaft der Menschen, Verantwortung zu übernehmen für andere durch Engagement und Solidarität. Das macht deutlich, dass Solidarität essenziell ist für die Qualität unseres sozialen Miteinanders. Dabei geht es ebenso darum, wie Menschen das Solidaritätsklima in unserer Gesellschaft erleben, als auch darum, wie solidarisch sie sich selbst verhalten. Von Bedeutung sind zudem Wechselwirkungen etwa mit dem Institutionenvertrauen und der wahrgenommenen Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Anlage dieser Studie

Diese Studie des Religionsmonitors 2023 nimmt Solidarität als Dimension des Zusammenhalts

² <https://www.partner-religion-development.org/interreligioese-erklaerung-cop28/>

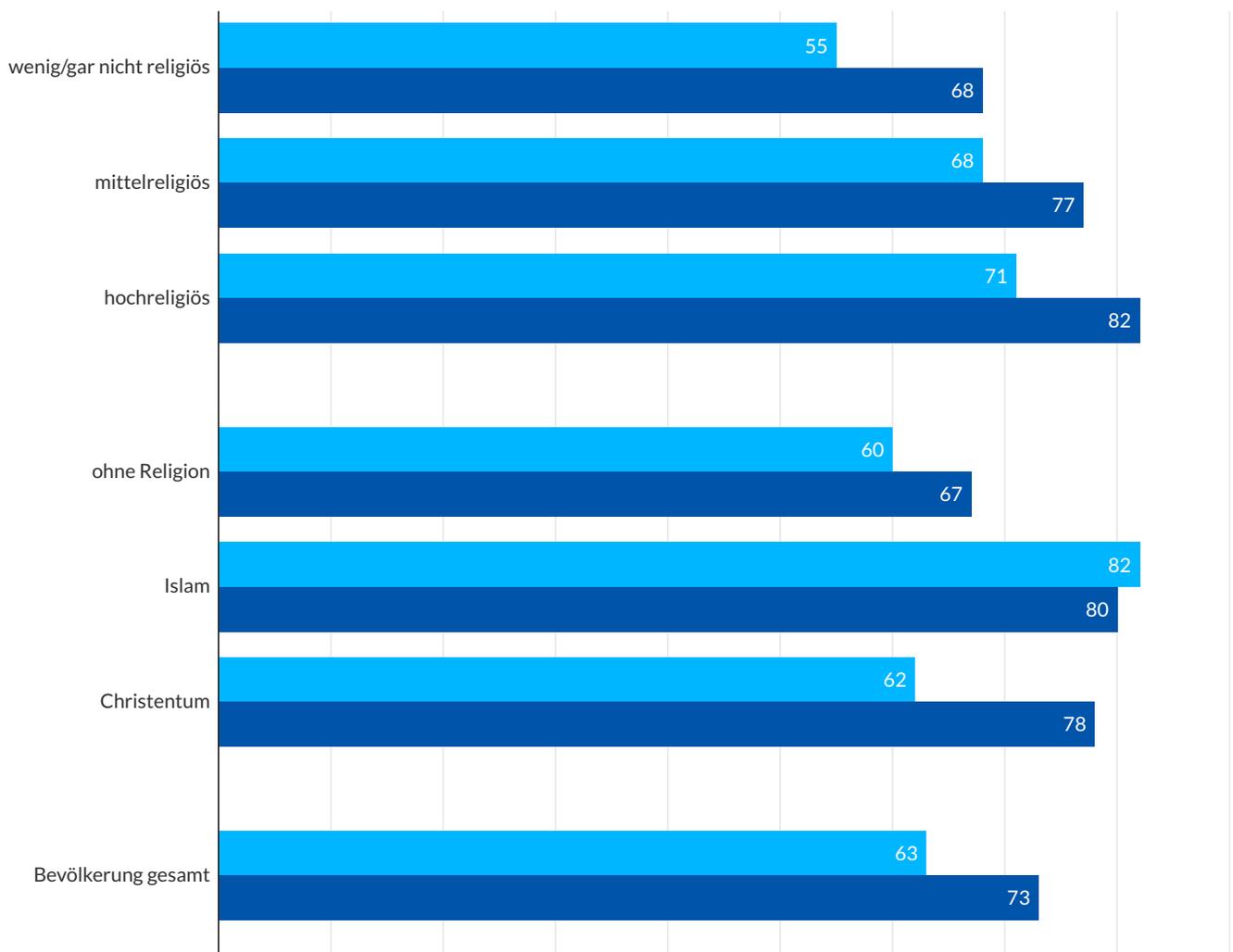
umfassend in den Blick. Dazu haben wir untersucht, über welche Solidaritätsressourcen unsere Gesellschaft verfügt, wie weit diese reichen und welche Rolle Religion hierbei spielt. Anspruch war es, die Mechanismen zu verstehen, auf denen gesellschaftliche Solidarität gründet.

Insgesamt zeigen die Daten: Unsere Gesellschaft verfügt trotz – oder vielleicht gerade

wegen – der aktuellen Krisen über stabile Solidaritätsressourcen. Diese manifestieren sich beispielsweise in einer breiten Spenden-tätigkeit. Die Bereitschaft zur Solidarität wird vor allem angestoßen durch Anlässe im näheren Umfeld und eigenen Land, überschreitet aber auch nationale Grenzen: So würden fast drei Viertel der Menschen Geld spenden für Flutopfer in Deutschland, wenn eine Hilfsorganisation darum bittet. Und mit 63 Prozent

Spendenbereitschaft nach Religion und Religiosität (in %)

■ Hilfsorganisation bittet um Geldspenden für Erdbebenopfer in Entwicklungsland ■ Hilfsorganisation bittet um Geldspenden für Flutopfer in Deutschland



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

Religionsmonitor 2023 – Methodensteckbrief

Die Datenerhebung für den Religionsmonitor 2023 hat das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Die Daten beziehen sich – wie auch in den Vorgängerwellen der Jahre 2009, 2013 und 2017 – auf die Grundgesamtheit der Bevölkerung in Deutschland im Alter ab 16 Jahren. Erstmals kam für den Religionsmonitor für Deutschland eine Melderegisterstichprobe zum Einsatz, die den aktuell bestmöglichen Stichprobenzugang für Bevölkerungsbefragungen darstellt. Dieser Ansatz wurde ergänzt durch eine Zusatzstichprobe auf Basis eines Online-Access-Panels; beide Stichprobenquellen wurden mittels geeigneter Gewichtung miteinander verknüpft.

Gemeinsam bildet dieser kombinierte Datensatz mit N = 4.363 vollständigen Interviews die Analysebasis für die Erhebung in Deutschland (N = 2.038 aus dem Melderegister und N = 2.325 aus dem Online-Panel). Der Datensatz enthält Aufstockungen der Personen muslimischen Glaubens, deren Anteile im Rahmen der Gewichtung an entsprechende Schätzungen aus der Einwohnermeldestichprobe angepasst wurden.

Weitere Befragungen fanden in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Polen, Spanien und den USA ebenfalls auf Basis von Online-Access-Panels statt. Grundgesamtheit dieser internationalen Studienmodule war die in den jeweiligen Ländern lebende Bevölkerung mit Internetzugang im Alter ab 16 Jahren. Auch bei den hier eingesetzten nationalen Online-Access-Panels wurden quotierte Einsatzstichproben, die auf den Merkmalen Alter in Gruppen, Geschlecht und Region innerhalb des Befragungslandes beruhten, vorgenommen und anschließend gewichtet. Eine Aufstockung für Muslim:innen war im internationalen Studienmodul nicht vorgesehen.

Der Gesamtdatensatz, bestehend aus insgesamt 10.657 Befragten, setzt sich wie folgt zusammen: Deutschland N = 4.363, Frankreich N = 1.065, Großbritannien N = 1.045, Niederlande N = 1.051, Spanien N = 1.046, Polen N = 1.046, USA N = 1.041. Die Feldzeit aller Module lag im Juni und Juli 2022.

würde ebenfalls eine Mehrheit Geld spenden, wenn es um Hilfe für Erdbebenopfer in einem Entwicklungsland geht.

Das macht Hoffnung. Gleichzeitig sehen wir, dass gesellschaftliche Solidarität nicht selbstverständlich ist und auf einem fragilen Fundament steht. Hält der Vertrauensverlust in gesellschaftliche Institutionen als Garanten für Gemeinwohl und Gerechtigkeit an, ist mit Einbrüchen in der Solidaritätsbereitschaft der Menschen zu rechnen. Dies legen umfangreiche Zusammenhangsanalysen unserer Studienautor:innen nahe.

Ihre Untersuchungen belegen auch, dass Religion – insbesondere wenn es sich um gelebte religiöse Praxis handelt, die mit einer Gemeindeanbindung einhergeht – gesellschaftliche Solidarität stärken kann. Wer auf solche Weise religiös ist, zeigt ein höheres Solidaritätsverhalten und ist zuversichtlicher im Hinblick auf die Potenziale unserer Gesellschaft. So nimmt die Bereitschaft, für Flutopfer in Deutschland oder Erdbebenopfer in einem Entwicklungsland zu spenden, mit höherer Religiosität zu und beträgt unter Hochreligiösen sogar 82 beziehungsweise 71 Prozent.

In dieser Studie können wir schließlich zeigen, dass religiöse Minderheiten umfangreich zur gesellschaftlichen Solidarität beitragen: Muslim:innen würden in hohem Maße Opfern von Naturkatastrophen sowohl hierzulande (80 Prozent) als auch außerhalb Deutschlands (82 Prozent) helfen. Diese Potenziale, die Religion in die Gesellschaft einbringen kann, gilt es zu fördern und stärker gesamtgesellschaftlich zum Tragen zu bringen.

An dieser Stelle danken wir den Autor:innen Annette Schnabel, Ulf Tranow und Marcel Müke für ihre wertvollen Analysen und Erkenntnisse, die Sie in dieser Publikation im Detail nachlesen können. Nachfolgend haben wir die Kernergebnisse zusammengefasst.

Kernergebnisse

Unsere Gesellschaft verfügt über stabile Solidaritätsressourcen. Zwei Drittel der Menschen in Deutschland haben in den letzten zwölf Monaten – vor der Datenerhebung dieser Studie – für wohltätige Zwecke gespendet, davon 72 Prozent in Form von Geldspenden. Dies zeigt, dass wir auch oder gerade in Zeiten multipler Krisen – trotz wirtschaftlicher Einbrüche und einer politisch angespannten Situation – auf gesellschaftliche Unterstützung bauen können. Die große Mehrheit der Befragten wäre zudem bereit, auch in Zukunft für wohltätige Zwecke zu spenden: Von einem – angenommen – Lottogewinn von 100.000 Euro würden die Menschen im Schnitt rund 9.000 Euro abgeben; das ist als ein wichtiger Indikator für die Solidarbereitschaft zu werten. Zudem engagierte sich zum Zeitpunkt der Befragung jede:r Vierte freiwillig. Das sind vergleichsweise wenige; die eingeschränkten Möglichkeiten des freiwilligen Engagements während der Coronapandemie wirkten zum Erhebungszeitpunkt vermutlich nach.

Religion stärkt gesellschaftliche Solidarität. Unter religiös gebundenen Menschen ist die Bereitschaft zu spenden ausgeprägter als unter religiös Ungebundenen: Während 71 Prozent der christlichen und 69 Prozent der muslimischen Befragten im zurückliegenden Jahr für wohltätige Zwecke gespendet haben, sind es unter Menschen ohne Glaubenszugehörigkeit nur 59 Prozent. Auch Unterschiede beim freiwilligen Engagement lassen sich auf den Faktor Religion zurückführen: Während lediglich 17 Prozent der konfessionslosen Menschen ohne religiöse Sozialisation ehrenamtlich tätig sind, sind es unter den religiös Gebundenen mit 31 Prozent nahezu doppelt so viele. Die Wahrscheinlichkeit zum freiwilligen Engagement steigt auch dann, wenn eine Person heute zwar konfessionslos ist, aber religiös erzogen wurde. Das zeigt, dass religiöse Prägung und die damit verbundenen Gemeinschaftserfahrungen auf die Gemeinwohlorientierung

der Menschen nachwirken. Die Daten des Religionsmonitors legen nahe, dass solidarisches Verhalten einerseits Gelegenheitsstrukturen voraussetzt, wie sie beispielsweise religiöse Gemeinden bieten, aber auch an eine solidarische Grundhaltung gekoppelt ist, die durch religiöse Überzeugungen gefördert wird.

Unsere Gesellschaft wird im Großen und Ganzen als solidarisch erlebt. Eine deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland bewertet das hiesige Solidaritätsklima positiv: Drei Viertel sagen, selbst schon einmal Unterstützung erfahren zu haben; zwei Drittel stimmen der Aussage zu, dass sich Arme und in Not Geratene in unserer Gesellschaft auf Hilfe verlassen können. Dabei denken die meisten vermutlich an institutionelle Unterstützungsstrukturen durch den Sozialstaat, denn das zwischenmenschliche Klima wird deutlich schlechter bewertet. So sind 74 Prozent der Meinung, die meisten Menschen würden nur an sich denken und nicht an andere; 55 Prozent glauben, wer auf andere Rücksicht nehme, ziehe letztlich den Kürzeren, und fast jede:r Zweite misstraut den Mitmenschen. Auch hier zeigt sich, dass religiöse Menschen ein positiveres Bild von ihren Mitmenschen und ihrer Solidarbereitschaft haben.

Der Sozialstaat soll soziale Ungleichheit verringern. Die Familie ist für die weitaus meisten Menschen in Deutschland (89 Prozent) die erste Anlaufstelle in einer Notsituation. 79 Prozent würden sich im akuten Bedarfsfall auch an Freund:innen und die Nachbarschaft wenden – und nicht zuerst an den Staat. Wenn es jedoch um eine dauerhafte und nachhaltige Absicherung existenzieller Risiken und die Verringerung sozialer Ungleichheit geht, sieht mit 78 Prozent ebenfalls eine deutliche Mehrheit den Staat in der Verantwortung. Für immerhin 44 Prozent sind auch religiöse Gemeinden wichtige Anlaufstellen in Notsituationen und hierbei staatlichen Stellen vorzuziehen; vor allem Menschen mit religiöser Zugehörigkeit denken so. Aber auch ein Drittel der Konfessi-

onslosen ist der Meinung, dass religiöse Gemeinden in der Not besser helfen können als der Staat.

Eine Mehrheit sieht Gerechtigkeitslücken.

Wie gerecht die Verteilung gesellschaftlicher Gewinne wahrgenommen wird, ist in liberalen Demokratien ein Indikator gesellschaftlicher Solidarität. Darin drückt sich aus, wie zufrieden die Menschen mit gesellschaftlichen Solidarstrukturen sind. Unsere Befunde lassen in dieser Hinsicht jedoch eine enorme Unzufriedenheit erkennen: 77 Prozent der Menschen in Deutschland halten Armut für nicht selbst verschuldet. 74 Prozent sind der Meinung, die sozialen Unterschiede seien ungerecht. Noch mehr (84 Prozent) sehen es als ungerecht an, wie wirtschaftliche Gewinne in Deutschland verteilt werden.

Erfahrungen von Ungerechtigkeit und Diskriminierung hemmen Solidaritätsressourcen.

Die Bereitschaft, sich gemeinwohlorientiert zu verhalten, hängt maßgeblich davon ab, wie solidarisch und gerecht die Gesellschaft und Institutionen wahrgenommen werden. Dabei zeigen multivariate Analysen, dass die Solidaritätsbereitschaft sinkt, je negativer das gesellschaftliche Solidaritätsklima erlebt wird. Beispielhaft steht dafür die geringere Spendenbereitschaft bei Personen mit einem geringen sozialen Vertrauen: Unter ihnen würde nur eine knappe Mehrheit (52 Prozent) für wohltätige Zwecke spenden, unter Menschen mit einem großen sozialen Vertrauen sind es 74 Prozent. Auffällig ist zudem das deutlich geringere soziale Vertrauen in der muslimischen Bevölkerung. Einen Einfluss übt hier erlebte Diskriminierung aus: Je häufiger Muslim:innen davon betroffen sind, umso geringer ist ihr soziales Vertrauen. Dies lässt erkennen, dass gesellschaftliche Bemühungen zur Überwindung von Diskriminierung und für mehr Akzeptanz und Anerkennung zwischen gesellschaftlichen Gruppen auch dazu beitragen können, Solidaritätspotenziale zu wecken.

Im internationalen Vergleich ist die Zufriedenheit mit dem Solidaritätsklima in Deutschland hoch.

Im Ländervergleich herrscht zwischen den untersuchten europäischen Ländern Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Polen und Spanien ein Konsens über die umverteilende Rolle des Sozialstaates. Bei der Wahrnehmung des Solidarklimas gibt es zum Teil größere Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern: Während mit jeweils rund zwei Dritteln die Mehrheit in Deutschland, in den Niederlanden und in Polen zufrieden ist mit der allgemeinen Solidarität im Land, trifft dies für lediglich 40 Prozent der Menschen in Frankreich zu. Großbritannien und Spanien bewegen sich im Mittelfeld. In den USA drückt sich in den Ergebnissen eine stärkere Orientierung an einem liberalen Wohlfahrtsregime aus, das dem privaten Engagement eine größere Verantwortung zuspricht. Dementsprechend sind in den USA mit 69 Prozent mehr Menschen der Meinung, dass religiöse Gemeinden in Notsituationen besser helfen können als staatliche Stellen. Bemerkenswert ist, dass auch in den Niederlanden – mit einem noch größeren Anteil an Konfessionslosen als Deutschland – religiösen Gemeinden mehrheitlich eine wichtige Rolle in Notsituationen zugesprochen wird.

Handlungsempfehlungen zur Stärkung religiöser Solidaritätspotenziale in Deutschland

Unsere Ergebnisse lassen erkennen, dass Religionen zu einer stärkeren Gemeinwohlorientierung beitragen und Brücken zwischen Menschen bauen können. In einer Zeit, in der Religion in Deutschland an Bedeutung zu verlieren scheint, können gezielte Maßnahmen dazu beitragen, das religiöse Potenzial für gesellschaftliche Solidarität zu stärken. Folgende Handlungsempfehlungen können wir auf Basis der Daten des Religionsmonitors ableiten:

Religiöse Gemeinden und Akteur:innen stärker einbinden: Neben genuin religiösen Angeboten stellen Religionen Gelegenheitsstrukturen für gegenseitige Hilfe und Unterstützung bereit. Mit ihren Erfahrungen und nationalen wie internationalen Netzwerken können sie zudem ihre Solidaritätsressourcen schnell aktivieren. Religiöse Gemeinden und Akteur:innen sowie Organisationen in religiöser Trägerschaft bieten sich deswegen als Katalysator und Vernetzungsplattform für Hilfsinitiativen an. Die verschiedenen politischen Ebenen und insbesondere die Kommunen sollten daher Religionen als wichtigen Teil der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen noch stärker mitdenken und einbinden. Das gilt in besonderem Maße für religiöse Minderheiten, deren Engagement oft zu wenig gesehen und wertgeschätzt wird. Hierbei spielen auch Ressentiments eine Rolle, die die Hürden für persönlichen Kontakt und Austausch hochsetzen. Eine Einbindung, die genügend Raum lässt, soziale Distanzen abzubauen und Vorurteile zu überprüfen, ist daher am besten geeignet, religiöse Solidaritätsressourcen zu heben. Im besten Fall eröffnet sie zudem den Zugang zu wertvollen interkulturellen Kompetenzen und internationalen Kontakten für Hilfsprojekte.

Eigeninitiative zählt – sich selbst in das Gemeinwesen einbringen: Je mehr Menschen ohne jeden Kontakt zu Religionen aufwachsen, desto eher sind religiöse Gemeinden und Akteur:innen gefordert, sich proaktiv in soziale Projekte und Nachbarschaftsinitiativen einzubringen und ihre Gemeinwohlaktivitäten bekannter zu machen. Damit diese größere Wirkung entfalten können, sollten sich Gemeinden mit ihren gemeinwohlorientierten Initiativen gezielt öffnen. Dabei sind drei Ebenen von Adressat:innen zu berücksichtigen: Andersgläubige und nicht religiöse Menschen, die ebenso von Hilfsprojekten profitieren wie zur tatkräftigen Mitwirkung eingeladen werden können; andere zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Organisationen, mit denen Kooperationsprojekte

denkbar sind; schließlich Politik und Verwaltung als wichtige Türöffner und Geldgeber. Gemeinsame Aktivitäten verbinden die Menschen über Religionsgrenzen hinweg, stärken gegenseitiges Vertrauen und Verständnis und stiften Gemeinschaft. Das erhöht nicht nur die Selbstwirksamkeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Kommunen, sondern stärkt auch die individuelle wie gesellschaftliche Resilienz.

Interreligiöse Partnerschaften eingehen: Das Engagement vieler Gemeinden, insbesondere der Gemeinden religiöser Minderheiten, basiert in weit größerem Maße auf dem Ehrenamt als bei den christlichen Kirchen. Daher können sie gerade in krisenhaften Zeiten schnell an ihre Grenzen kommen. Vor diesem Hintergrund können interreligiöse Partnerschaften, wie es sie beispielsweise bereits im Bereich der Hilfe für Geflüchtete gibt, die religiösen Solidaritätsressourcen auch kleinerer Gemeinden stärker zum Tragen bringen. Das Modell interreligiöser Servicepartnerschaften wird in einigen Ländern bereits erfolgreich praktiziert (Pipes und Ebaugh 2002). Sie haben den Vorteil, dass sich die Aufgaben auf mehreren Schultern verteilen, Brücken untereinander gebaut sowie spezifische, mit der Einwanderungserfahrung verbundene Kompetenzen optimal eingebracht werden können. Als hilfreich erweisen sich zudem Plattformen, die den interreligiösen Dialog und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Religionsgemeinschaften auf Dauer stellen, wie Räte und runde Tische der Religionen in Kommunen.³

Diversitätsfördernden religionspolitischen Rahmen schaffen: Das deutsche Modell der Beziehung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften ist durch Kooperation geprägt und sieht eine enge Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen wie der Wohlfahrtspflege vor. Damit bringt es bereits – anders als laizistische Systeme – eine Wertschät-

³ Vgl. etwa: <https://www.bundeskongress-religionen.de>

zung für eine öffentlich sichtbare Religion und für religiöse Solidaritätsressourcen mit sich. Zugleich ist das Religionsverfassungsrecht historisch und bis heute strukturell durch die Vorrangstellung der beiden großen Kirchen geprägt. Das erschwert den gleichberechtigten Zugang und die aktive Mitwirkung von Religionsgemeinschaften, die anders organisiert sind als die Kirchen – wie etwa muslimische Konfessionen. Eine diversitätsoffenerere Gestaltung des deutschen Kooperationsmodells kann daher dazu beitragen, die Solidaritätsressourcen von religiösen Minderheiten besser zu fördern und gesellschaftlich zur Geltung zu bringen. Hierbei ist die Politik gefragt, geeignete praktische Lösungen in Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften zu entwickeln und den Rechtsrahmen weiterzuentwickeln.

(Inter-)Religiöse Gemeinwohliniitiven stärker sichtbar machen: Die Berichterstattung und die öffentlichen Debatten rund um das Themenfeld Religion – und insbesondere zum Islam – sind nach wie vor durch einen starken Problemfokus geprägt. In einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem die Bindung an religiöse Institutionen abnimmt

(El-Menouar 2022), kann dies Ressentiments gegenüber religiösen Gruppen und Religion im Allgemeinen verstärken. Die vorliegende Studie macht deutlich, dass Religion viele Solidaritätspotenziale mit sich bringt, die stärkere öffentliche Aufmerksamkeit verdienen. Die Untersuchung weist zudem darauf hin, dass Ressentiments religiöse Solidaritätspotenziale schwächen können: Das lassen etwa die Diskriminierungserfahrungen der muslimischen Befragten erkennen, die dazu führen, dass diese ihren Mitmenschen weniger vertrauen. Eine stärkere Sichtbarkeit von positiven Beispielen wie (inter-)religiösen Initiativen kann zu einer differenzierteren Wahrnehmung beitragen und einseitig negative Bilder von Religion aufbrechen. Neue, positive Bilder können nicht nur antidemokratischen Bestrebungen etwas entgegensetzen, die gerne bestehende Vorurteile instrumentalisieren, sondern auch den Zusammenhalt in einer superdiversen Gesellschaft stärken. Hier sind auch die muslimischen Gemeinden gefragt, sich – etwa durch Initiativen wie den Tag der offenen Moscheen – weiter zu öffnen und ihre gemeinwohlorientierte Arbeit stärker sichtbar zu machen.

Literatur

- Arant, Regina, Georgi Dragolov, Klaus Boehnke und Kai Unzicker (2022). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022. Kurzbericht*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-kurzbericht> (Download 20.2.2024).
- Diefenbacher, Hans (Hrsg.) (2015). *Kooperieren – aber wie? Nachhaltigkeit in Kirchen, Religionsgemeinschaften und Kommunen*. Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V., Institut für interdisziplinäre Forschung, Heidelberg. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/kooperieren_-_aber_wie_bf.pdf (Download 20.2.2024).
- Deutscher Fundraising Verband (2021). *Deutscher Spendenmonitor 2021*. Berlin. <https://www.dfrv.de/wp-content/uploads/2022/01/Deutscher-Spendenmonitor-2021.pdf> (Download 20.2.2024).
- Deutscher Fundraising Verband (2022). *Deutscher Spendenmonitor 2022*. Berlin. <https://www.dfrv.de/wp-content/uploads/2022/12/Spendencharts.pdf> (Download 20.2.2024).
- Deutscher Fundraising Verband (2023a). *Deutscher Spendenmonitor 2023 – 8% weniger Spendeneinnahmen in Deutschland*. Pressemitteilung. Berlin. <https://www.dfrv.de/blog/2023/11/29/pressemitteilung-deutscher-spendenmonitor-2023-6-weniger-spendeneinnahmen-in-deutschland/> (Download 20.2.2024).
- Deutscher Fundraising Verband (2023b). *Deutscher Spendenmonitor 2023*. Berlin. <https://www.dfrv.de/wp-content/uploads/2023/11/Pressecharts-DSM23-gen.pdf> (Download 20.2.2024).
- El-Menouar, Yasemin (2022). *Die Zukunft der Kirchen – zwischen Bedeutungsverlust und Neuverortung in einer vielfältigen Gesellschaft. Ergebnisse des Religionsmonitors 2023 – eine Vorschau*. Religionsmonitor kompakt. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Gerlach, Julia, Eman Helal und Sabine Rietz (2023). *An das Gute glauben. Wie sich religiöse Gemeinden und Akteure für Geflüchtete engagieren*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Hillenbrand, Carolin, Detlev Pollack und Yasemin El-Menouar (2023). *Religion als Ressource der Krisenbewältigung? Analysen am Beispiel der Coronapandemie*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Mau, Steffen, Thomas Lux und Linus Westheuser (2023). *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Frankfurt a. M.
- Müke, Marcel, Ulf Tranow, Annette Schnabel und Yasemin El-Menouar (2023). *Zusammenleben in religiöser Vielfalt. Warum Pluralität gestaltet werden muss*. Religionsmonitor 2023. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Nagel, Alexander K., und Yasemin El-Menouar (2017). *Engagement für Geflüchtete – eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Pipes, Paula, und Helen Rose Ebaugh (2002). „Faith-based coalitions, social services, and government funding“. *Sociology of Religion* 63 (1). 49–68.

1. Einleitung: Solidarität und Religion in pluralistischen Gesellschaften

Solidarität gehört zu den großen moralischen Imperativen unserer Gesellschaft. Mit dem Begriff assoziieren wir Zusammenhalt, Unterstützung und Kooperation, die auf Vorstellungen wechselseitiger Verbundenheit basieren. Dabei erschöpft sich Solidarität nicht in Verbundenheitsgefühlen, sondern verlangt die Bereitschaft zu Leistungen zugunsten anderer oder der Gemeinschaft, auch wenn diese mit Kosten verbunden sind. In Situationen, in denen die Gesellschaft mit Herausforderungen konfrontiert ist, für deren Bewältigung keine Routinen und Patentrezepte zur Verfügung stehen, wird der Ruf nach Solidarität lauter. Auch die multiplen Krisen der letzten Jahre – insbesondere die Covidpandemie, der Ukrainekrieg und der sich rasant vollziehende Klimawandel – wirken als ein solcher Auslöser. Appelliert wird an die Bereitschaft, zugunsten des Gemeinwohls und der Unterstützung besonders Betroffener eigene Belastungen in Kauf zu nehmen, weil sich die Herausforderungen nur „gemeinsam“ bewältigen lassen.

„In Situationen, in denen die Gesellschaft mit Herausforderungen konfrontiert ist, für deren Bewältigung keine Routinen und Patentrezepte zur Verfügung stehen, wird der Ruf nach Solidarität lauter.“

Solidarität ist aber nicht nur als „mobile Einsatzressource“ (Hondrich und Koch-Arzberger 1992: 29) in gesellschaftlichen Ausnahmesituationen und Krisen von Relevanz. Sie ist auch ein wichtiges normatives Bindemittel für den vergleichsweise geräuscharmen alltäglichen gesellschaftlichen Zusammenhalt. So ist Solidarität Anspruch und gelebte Unterstützungspraxis in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen wie der Familie, der Nachbarschaft, der religiösen Gemeinde oder am Arbeitsplatz. Solidarität ist darüber hinaus der Auftrag karitativer Einrichtungen, Gewerk-

schaften und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich direkt oder anwaltschaftlich für Benachteiligte und für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Damit wird verhindert, dass soziale Ungleichheiten zu gesellschaftlichen Sollbruchstellen werden. Und nicht zuletzt ist Solidarität ein wichtiges normatives Leitprinzip, das in unterschiedlicher Weise in das Design staatlicher und suprastaatlicher Institutionen einfließt: Der nationale Wohlfahrtsstaat, der mit seinen Versicherungs- und Umverteilungsleistungen die strukturellen Probleme einer kapitalistischen Marktgesellschaft adressiert, kann als „institutionalisiertes Solidaritätsarrangement“ (Lessenich 1999: 25) gelesen werden. Auch auf EU-Ebene nimmt die institutionalisierte Solidarität etwa im Strukturfonds zur Förderung regionaler Entwicklung (EFRE) Gestalt an. Solidarität ist also ein Kitt, der Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen und über verschiedenartige Verpflichtungszusammenhänge zusammenhält.

Solche Solidarnormen auf unterschiedlichen Ebenen des Sozialen und in verschiedenen institutionellen Kontexten formulieren zunächst aber nur Ansprüche daran, was an wechselseitigem Beistand und wechselseitiger Unterstützung geboten oder legitim ist. Damit Solidarnormen in der Praxis Geltung erlangen und sich in praktische Solidarität übersetzen, müssen sie – wie alle sozialen Normen – von einem mehr oder minder ausgeprägten Konsens getragen werden. Ob und inwieweit ein solcher Konsens existiert, spiegelt sich in den gesellschaftlich verbreiteten Solidarorientierungen. Diese sind eine wichtige Quelle für die Motivation zu solidarischen Eigenleistungen sowie für die politische Akzeptanz beziehungsweise Unterstützung institutionalisierter Solidarität.

ABBILDUNG 1: Wirkung von Solidarnormen über verschiedene Ebenen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt



Quelle: Eigene Darstellung.

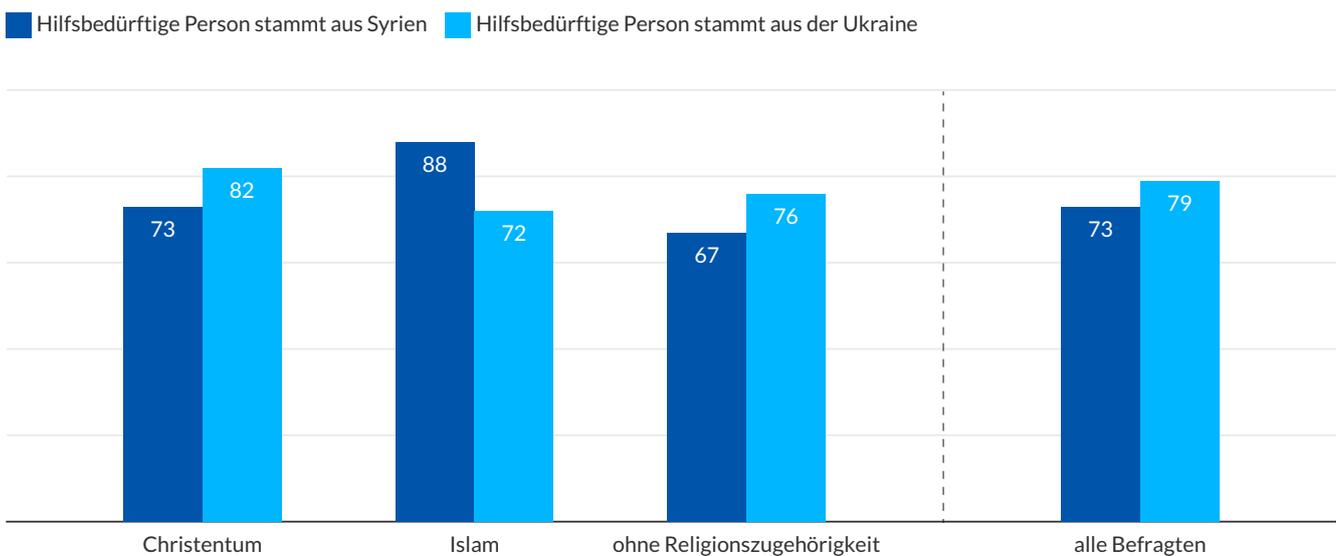
Ein Konsens über Solidarnormen kann keineswegs als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Auf Fragen, wie weit die Solidargemeinschaft reicht, wie viel Solidarität in Bedarfssituationen angemessen ist oder welche gesellschaftlichen Instanzen (etwa Familie, Zivilgesellschaft, Staat) die Hauptlast für die Organisation von Solidarität tragen sollten, kann es höchst unterschiedliche Antworten geben. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen kennen Solidarorientierungen unterschiedlicher Reichweite und mit unterschiedlich starkem Verpflichtungscharakter (Schnabel und Tranow 2020). Nicht selten wird befürchtet, dass mit einer zunehmenden kulturellen Pluralisierung eine Schwächung oder zumindest eine zunehmende Partikularisierung von Solidarbindungen einhergeht.

„Nicht selten wird befürchtet, dass mit einer zunehmenden kulturellen Pluralisierung eine Schwächung oder zumindest eine zunehmende Partikularisierung von Solidarbindungen einhergeht.“

Einen Hinweis darauf finden wir auch in den Daten des Religionsmonitors 2023: Danach gefragt, ob sie einer geflüchteten Person, die um Unterstützung bei einem Behördengang bittet, helfen würden, geben die meisten Befragten zwar an, dass sie dazu bereit seien, doch die Wahrscheinlichkeit der Hilfe ist nicht zuletzt davon abhängig, wer bittet. Dabei spielt es eine erhebliche Rolle, ob die geflohene Person aus Syrien oder aus der Ukraine stammt und welcher Religionsgemeinschaft sich die Befragten zuordnen. Die Unterschiede im Antwortverhalten lassen darauf schließen, dass die Unterstützungsbereitschaft in Abhängigkeit einer religiös vermittelten subjektiven Wahrnehmung von „kultureller Nähe“ variiert (Abbildung 2). Unter den christlichen Befragten ist der Anteil derer, die „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“ einer geflüchteten Person aus der Ukraine helfen würden, höher als der Anteil derer, die „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“ zur Unterstützung einer geflüch-

ABBILDUNG 2: Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten aus Syrien und der Ukraine – nach Religionszugehörigkeit (in %)

Geflüchtete Person bittet um Unterstützung bei Behördengängen.



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

teten Person aus Syrien bereit sind (82 zu 73 Prozent). Unter den Befragten muslimischen Glaubens ist es genau umgekehrt (72 zu 88 Prozent). Bei den Befragten ohne Religionszugehörigkeit fällt auf, dass der Anteil derjenigen, die einer geflüchteten Person aus Syrien helfen würden, noch mal leicht geringer ausfällt als unter den christlichen Befragten (67 zu 73 Prozent) und deutlich geringerer als unter den muslimischen (67 zu 88 Prozent).

Hier deutet sich bereits ein doppeltes Potenzial von Religion als gruppenmarkierendem Faktor an: Als moralisch-ethische Ressource kann sie eine universelle Solidarität fördern, die auch als fremd wahrgenommenen Personen zugutekommt. Als Ressource kollektiver Identität kann sie aber auch eine partikulare Solidarität und Grenzziehung nahelegen, bei der es eine Rolle spielt, ob eine Person als zur eigenen Gruppe dazugehörig und als kulturell nah empfunden wird. Angesichts dieses doppelten Potenzials von Religion stellt sich uns die Frage, ob beziehungsweise wie sich die religiöse Pluralisierung und Säkularisierung in den Solidarorientierungen unserer Gesellschaft niederschlagen.

Der folgende Bericht zielt darauf, dieses *Verhältnis von Solidarität und Religion* auf der Grundlage der Daten des Religionsmonitors 2023 näher zu untersuchen. Wir interessieren uns erstens dafür, welche Solidarorientierungen in der Gesellschaft verbreitet sind, und möchten zweitens herausfinden, ob beziehungsweise wie diese mit religiösen Überzeugungen und Praktiken zusammenhängen. Mit dieser Untersuchung wollen wir auf empirischer Grundlage eine Vorstellung von den Solidaritätsressourcen der Gesellschaft erhalten und zudem verstehen, welche Rolle Religion für diese spielt.

Durch die Ergebnisse der empirischen Religionssoziologie und unsere eigenen Untersuchungen im Rahmen des Religionsmonitor-Berichts „Zusammenleben in Vielfalt“ (Müke et al. 2023) wissen wir, dass Religion klassi-

scherweise eine sinnstiftende Funktion besitzt und sich unsere Gesellschaft in den letzten Dekaden deutlich diversifiziert hat: Auf der einen Seite ist eine Pluralisierung religiöser Orientierungen, auf der anderen Seite eine zunehmende Säkularisierung zu beobachten. Auf diese Weise beginnt sich Deutschland durch eine ausgeprägte Heterogenität in Glaubensfragen auszuzeichnen: Nur noch knapp die Hälfte der Bevölkerung fühlt sich einer der beiden großen christlichen Kirchen zugehörig, wobei lediglich eine Minderheit der sich als christlich Verstehenden den Glauben auch aktiv lebt. Etwas über ein Drittel fühlt sich gar keiner Religionsgemeinschaft zugehörig und kann als religionsfern beschrieben werden. Der Anteil der muslimischen Gläubigen liegt bei etwa 8 Prozent. Auch wenn die Muslim:innen alles andere als eine homogene Gruppe sind, lassen sie im Schnitt eine stärker ausgeprägte religiöse Identität erkennen als die in Deutschland lebenden Christ:innen (ebenfalls im Durchschnitt).

Wir können davon ausgehen, dass Religion in modernen Gesellschaften weiterhin eine wichtige – wenn auch längst nicht die einzige – Ressource erstens für ethisch-moralische Überzeugungen und zweitens für eine gefühlte Zugehörigkeit beziehungsweise kulturelle Nähe und Distanz ist. Beide Aspekte – *Moral* und *Zugehörigkeit* – sind für die Ausbildung von Solidarorientierungen und mit diesen verknüpften Handlungsbereitschaften von großer Bedeutung. Bei Solidarität handelt es sich zunächst nur um ein abstraktes Leitprinzip, das postuliert, dass wir uns aufgrund einer geteilten Zugehörigkeit zu einer Gruppe wechselseitig etwas schulden. Zu den Solidarverpflichtungen zählt beispielsweise die Bereitschaft, zum Gemeinwohl beizutragen statt Trittbrett zu fahren, Unterstützung in Bedarfsituationen zu leisten, auch wenn reziproke Leistungen ungewiss sind, oder eine faire Verteilung von Gütern und Kooperationserträgen statt lediglich den eigenen Profit anzustreben (Tranow 2012). Um diese reichlich abstrakten Leitvorstellungen von Solidarität

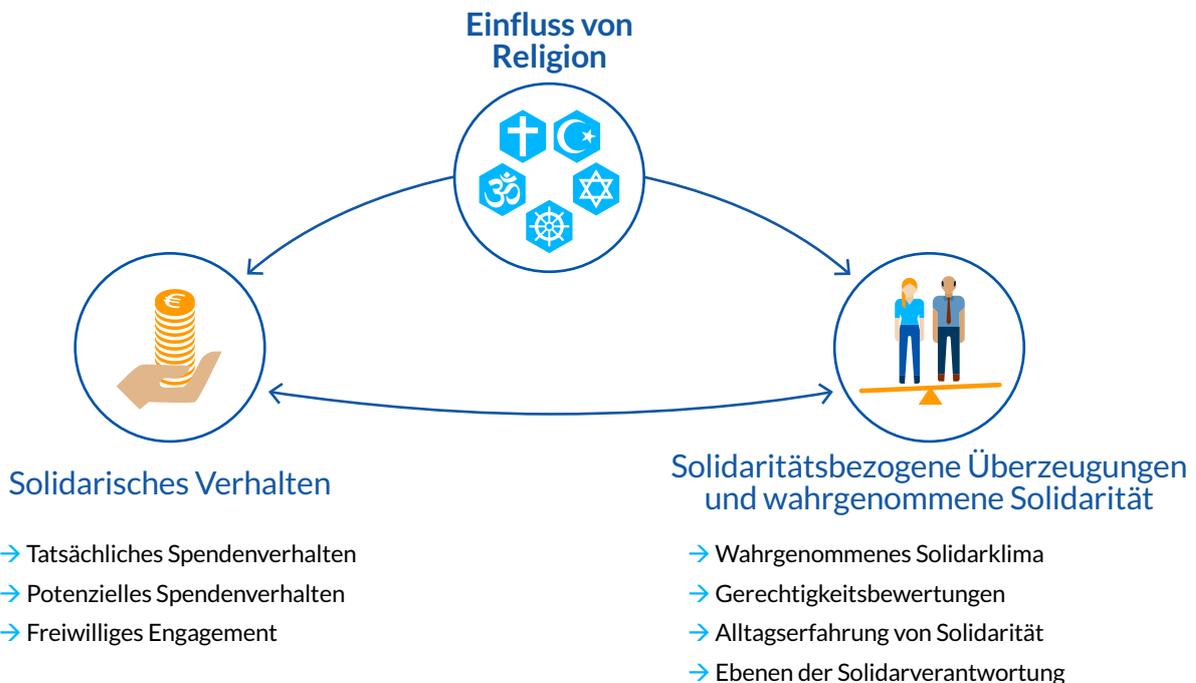
in konkrete Solidaranforderungen zu übersetzen, braucht es „Brückentheorien“, die Antworten darauf geben, wer eigentlich in welchem Maße zu „uns“ gehört und was und wie viel wir uns im Namen der Solidarität schulden. In ausdifferenzierten und wertpluralen Gesellschaften stellt Religion zwar keineswegs die einzige „Brückentheorie“ zur Verfügung, doch war Religion vor allem historisch für das Solidaritätsverständnis europäischer Gesellschaften von herausragender Bedeutung. Wir können davon ausgehen, dass trotz gesellschaftlichen Wandels ein historischer Überhang besteht, der Religion und Religiosität zu einer nach wie vor relevanten Übersetzungsinstanz macht.

Um zu verstehen, wie es um die Solidarressourcen unserer Gesellschaft bestellt ist und welche Rolle Religion für Solidarität spielt, ist es sinnvoll, Solidarität als ein mehrdimensionales Konstrukt zu begreifen (Abbildung 3).

Solidarorientierungen unterscheiden sich nicht einfach darin, ob sie „schwach“ oder „stark“ ausgeprägt sind, sondern in den spezifischen Konfigurationen, wie eine solidarische Mitverantwortung gefasst wird. Diesem Umstand tragen wir in dieser Untersuchung Rechnung, indem wir unterschiedliche Aspekte und Dimensionen der Solidarität einbeziehen. Wie bereits erwähnt, erschöpft sich Solidarität nicht in Verbundenheitsgefühlen, sondern verpflichtet auf die Bereitschaft, Leistungen zugunsten anderer oder einer Gemeinschaft auch unter

„Beide Aspekte – Moral und Zugehörigkeit – sind für die Ausbildung von Solidarorientierungen und mit diesen verknüpften Handlungsbereitschaften von großer Bedeutung.“

ABBILDUNG 3: Einfluss von Religion auf Solidaritätsressourcen



der Inkaufnahme von Kosten zu erbringen. Vor diesem Hintergrund interessieren wir uns für die handlungspraktische Seite von Solidarität und fragen unter anderem nach dem *Spendenverhalten* und der Bereitschaft, eigene finanzielle und nicht pekuniäre Ressourcen zugunsten anderer oder für gemeinnützige Zwecke aufzuwenden. Dazu gehört auch das *freiwillige Engagement* zugunsten anderer oder gemeinschaftlicher Anliegen in Initiativen, Verbänden oder Gemeinden. Dieses Engagement stiftet „Sozialkapital“ (Putnam 2000), das einen Grundpfeiler gesellschaftlicher Solidarität darstellt, da es Vertrauen in zweifacher Hinsicht schafft: dass Solidarität auch für einen selbst gelten kann, sollte sie notwendig sein, und dass diejenigen, denen Solidarität zuteilwird, diese auch verdienen. Dieses Sozialkapital kann sowohl gesellschaftliche Unterschiede überbrückende (*bridging*) als auch nur innerhalb einer Gruppe verbindende (*bonding*) Wirkung entfalten. Diese Wirkungen betreffen die Reichweite der Bindungskraft von Solidarität. Welche Kraft überwiegt, wird im Folgenden zu analysieren sein.

Ein wichtiges Element von Solidarität ist das Prinzip der Wechselseitigkeit: Die Partei, die Solidarleistungen erbringt, soll legitimerweise damit rechnen dürfen, dass auch sie im Bedarfsfall Unterstützung erfährt. Von der Partei, die Solidarleistungen erhält beziehungsweise in Anspruch nimmt, darf erwartet werden, dass sie zu eigenen Solidarbeiträgen bereit ist, sofern sie über entsprechende Mittel verfügt. Dieses Prinzip der Wechselseitigkeit impliziert, dass die Bereitschaft zu Solidarität an ein grundlegendes Vertrauen in die Solidaritätsbereitschaft der anderen gebunden ist. Vor diesem Hintergrund interessieren wir uns für das wahrgenommene *Solidarklima* in der Gesellschaft, also dafür, wie die Befragten ihre Mitbürger:innen einschätzen. Zudem fragen wir nach *Gerechtigkeitswahrnehmungen* und der *erfahrenen Solidarität* im Alltag, weil auch diese Faktoren einen Einfluss auf

Solidarhandlungen und -orientierungen haben dürften.

„Das Prinzip der Wechselseitigkeit impliziert, dass die Bereitschaft zu Solidarität an ein grundlegendes Vertrauen in die Solidaritätsbereitschaft der anderen gebunden ist.“

Wie in Abbildung 1 dargestellt, ist Solidarität innerhalb von Gesellschaften unterschiedlich organisiert und auf unterschiedlichen Ebenen verankert. Dabei lassen sich die Ebenen der Familie, der Nachbar:innen und Freund:innen, karitativer Verbände, zivilgesellschaftlicher Organisationen, staatlicher Institutionen oder zwischenstaatlicher Kooperationen unterscheiden. Im Folgenden werden wir uns auf die Familie, Nachbarschaft/Freundschaft, religiöse Gemeinschaften und den Staat konzentrieren. Dass die Unterscheidung dieser Ebenen eine wichtige Rolle für die Erfassung von Solidarität und ihrer gesellschaftlich relevanten Folgen hat, zeigt ein Vergleich zwischen angelsächsischen und kontinental-europäischen Wohlfahrtsstaaten: Verlassen sich erstere vor allem auf die Solidarleistungen informeller, familialer und zivilgesellschaftlich bereitgestellter Unterstützungen, bauen letztere eher auf rechtlich institutionalisierte Solidaritäten. Vor diesem Hintergrund interessieren wir uns dafür, welche sozialen Instanzen und *Ebenen* von den Befragten als die wichtigsten und effektivsten bewertet werden, um Solidarbedarfe zu bedienen.

Mit diesem Bericht wollen wir ein differenziertes Bild über die Solidaritätsressourcen der Gesellschaft geben, wie sie sich aus den Solidaritätsorientierungen ableiten. Mit unserem Fokus auf die Frage, ob und gegebenenfalls wie sich Religion in Solidarorientierungen übersetzt, wollen wir einen Beitrag zum besseren Verständnis der Rolle von Religion für die soziale Genese von Solidarität leisten. Wie ausgeführt, kann es dabei nicht allein darum gehen, ob Religion Solidarität hervorbringt oder nicht, sondern vielmehr darum, wie und über welche Momente sie dies tut. Denn nur wenn sowohl Religion und

Religiosität als auch Solidarität in ihrer Komplexität ernst genommen werden, lassen sich verlässliche Aussagen über gesellschaftliche Mechanismen der Solidaritätsformation treffen. Der Bericht stützt sich auf Daten des Religionsmonitors 2023, dessen Erhebungsfokus auf Deutschland lag, der aber auch internationale Daten aus sechs weiteren Ländern enthält (USA, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Spanien, Polen). In dieser Auswertung konzentrieren wir uns auf Deutschland. Zu den einzelnen Themen gibt es im Bericht Infoboxen, in denen wir internationale Daten illustrieren. Sie können dabei helfen, die Situation in Deutschland besser einzuordnen.

2. Solidarpraxen: Spenden und freiwilliges Engagement

Solidarität zeigt sich in der Praxis darin, dass zugunsten der Wohlfahrt anderer oder einer Gemeinschaft bestimmte Leistungen erbracht werden. Im sozialen Nahbereich manifestiert sich Solidarität beispielsweise in Handlungen, die dazu beitragen, gemeinsame Anliegen zu verwirklichen, oder in wechselseitigen Unterstützungsleistungen. Jenseits des persönlichen Umfelds sind Spenden und ein freiwilliges soziales Engagement wichtige Säulen gesellschaftlicher Solidarität. Beide Solidarpraxen zeichnen sich durch einen Transfer von Ressourcen (Spenden: Geld oder Sachen, Engagement: Zeit) zugunsten gemeinwohlorientierter Zwecke oder Not leidender anderer aus. Dieser Transfer erfolgt aus freien Stücken, ohne Erwartung einer äquivalenten materiellen Gegenleistung und ohne Aussicht auf direkte Reziprozität (Priller und Sommerfeld 2005: 9). Die *Bereitschaft zum Spenden* und *zum freiwilligen Engagement* sind wichtige Solidaritätsressourcen jenseits staatlicher Leistungen und privater Unterstützungsnetz-

werke. Beide Solidarpraxen leisten einen zentralen Beitrag zur Bewältigung akuter Krisen, zur Beseitigung von Benachteiligungen und zur Bereitstellung öffentlicher Güter und tragen damit wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Im Folgenden werden wir anhand der Daten des Religionsmonitors 2023 skizzieren, wie es um die Praxis des Spendens beziehungsweise des freiwilligen Engagements bestellt ist, und untersuchen, ob und auf welche Arten und Weisen diese Solidarpraxen mit Religion zusammenhängen.

2.1 Potenzielle und tatsächliche Spendenbereitschaft

Wenden wir uns nun im ersten Schritt der Solidarpraktik des Spendens zu (Tabelle 1). Die Bertelsmann Stiftung hat im Rahmen des Religionsmonitors 2023 das Spendenverhalten erhoben und danach gefragt, ob in den letzten zwölf Monaten gespendet wurde.

TABELLE 1: Überblick über Solidarpraxen – Personen mit und ohne Religionszugehörigkeit im Vergleich (in %)

	potenzielle Spendenbereitschaft	tatsächliches Spendenverhalten	gegenwärtiges freiwilliges Engagement
Personen mit Religionszugehörigkeit	66	70	29
Personen ohne Religionszugehörigkeit	53	59	18
alle Befragten	61	66	25

Potenzielle Spendenbereitschaft: „Angenommen, Sie hätten 100.000 Euro im Lotto gewonnen, würden Sie einen Teil für wohltätige/gemeinnützige Zwecke spenden?“; **Tatsächliches Spendenverhalten:** „Haben Sie in den letzten 12 Monaten gespendet?“; **Freiwilliges Engagement:** „Engagieren Sie sich zurzeit freiwillig?“. Anteile der Befragten, die mit „Ja“ geantwortet haben.

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

| BertelsmannStiftung

66 Prozent der Befragten geben an, im Laufe der vergangenen zwölf Monate gespendet zu haben. Der Religionsmonitor 2023 bestätigt damit den Befund anderer Studien, dass in Deutschland ein ausgeprägtes Spendenverhalten existiert. Dieses ist zunächst eine gute Nachricht – zeigt sich doch, dass die Gesellschaft auch in kritischen Zeiten auf solidarische Unterstützung setzen kann. Allerdings erfolgte die Datenerhebung kurz nach den Erfahrungen mit dem Jahrhunderthochwasser an der Ahr im Winter 2021 in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Wir können vermuten, dass viele Befragte auch unter dem Eindruck ihrer Erfahrung dieser konkreten und geografisch sehr nahen Katastrophe geantwortet haben.¹ Die Daten des jüngsten Deutschen Spendenmonitors lassen erkennen, dass die Spendenbereitschaft zuletzt zurückgegangen ist. Dazu haben vermutlich steigende Lebenshaltungskosten infolge von Energiekrise und Inflation beigetragen.²

Interessant ist nun, welcher Art die Spenden sind, die die Befragten in den letzten zwölf Monaten nach eigenen Angaben geleistet haben. Wir haben also danach gefragt, welche Form die tatsächlichen Spenden annahmen. Wir folgen dabei einer üblichen, finanzwissenschaftlichen Unterscheidung in *transfer in cash* (Geldspenden) und *transfer in kind*

(Sachspenden).³ Diese Unterscheidung trägt zwei verschiedenen Einstellungen den Empfänger:innen gegenüber Rechnung: Ein *transfer in cash* gilt als Transfer, der es den Empfangenden überlässt, selbst zu entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben möchten. Die Verwendung der Spende kann dabei durchaus auch gegen die Absicht der spendenden Person erfolgen. Dies hält Menschen oft davon ab, bettelnde Menschen im öffentlichen Raum mit Geldbeträgen zu unterstützen. Ein *transfer in kind* hingegen umfasst, was der oder die Spendende als Bedarf für angemessen hält (oder was er oder sie gern abgeben möchte). In der Finanzwissenschaft wird diese Form der Umverteilung unter dem Verdacht einer eher „paternalistischen“ Einmischung in die Entscheidungsfreiheit der Empfangenden diskutiert. Organisationen, die Spenden sammeln und verteilen, bewegen sich zwischen diesen Polen: Sie bevorzugen pekuniäre Spenden, setzen diese jedoch oft ein, um die zu Unterstützenden mit Sachspenden zu versorgen. Dies ist vor allem in Notfällen existenziell, weil in solchen Situationen Versorgungsgüter oft nicht vor Ort gekauft werden können. Wenn aber für Menschen eine Grundversorgung im Sinne (wohlfahrts-)staatlicher Solidarleistungen sichergestellt werden soll (z. B. in Form von Übernachtungsmöglichkeiten für Wohnungslose, Gesundheitsleistungen für Geflohene oder Freizeitbeschäftigungen für Kinder sozial schwacher Familien), so stellt sich immer die Frage, ob Menschen selbst entscheiden können sollten, welche Versorgung sie haben möchten, oder ob diese durch andere bestimmt werden sollte.

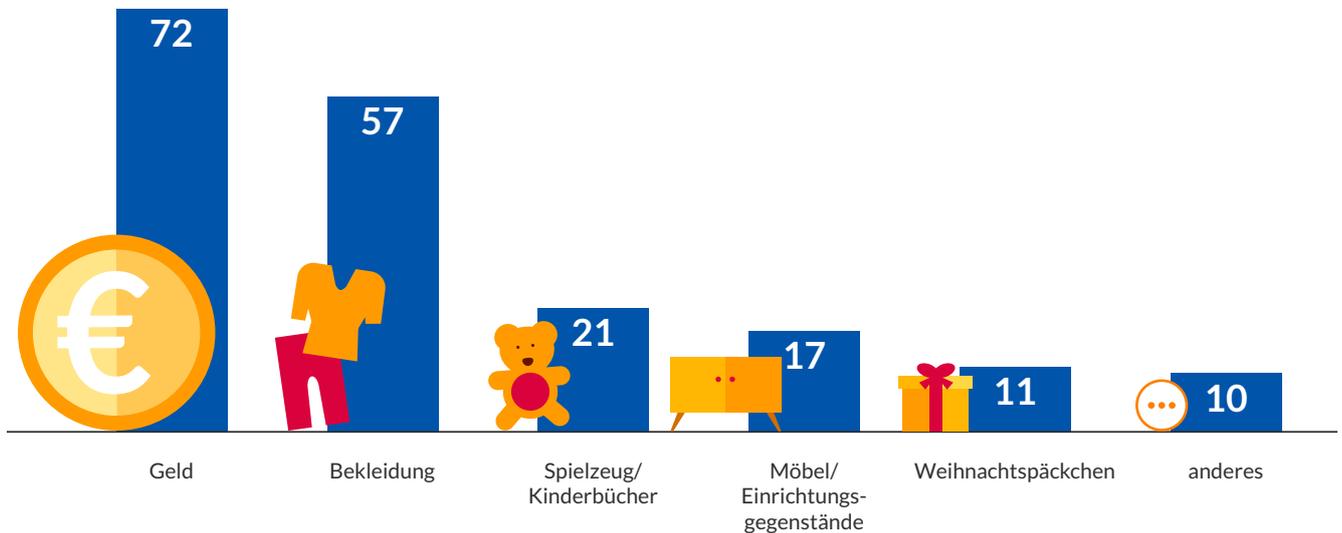
Von den Befragten, die nach eigener Aussage in den letzten zwölf Monaten gespendet haben, hat mit 72 Prozent die weitaus größte Mehrheit Geld gespendet (Abbildung 4). 44 Prozent sagen von sich, Sachspenden geleistet zu haben. 57 Prozent der wohltätigen Befragten spendeten Bekleidung, 21 Prozent Kinderspielzeug und Kinderbücher, 17 Prozent spendeten

1 Der Anteil der Spendenden ist in dieser Befragung größer als in vielen anderen Umfragen. Dies lässt sich durch die unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte erklären: Deckte der Religionsmonitor auch den Zeitraum des katastrophalen Hochwassers an der Ahr (14. – 17.06.2021) ab, lag dieses Ereignis nicht mehr im Erhebungsrahmen etwa des Deutschen Spendenmonitors, der vom Deutschen Fundraising Verband herausgegeben wird. Darüber hinaus gibt der Spendenmonitor steuerlich absetzbare Spenden gesondert aus (zusätzliche 4,5 Prozent der spendenden Personen); diese wurden für den Religionsmonitor nicht gesondert erhoben.

2 Laut Deutschem Spendenmonitor ist die Spenderquote im Jahr 2023 voraussichtlich von 53 auf 48 Prozent gesunken. Auch die Spenden insgesamt seien um rund 8 Prozent zurückgegangen: <https://www.dfrv.de/blog/2023/11/29/pressemitteilung-deutscher-spendenmonitor-2023-6-weniger-spendeneinnahmen-in-deutschland/>

3 Vgl. z. B. Musgrave et al. 1987: 97 ff.

ABBILDUNG 4: Art der in den letzten 12 Monaten getätigten Spende (in %)



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren; Befragte, die in den letzten 12 Monaten gespendet haben (N = 2.887), gültige Fälle, gewichtet.

| BertelsmannStiftung

Möbel, Weihnachtspäckchen packten 11 Prozent.⁴ Dass Geld- und Sachspenden einander nicht ausschließen, lässt sich daran erkennen, dass von denjenigen, die Geld spendet haben, mehr als die Hälfte auch Sachspenden geleistet hat. Es scheint also so etwas wie eine generelle normative Verpflichtung zu Unterstützungsleistungen für andere zu geben, wobei diese eher *transfers in cash* als *in kind* umfasst. Die normative Unterstützungsverpflichtung ist aber offenbar unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Unterscheidung zwischen den beiden Spendenarten legt nahe, dass sie je unterschiedlichen Mechanismen folgen und stark von den Bedingungen der Spendenden abhängen.

„Es scheint so etwas wie eine generelle normative Verpflichtung zu Unterstützungsleistungen für andere zu geben, wobei diese eher *transfers in cash* als *in kind* umfasst.“

Die Unterschiede im Spendenverhalten können mit unterschiedlichen Spendenpräferenzen,

⁴ Hier waren Mehrfachnennungen möglich.

Spendengelegenheiten oder mit Spenden verknüpften *Überzeugungen* zu tun haben. Um eine Aussage über die Verbreitung solidarischer Handlungspräferenzen im Zusammenhang mit Spenden treffen zu können, haben wir nicht nur das *tatsächliche*, sondern auch das *potenzielle* Spendenverhalten erhoben. Dazu haben wir gefragt, ob im Falle eines hypothetischen und zufälligen – also nicht durch eigene Leistung erworbenen – Geldgewinns in Höhe von 100.000 Euro eine Spende zugunsten wohltätiger beziehungsweise gemeinnütziger Ziele geleistet werden würde und wenn ja, in welcher Höhe. Dieses Szenario unterscheidet sich vom realen Leben: Es gibt weder Ressourcenbeschränkungen, fehlende Gelegenheiten oder etwaige Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit einer spendensammelnden Organisation, die in der Praxis nicht selten einer Spende im Weg stehen. Ebenso wird hier nicht unterschieden, ob die Empfänger:innen zur Eigen- oder zu einer Fremdgruppe gehören. Damit kommen die Antworten einem Indikator für solidarische Handlungspräferenzen sehr nahe.

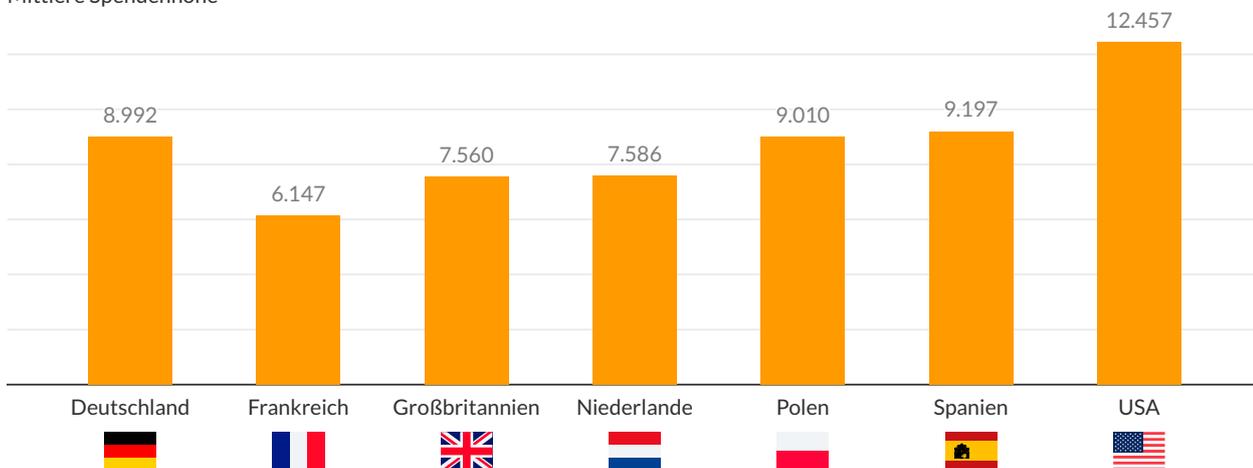
In dieser Studie liegt der Anteil derer, die im Falle eines solchen zufälligen Geldgewinns – sogenannter *windfall gains* – eine Spende tätigen würden, bei 61 Prozent. Dieses entspricht etwa dem Anteil der Personen, die in spieltheoretischen Studien, insbesondere zum sogenannten „Diktator-Spiel“ (Kahneman et al. 1986), ein prosoziales Verhalten zeigen. Diktator-Spiele bezeichnen Experimente, bei denen Proband:innen – ähnlich zu unserem Szenario – einen Geldbetrag zugewiesen bekommen und entscheiden müssen, ob sie etwas und wie viel sie einer zweiten, ihnen unbekanntem Person abgeben. In einer Meta-Studie, die 129 wissenschaftliche Veröffentlichungen zu solchen Diktator-Spielen ausgewertet hat, kommt Engel (2011) zu dem

Ergebnis, dass gut 36 Prozent gar nichts und eine deutliche Mehrheit von knapp 64 Prozent mindestens einen kleinen Teil abgibt. Im Rahmen der Studien zum Diktator-Spiel wird die Bereitschaft zum freiwilligen Geben ohne Aussicht auf Gegenleistungen als Indikator für das Vorliegen einer Fairness-Disposition interpretiert. Inhaltlich entspricht diese dem, was wir hier als solidarische Handlungspräferenzen bezeichnen.

Was die Spendenbereitschaft bei einem hypothetischen Gewinn von 100.000 Euro angeht, zeigen die Daten folgendes Bild: Im Mittel wollen Befragte knapp 9 Prozent der Summe abgeben (8.992 Euro). Dieser Anteil ist deutlich geringer als der in Experimenten zum

Spendenbereitschaft im Ländervergleich (in €)*

Mittlere Spendenhöhe



* In den USA wurde die Spendenbereitschaft in \$ und in Großbritannien in £ erhoben.

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung der jeweiligen Länder ab 16 Jahren (N = 10.657), gültige Fälle, länderspezifisch gewichtet.

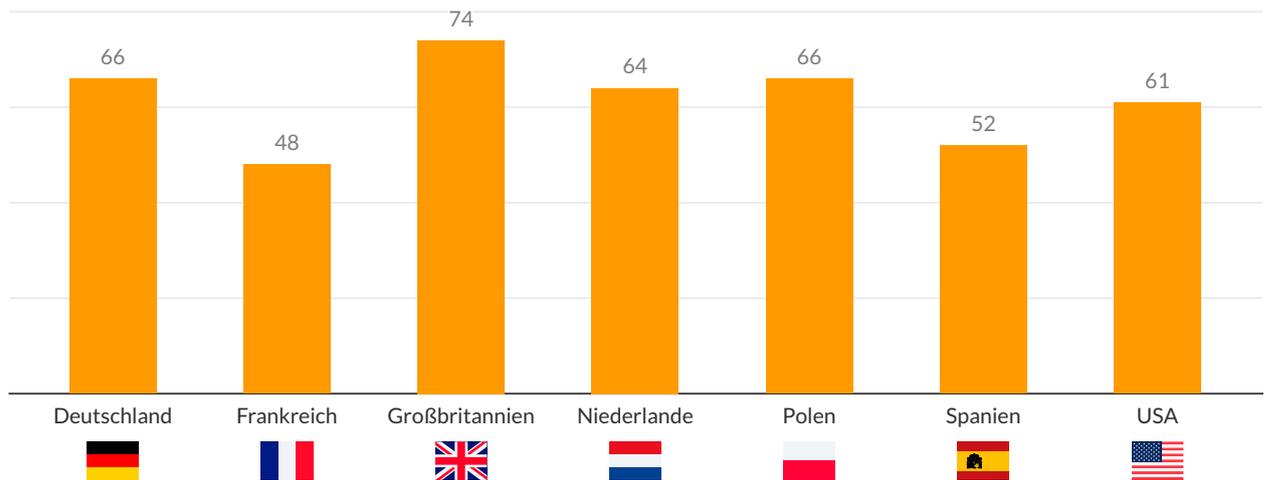
| BertelsmannStiftung

Spendenkulturen unterschiedlich ausgeprägt

In allen untersuchten Ländern ist die potenzielle Spendenbereitschaft hoch, wenn auch teilweise unterschiedlich stark ausgeprägt. In Frankreich ist sie am niedrigsten, in den USA am höchsten. Diese Differenzen lassen sich vermutlich auf unterschiedliche Spendenkulturen zurückführen, die sich alltagsweltlich beispielsweise auch im Umgang mit Trinkgeldern als niedrigschwelligem prosozialem Handeln zeigen (Lynn und Starbuck 2015).

Spendentätigkeit im Ländervergleich (Zustimmung in %)

„Haben Sie persönlich in den letzten zwölf Monaten für wohltätige Zwecke gespendet?“



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung der jeweiligen Länder ab 16 Jahren (N = 10.657), gültige Fälle, länderspezifisch gewichtet.

| BertelsmannStiftung

Brit:innen spenden besonders gerne

Wenn es um die tatsächliche Spendentätigkeit in den letzten zwölf Monaten geht, sind sich die untersuchten Länder ebenfalls größtenteils ähnlich. Auch hier sticht Frankreich heraus: Nicht einmal jede:r zweite Befragte gibt an, im letzten Jahr etwas gespendet zu haben. In Großbritannien hingegen ist die Spendenbereitschaft überdurchschnittlich hoch: Fast drei Viertel der Befragten haben nach eigenen Angaben in den letzten zwölf Monaten spendet. In den USA weichen potenzielle Spendenbereitschaft und tatsächliche Spendentätigkeit besonders stark voneinander ab. Wir können vermuten, dass hier die Differenz zwischen persönlichem Anspruch und realen Möglichkeiten (Spendengelegenheiten, finanzielle Ressourcen) der Spender:innen besonders groß ist.

Diktator-Spiel. Hier liegt der durchschnittliche Anteil bei 20 bis 30 Prozent (Camerer 2003, Engel 2011). Dieser Unterschied dürfte dadurch zu erklären sein, dass es in Experimenten zum Diktator-Spiel zwar um reale, aber doch nur sehr geringe Geldbeträge geht.

„Im Mittel wollen Befragte knapp 9 Prozent der Summe abgeben (8.992 Euro).“

Ein Vergleich zwischen der potenziellen und der tatsächlichen Spendenbereitschaft lässt

zweierlei erkennen. Zum einen liegt der Anteil der Befragten, die nach eigenen Angaben tatsächlich *in cash* gespendet haben⁵, um mehr als zehn Prozentpunkte niedriger als der Befragten, die im Fall von *windfall gains* potenziell spenden würden. Dies könnte beispielsweise daran liegen, dass ein eigentlich spendenbereitschlicher Teil der Bevölkerung in Ermangelung von Opportunitätsstrukturen

⁵ Da es bei der Messung von potenzieller Spendenbereitschaft um Geldbeträge geht, vergleichen wir diese hier nur mit der ebenfalls pekuniären tatsächlichen Spendentätigkeit.

des Spendens – etwa durch fehlendes Wissen darüber, wie die eigene Spende getätigt werden kann – oder aber durch Misstrauen in Spendenorganisationen von einer tatsächlichen Spende absieht.

Unsere Analysen lassen zum anderen erkennen, dass Befragte, die tatsächlich spenden (*cash* und *kind*), im Durchschnitt bereit wären, einen höheren Betrag abzugeben, wenn sie *windfall gains* erhielten: Diejenigen, die „im wahren Leben“ kein Geld gespendet haben, sind bereit, im Durchschnitt knapp über 6 Prozent ihres fiktiven Geldgewinns zu spenden. Diejenigen, die in den letzten zwölf Monaten Geld gespendet haben, sind hingegen bereit, rund 12 Prozent ihres Gewinns abzugeben. Diejenigen, die Sachspenden geleistet haben, würden wiederum fast 11 Prozent ihres Gewinns spenden.⁶ Dies deutet darauf hin, dass potenzielle und tatsächliche Spendenbereitschaft eng miteinander gekoppelt sind: Je stärker die Spendenpräferenz, gemessen an der Spendenhöhe im fiktiven Szenario, desto wahrscheinlich ist es, im realen Leben eine Spende zu leisten.⁷

„Potenzielle und tatsächliche Spendenbereitschaft sind eng miteinander gekoppelt.“

Das führt uns zu der Frage, was die Hintergründe für dieses recht robuste Spendenverhalten sind. Die Zahlen zum Spendenverhalten selbst lassen keinen Rückschluss darauf zu, aus welchen Gründen Menschen spenden. Es könnte sogar sein, dass Personen ohne ausgeprägte Gemeinwohlorientierung zu Spender:innen werden, allein weil sie persönlich angesprochen wurden oder sich durch eine Sachspende die Möglichkeit bietet, ausrangierte Gegenstände einer anderen Verwendung zuzuführen. Umgekehrt kann es

aber auch sein, dass Personen trotz des Wunsches, gemeinwohlorientierte Zwecke zu unterstützen, keine Spende leisten, weil sie gegenwärtig nicht über entsprechende ökonomische oder zeitliche Möglichkeiten verfügen. Auch ist denkbar, dass sie nicht wissen, wohin sie sich mit ihrer Spende wenden können, oder sie nicht in ausreichendem Maß darauf vertrauen, dass ihre Spende tatsächlich bei den Bedürftigen ankommt.

2.2 Spendenwahrscheinlichkeit und Religion

Welche Rolle kommt nun der Religion bei der Erklärung dieser Befunde zu? Ist Religion in der Lage, die Bildung normativer Präferenzen zu unterstützen und tatsächliche Spendenbereitschaft zu beeinflussen?

Dazu gilt es zunächst die allgemeinere Frage zu klären, über welche Pfade Religion Einfluss auf das Handeln im Allgemeinen und damit auch auf die Solidarpraxen des Spendens und des freiwilligen Engagements nehmen kann. Wenn wir davon ausgehen, dass Handeln durch ein Zusammenspiel aus Zielen, Opportunitäten und Überzeugungen entsteht, lassen sich drei Einflusspfade unterscheiden:⁸ Erstens kann Religion als *normative Ordnung* die Handlungspräferenzen von Personen prägen. So können sich Gläubige vor dem Hintergrund ihrer religiös geprägten moralischen Überzeugungen beispielsweise verpflichtet fühlen oder den Wunsch verspüren, durch eine Spende gemeinwohlorientierte Zwecke zu unterstützen. Zweitens stellt Religion als Institution *Opportunitätsstrukturen* für Spenden oder ein freiwilliges Engagement bereit, etwa durch Spendenaktionen oder Angebote, sich in gemeinnützige Initiativen einzubringen. Dieser Aspekt ist wichtig, da

6 Die Zwischengruppendifferenzen sind signifikant ($p > 0,001$).

7 Der Zusammenhang (Pearson's R) zwischen potenzieller und tatsächlicher Geldspende beträgt 0,12 ($p < 0,001$) und zwischen potenzieller Geldspende und tatsächlicher Sachspende 0,1 ($p < 0,001$).

8 Pate steht hier das Desires-Beliefs-Opportunities-Modell, das in der Soziologie im Anschluss an die analytische Philosophie Verwendung findet, um Einflussfaktoren auf das Handeln zu unterscheiden (Hedström 2005, 38 ff.). Von Rössel (2010) wurde dieses Modell auf das Spendenverhalten übertragen.

Wünsche und Präferenzen oder Verpflichtungen allein nicht handlungsbestimmend sind, sondern Gelegenheiten brauchen, um sich in Handlungen zu übersetzen. Diese Gelegenheiten bestimmen dann auch darüber, wie „teuer“ der Einsatz werden wird, wie viel Zeit, Geld oder Engagement aufgewendet werden muss, damit wirklich geholfen werden kann. Manchmal legen Gelegenheiten sogar Handlungen nahe, für die zwar keine starke Präferenz besteht, die sich aber in einer Situation anbieten oder aufdrängen. Die Kirchenkollekte während und nach Gottesdienst und Messe ist dafür ein Beispiel. Drittens kann Religion als eine sozial geteilte und interaktive Praktik *Überzeugungen* darüber prägen, wie unsere Welt beschaffen ist, wie verantwortlich wir für andere und die Gesellschaft im Allgemeinen sind und ob und wie unser Einsatz Solidarziele auch wirklich realisieren kann. Dazu zählen – wie wir später sehen werden – auch Überzeugungen darüber, wie sehr man Menschen im Allgemeinen oder staatlichen Institutionen im Besonderen vertrauen kann. Wenn man beispielsweise nach einem Katastrophenfall die Opfer durch eine Geldspende unterstützen möchte, ist oft die Überzeugung ausschlaggebend, die Organisation, über die die Spende an die Opfer weitergeleitet wird, sei vertrauenswürdig. Neben Wünschen und Gelegenheiten sind solche – sowohl allgemeinen als auch spezifisch kontextbezogenen – Überzeugungen essenziell für Handlungsentscheidungen (Sugden 1991).

In der Forschung wird Religion im Allgemeinen eine große Bedeutung für prosoziales Handeln zugeschrieben (Priller und Sommerfeld 2005: 26). Und auch die Daten des Religionsmonitors bestätigen, dass Religion einen Unterschied macht, auch wenn dieser insgesamt eher moderat ausfällt. Die Bedeutung von Religion zeigt sich zunächst darin, dass unter den Befragten, die sich einer Religion zugehörig fühlen, der Anteil der tatsächlich Spendenden um elf Prozentpunkte höher ist als unter denjenigen, die sich keiner Religion zugehörig fühlen (70 zu 59 Prozent). Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich bezogen

auf die Teilnahme an institutionenbezogenen religiösen Feiern: 76 Prozent derer, die mehrmals im Jahr oder regelmäßig Gottesdienste, Tempel oder Freitagsgebete aufsuchen, haben in den letzten zwölf Monaten eine Spende geleistet, während es unter denen, die nur selten oder nie an institutionellen religiösen Angeboten teilnehmen, 63 Prozent sind. Diese Differenz zwischen Religiösen und Nichtreligiösen ist zwar nicht besonders groß, doch bei ihr handelt es sich um ein stabiles Muster, das sich in einer ähnlichen Größenordnung auch in anderen Studien findet (Priller und Sommerfeld 2005).⁹

„Unter den Befragten, die sich einer Religion zugehörig fühlen, ist der Anteil der tatsächlich Spendenden um gut elf Prozentpunkte höher.“

Ähnliches gilt für das potenzielle Spendenverhalten: Von den Befragten mit Religionszugehörigkeit würden 66 Prozent und von den Befragten ohne Religionszugehörigkeit 53 Prozent einen Teil eines hypothetischen 100.000-Euro-Gewinns für gemeinnützige Zwecke spenden. Befragte, die sich einer Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen, würden zudem eine höhere Summe spenden: Während sie im Schnitt ein Zehntel ihrer Geldgewinne an andere abzugeben bereit wären, würden Befragte ohne Religionszugehörigkeit im Schnitt nur 7 Prozent spenden.

Diese Zusammenhänge lassen sich statistisch präzisieren: Der Zusammenhang zwischen regelmäßiger Nutzung institutionalisierter religiöser Angebote und der Höhe potenzieller Spendenbereitschaft ist positiv und signifikant (Pearson's R: 0,04; p=0,016). Gleiches gilt für die tatsächliche Geldspende in den letzten

⁹ In der Studie von Priller und Sommerfeld (2005: 26) liegt der Anteil der Spendenden unter den Religiösen bei 66 Prozent und unter den Nichtreligiösen bei 54 Prozent. Sie haben auch die Kirchenbindung (gemessen über institutionalisierte Praktik) berücksichtigt, was zu klaren Ergebnissen führte: 81 Prozent Spendenbeteiligung bei starker versus 56 Prozent bei schwacher Kirchenbindung.

zwölf Monaten (Pearson's R: 0,06; $p < 0,001$). Dies lässt zweierlei vermuten: Institutionelle religiöse Vergemeinschaftung fördert Spendenpräferenzen und stellt gleichzeitig Gelegenheitsstrukturen für die Realisierung dieser Präferenzen zur Verfügung. Allerdings schlägt sich beides nicht in einer signifikant höheren Neigung zu Sachspenden nieder.

Die Bedeutung von Religion für das Spendenverhalten zeigt sich darüber hinaus darin, dass die Wahrscheinlichkeit, tatsächlich zu spenden, positiv mit der persönlichen Bindung an Religion verbunden ist: Je höher die Selbsteinschätzung als religiöser Mensch, desto höher ist auch die tatsächliche Spendenwahrscheinlichkeit. Von denjenigen Befragten, die sich als sehr religiös einschätzen, spenden 74 Prozent, während von denjenigen, die sich als gar nicht religiös bewerten, nur 55 Prozent tatsächlich spenden. Wenn wir die persönliche Bindung an Religion als Indikator auch für die persönliche Bindung an die ethischen Gebote einer Religion interpretieren, dann ist dieses ein weiterer Hinweis darauf, dass Religion zur Ausprägung solidarischer Handlungspräferenzen beiträgt und über diesen Weg Solidarpraxen prägt.

„Je höher die Selbsteinschätzung als religiöser Mensch, desto höher ist auch die tatsächliche Spendenwahrscheinlichkeit.“

Hervorzuheben ist, dass unabhängig von der aktuellen Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft religiöse Prägung bedeutsam ist für spendenbezogenes prosoziales Verhalten: Personen, die angeben, mindestens teilweise religiös sozialisiert zu sein, haben unabhängig von ihrer aktuellen Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft eine deutlich höhere potenzielle (66 versus 53 Prozent) und auch tatsächliche (72 versus 55 Prozent) Spendenneigung. Zudem zeigt sich, dass diejenigen, die in der Vergangenheit einer Religionsgemeinschaft angehörten, gegenüber denjenigen, die nie einer Religionsgemeinschaft zugehörten, ebenfalls eher tatsächlich (66 versus 53 Prozent) und potenziell (57 versus 49 Prozent) spenden. Dieses lässt darauf schließen, dass Religion als sinnstiftende und normative Ordnung nachhaltig zur Ausprägung solidarischer Handlungspräferenzen und -praxen beitragen kann – und zwar unabhängig davon, ob der Glaube angenommen oder aktiv gelebt wird.

TABELLE 2: Tatsächliche Spendentätigkeit – nach Religionszugehörigkeit (in %)

Religionszugehörigkeit	ja	nein
Christentum	71	29
Islam	69	31
andere Religion	59	41
keine Religion	59	41

Frage: „Haben Sie persönlich in den letzten 12 Monaten für wohltätige Zwecke gespendet?“

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

Eine Differenzierung nach Religionsgemeinschaften (Tabelle 2) lässt erkennen, dass der Anteil der Spendenden unter den christlichen und muslimischen Befragten nahezu identisch ist (71 bzw. 69 Prozent). In diesen beiden Religionsgemeinschaften gibt es somit einen deutlich größeren Anteil von Spender:innen als unter den Befragten ohne religiöse Zugehörigkeit (59 Prozent) oder anderer Glaubensorientierung (59 Prozent). Die vergleichsweise hohe Spendenbereitschaft unter Christ:innen und Muslim:innen hat möglicherweise auch damit zu tun, dass in beiden Religionen dem Konzept der wohl-tätigen Spende eine hohe Bedeutung zukommt. Im Christentum wird die Kollekte, also die ritualisierte Bargeldsammlung im Rahmen des Gottesdienstes und der Messe, als „Dienstleistung an den Armen“ (Karlson 2010: 26) verstanden. Die Kollekte geht zwar nicht mit einer moralischen Pflicht einher, doch sie hat einen dezidiert religiösen Charakter und lässt sich als Ausdruck solidarischer Verantwortung für die Mitmenschen interpretieren. Gleichzeitig wird sie in einem institutionellen Rahmen gesammelt, der es ermöglicht, sich ohne großen Mehraufwand solidarisch zu verhalten. Im muslimischen Glauben gibt es mit der *Zakāt* eine obligatorische und mit der *Sadaqa* eine fakultative Form der wohl-tätigen Spende. Bei der *Zakāt* handelt es sich um eine Sozialabgabe, die bei Überschreiten eines bestimmten Schwellen-werts 2,5 Prozent des jährlichen Kapitalver-mögens umfassen soll. Einer Online-Befragung unter Muslim:innen im deutschsprachigen Raum zufolge wird die *Zakāt* von einer über-wältigenden Mehrheit der Gläubigen (90 Prozent) als religiöse Verpflichtung aufgefasst (Hummel et al. 2020: 39). Dieser obligato-rische Charakter könnte eine Erklärung dafür sein, dass der Anteil der Spendenbereiten bei einem potenziellen Geldgewinn unter den muslimischen Befragten mit 78 Prozent sig-nifikant größer ist als unter den christlichen (65 Prozent) und Muslim:innen im Durch-schnitt mit 15 Prozent der Summe einen höheren Betrag abzugeben bereit sind als

Christ:innen (9 Prozent), Befragte anderer Religionsgemeinschaften (10 Prozent) und Befragte ohne religiöse Bindungen (7 Pro-zent).

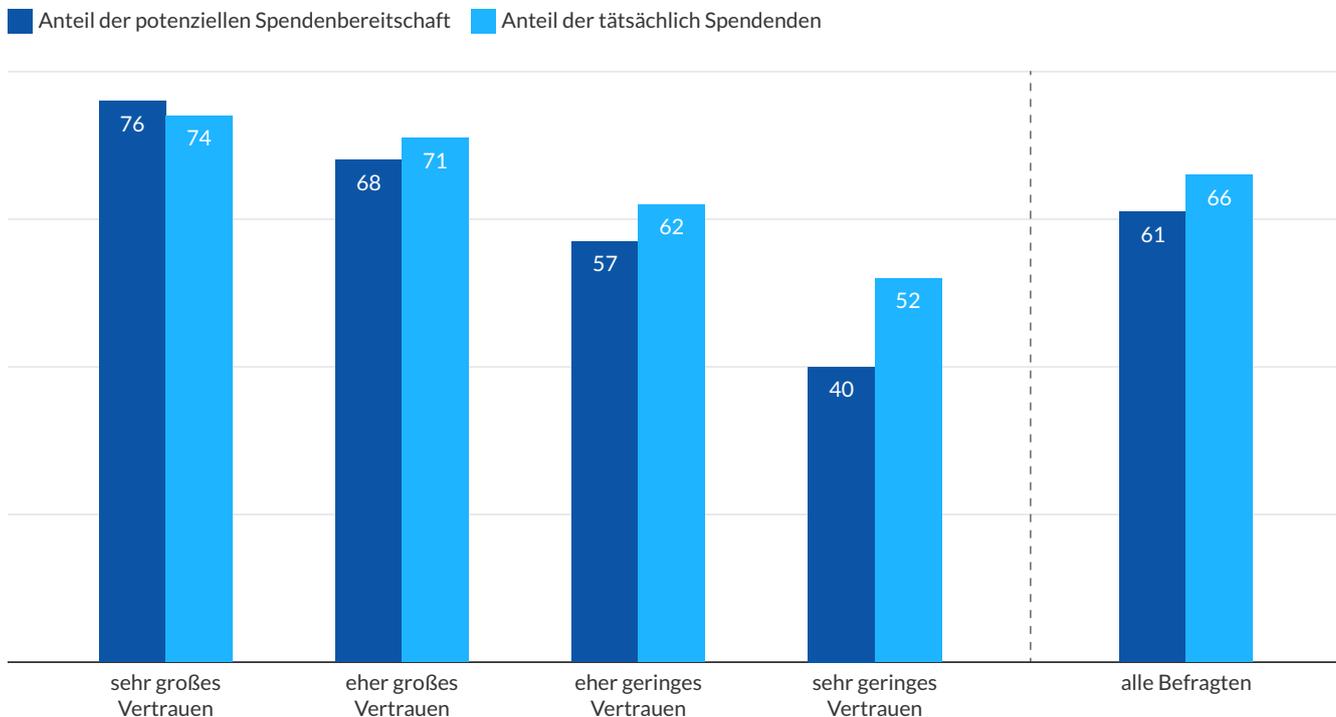
Es muss allerdings betont werden, dass Religion nicht der einzige und vielleicht nicht einmal der wichtigste Faktor für das Spendenverhalten ist. Den stärksten Einfluss auf das Spendenverhalten hat nach unseren Berechnungen die Höhe des Einkommens. Wie nicht anders zu erwarten, steigt mit einem höheren Einkommen die Spenden-wahrscheinlichkeit – und zwar unabhängig von religiöser Zugehörigkeit und Bindung: Im Vergleich zu niedrigen Einkommen verdoppelt ein mittleres Einkommen die Spendenwahrscheinlichkeit, ein hohes Ein-kommen verdreifacht sie.

„Den stärksten Einfluss auf das Spendenverhalten hat nach unseren Berechnungen die Höhe des Einkommens.“

2.3 Einflussfaktor generalisiertes Vertrauen

Spenden sind mit Unsicherheiten belegt: Ist der oder die Spendenempfänger:in überhaupt Not leidend, wird meine Spende in meinem Sinne verwendet und so weitergeleitet, wie ich das erwarte? Vertrauen in andere und in Institutionen sind wichtige Faktoren, die die Spendenbereitschaft moderieren. In den Sozialwissenschaften herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass Vertrauen ein wesent-liches „Schmiermittel“ gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Vertrauen in die Zuver-lässigkeit von Personen oder Institutionen basiert auf dem Glauben an ihre Integrität und Kompetenz (Giddens 1995: 49). Ver-trauen eröffnet somit Handlungsspielräume in unübersichtlichen Situationen, die mit Risiko und Unsicherheit belegt sind (Luhmann 2014). Es reduziert Transaktionskosten und erleichtert Austauschprozesse in persönlichen Beziehungen wie auf anonymen Märkten.

ABBILDUNG 5: Spendenbereitschaft nach Grad des sozialen Vertrauens (in %)



Potenzielle Spendenbereitschaft: „Angenommen, Sie hätten im Lotto 100.000 Euro gewonnen. Würden Sie einen Teil des Geldes für wohltätige oder gemeinnützige Zwecke zur Verfügung stellen?“; **Höhe der potenziellen Spende:** „Welchen Betrag von diesen 100.000 Euro würden Sie spenden?“; **Tatsächliches Spendenverhalten:** „Haben Sie in den letzten 12 Monaten gespendet?“

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

BertelsmannStiftung

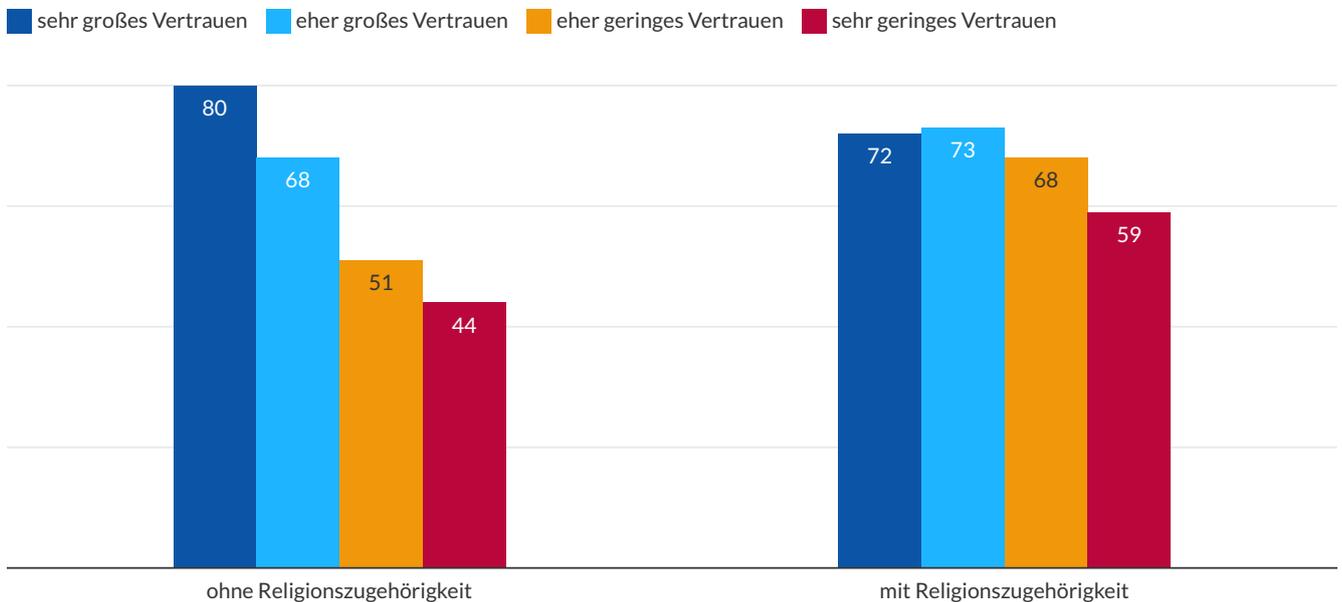
Unterschiedliche Studien¹⁰ weisen nach, dass Religion und Vertrauen eng miteinander verbunden sind: Religiosität stärkt allgemeines individuelles Vertrauen, vor allem wenn Religiosität in vergemeinschafteter Form gelebt wird (z. B. Dingemans und Van Ingen 2015, Valente und Okulicz-Kozaryn 2021). Gemeinschaftliche religiöse Rituale können die Kraft entfalten, die das Vertrauen in andere und in Institutionen stärkt (u. a. Welch et al. 2004, Pickel und Gladkich 2011, für Europa: Schnabel und Grötsch 2012, für die USA: Wisneski et al. 2009).

¹⁰ So kann auch im aktuellen Bericht „Zusammenleben in religiöser Vielfalt“ der Bertelsmann Stiftung (Mücke et al. 2023) auf Basis der Daten des Religionsmonitors für verschiedene Kontexte gezeigt werden, dass und wie Religion und Religiosität mit Vertrauen zusammenhängen.

Die Frage, ob Spenden tatsächlich bei den Bedürftigen ankommen oder im Sinne des Spendenzwecks genutzt werden, entzieht sich der Kontrolle des oder der Spendenden. Wir vermuten also, dass sich geringes Vertrauen oder ein Vertrauensverlust negativ auf das Spendenverhalten auswirken könnte: Wie hängen daher das Niveau generalisierten Vertrauens, Spendenverhalten und Religion beziehungsweise Religiosität zusammen, und könnte sich der Vertrauensverlust in die christlichen Kirchen auf das Spendenverhalten auswirken?

Das generalisierte Vertrauen haben wir, wie in der Umfrageforschung üblich, über die Zustimmungswerte zu der Aussage „Im Allgemeinen kann man den meisten Menschen vertrauen“ erschlossen. Diejenigen Befragten,

ABBILDUNG 6: Spendentätigkeit* und soziales Vertrauen – nach Religionszugehörigkeit (in %)



* Anteil an Personen, die in den letzten 12 Monaten gespendet haben

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

BertelsmannStiftung

die dieser Aussage „voll“ oder „eher“ zustimmen, zeichnen sich im Vergleich zu denjenigen, die dieser Aussage „nicht“ oder „überhaupt nicht“ zustimmen, durch eine wesentlich höhere potenzielle Spendenbereitschaft aus. Auch die tatsächliche Spendenbereitschaft ist unter ihnen verbreiteter (Abbildung 5).

Gleichwohl ist zu betonen, dass von den Befragten mit einem hohen generellen Misstrauen immerhin noch gut die Hälfte (52 Prozent) in den letzten zwölf Monaten eine Spende geleistet hat.¹¹ Ein ausgeprägtes generalisiertes Vertrauen scheint demnach förderlich, ist aber keine notwendige Voraussetzung für Spenden. Ohne dies anhand der Daten des Religionsmonitors genauer prüfen zu können, lässt sich vermuten, dass die Spendenbereiten mit einem hohen generellen Misstrauen

eher für Personen oder Zwecke der eigenen Gruppe spenden. Das Spendenverhalten wäre dann weniger durch ein generelles Verantwortungsgefühl anderen gegenüber, sondern vor allem durch Vertrautheit und Gruppenidentifikation motiviert. Dafür spricht nicht zuletzt der vergleichsweise geringe Beitrag, den diese Befragten durchschnittlich bei *windfall gains* zu spenden bereit wären.

„Ein ausgeprägtes generalisiertes Vertrauen scheint demnach förderlich, ist aber keine notwendige Voraussetzung für Spenden.“

Die Bedeutung des generalisierten Vertrauens für das Spendenverhalten unterscheidet sich bei Befragten mit und ohne religiöse Zugehörigkeit: Unter den Befragten mit hohem generellem Vertrauen ist die Spendenbereitschaft bei Personen mit religionsgemeinschaftlicher Zugehörigkeit geringer als unter denjenigen, die sich keiner Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen. Auch wenn der Unterschied mit acht Prozentpunkten eher

¹¹ Als Personen mit einem hohen allgemeinen Misstrauen bezeichnen wir diejenigen Befragten, die der Aussage, dass man den meisten Menschen vertrauen könne, „überhaupt nicht“ zustimmen.

gering ausfällt, deutet er doch darauf hin, dass Religion nicht nur Menschen verbinden, sondern (durch innergemeinschaftliches *bonding*) auch exkludierende Momente entfalten kann (Abbildung 6).

Je geringer das generelle Vertrauen der Befragten, desto größer ist jedoch der Unterschied zwischen denjenigen, die sich religionsgemeinschaftlich zugehörig fühlen, und denen, die dies nicht tun: Für Befragte mit religiöser Zugehörigkeit ist die Vertrauensfrage für das Spendenverhalten dann weniger von Bedeutung. Dass religionsgemeinschaftliche Zugehörigkeit einen Unterschied macht, zeigt sich insbesondere darin, dass von den religionsgemeinschaftlich Gebundenen mit hohem generellem Misstrauen immerhin 59 Prozent in den letzten zwölf Monaten nach eigenen Angaben eine Spende getätigt haben. Der Anteil der Spendenden unter den stark misstrauischen Menschen ohne religiöse Bindung liegt dagegen lediglich bei 44 Prozent. Religiöse Zugehörigkeit kann in dieser Konstellation also das Fehlen generellen Vertrauens als Motivator ausgleichen und Brücken bildende Funktionen (*bridging*) entfalten.

Bis zu einem gewissen Grad scheint Religion im Zusammenhang mit Spenden fehlendes generalisiertes Vertrauen überschreiben zu können. Aber was an der Religion leistet dieses? Auf der Basis der Daten des Religionsmonitors lässt sich diese Frage nicht vollständig beantworten, doch bieten sich zwei Thesen als Erklärung an. Erstens dürfte die Einbindung in religiöse Gemeinschaften damit einhergehen, dass Personen mit religiöser Zugehörigkeit im Schnitt häufiger auf Spendengelegenheiten treffen und aktiv für Spenden rekrutiert werden.¹² Zweitens kann der Glaube für Personen mit religiöser Zugehörigkeit mit einer pflichtethischen Orientierung verknüpft

¹² In welchem Ausmaß religionsgemeinschaftliche Spenden der eigenen Gemeinde beziehungsweise den Mitgliedern der eigenen Religionsgemeinschaft vorbehalten bleiben oder bedürftigen Menschen im Allgemeinen zugutekommen, können wir an dieser Stelle nicht sagen.

sein. Demnach wäre eine Spende eine moralische Verpflichtung, der auch dann nachzukommen ist, wenn Zweifel bestehen, ob eine Spende ankommt oder dem Spendenzweck entsprechend verwendet wird.

„Bis zu einem gewissen Grad scheint Religion im Zusammenhang mit Spenden fehlendes generalisiertes Vertrauen überschreiben zu können.“

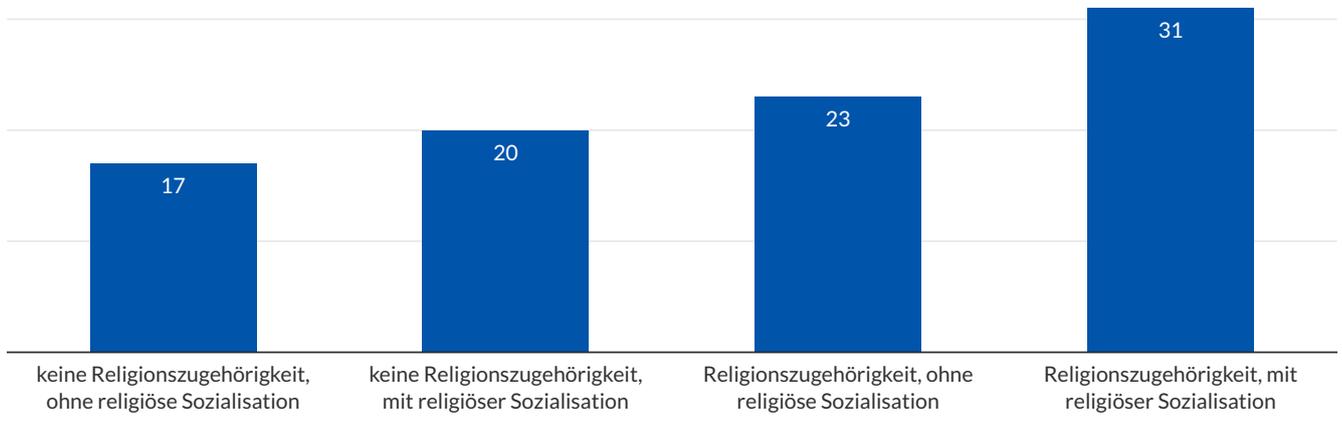
2.4 Freiwilliges Engagement

Wenden wir uns nun nach dem Spenden einer weiteren Solidarpraktik zu – dem freiwilligen Engagement. Es hat viele Gesichter und umfasst sowohl das gelegentliche Engagement als auch die Übernahme eines längerfristigen Ehrenamtes und reicht vom Einsatz für Geflüchtete über die Organisation von Kultur- und Sportveranstaltungen bis hin zur Arbeit in Stadt- und Gemeinderäten. Das freiwillige Engagement gilt als wichtige Säule der Gemeinwohlerrealisierung liberaldemokratischer Gesellschaften (Roth 2010). Die sozialwissenschaftliche Sozialkapitalforschung betont darüber hinaus, dass das freiwillige Engagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt stärken kann, wenn es Menschen mit unterschiedlichen sozio-ökonomischen, kulturellen und/oder weltanschaulichen Hintergründen in kooperativer Weise zusammenbringt und dadurch generalisiertes Vertrauen stiftet (Putnam 2000). So entsteht gesellschaftsintegrierende Solidarität durch *bridging*. Angesichts der großen Bedeutung des freiwilligen Engagements für demokratische Gesellschaften werden wir im Folgenden untersuchen, wie es um diese Solidarpraktik bestellt ist und welcher Zusammenhang zwischen Religion und freiwilligem Engagement besteht.

In der Umfrage des Religionsmonitors gibt ein Viertel der Befragten an, sich gegenwärtig freiwillig zu engagieren. Die Quote der Engagierten in dieser Studie liegt deutlich unter der, die der letzte Freiwilligensurvey im Jahr 2019 ermittelt hat (rund 40 Prozent). Der

ABBILDUNG 7: Freiwilliges Engagement nach religiöser Prägung (in %)

Anteil der freiwillig Engagierten



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

BertelsmannStiftung

Freiwilligensurvey erhebt seit 1999 alle fünf Jahre das freiwillige Engagement in Deutschland und legt so offen, dass der Anteil der Engagierten von 1999 bis 2014 von gut 30 auf 40 Prozent gestiegen ist und sich das hohe Niveau 2019 bestätigt. Der Einbruch des Engagements, der sich in den Daten des Religionsmonitors zeigt, ist möglicherweise auf die Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie zurückzuführen, die ab 2020 weite Teile des gesellschaftlichen Lebens für knapp drei Jahre geprägt hat.¹³ Die dazu vorliegenden empirischen Daten sind allerdings nicht ganz eindeutig. Eine Studie aus der Schweiz zum freiwilligen Engagement während der Covid-19-Pandemie belegt, dass über die Hälfte der Freiwilligen in Vereinen und Organisationen ihr Engagement reduziert oder gar ganz eingestellt hat (Fischer et al. 2022). Eine Studie des Deutschen Zentrums für Altersfragen kommt hingegen zu dem Ergebnis, dass zumindest bei Personen in der zweiten Lebenshälfte (über 45-Jährige) das Engagement

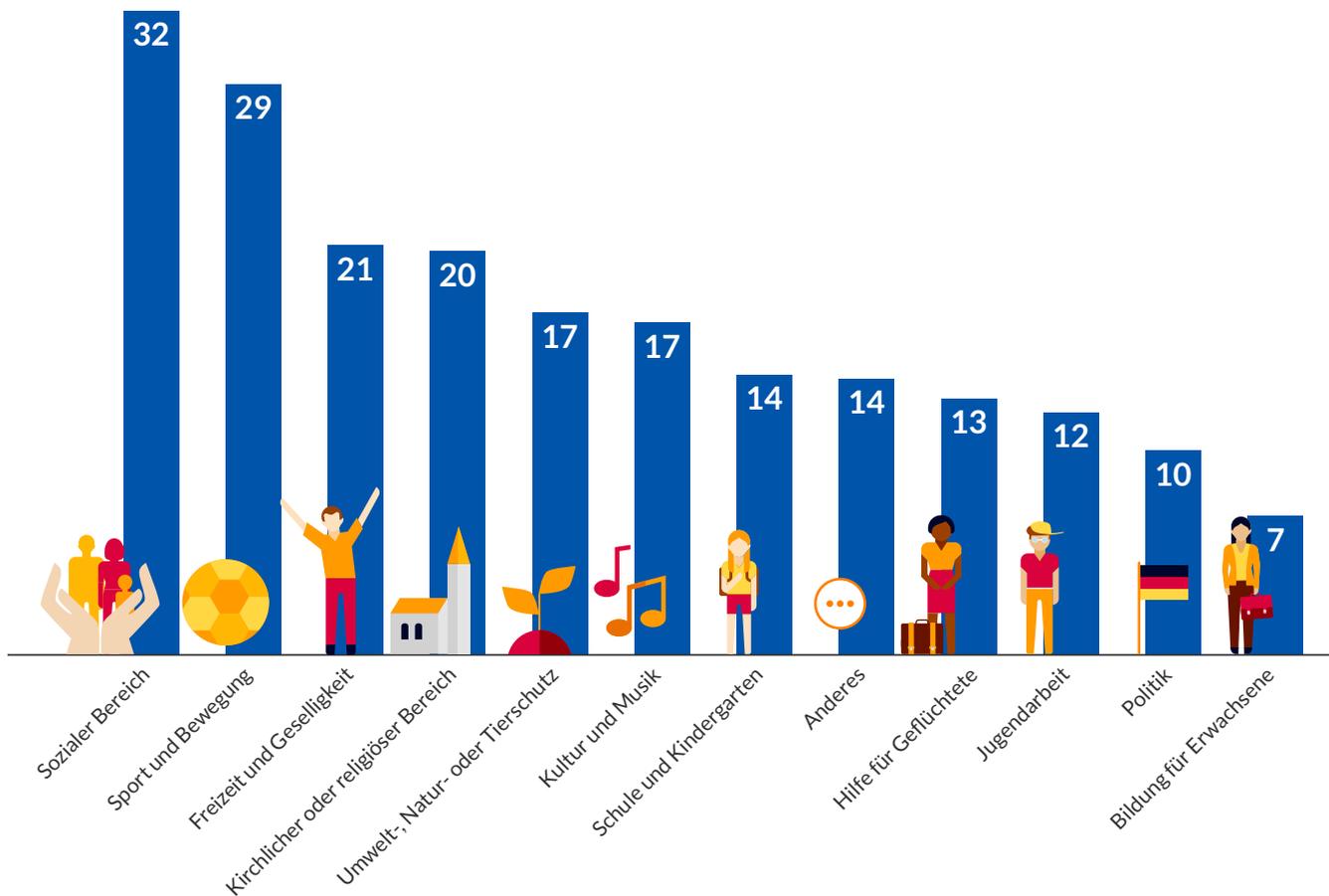
während der Pandemie relativ konstant geblieben ist (Simonson und Kelle 2021).

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen freiwilligem Engagement und Religion? Diese Frage wird in der Forschung zum freiwilligen Engagement nur selten untersucht. Die Daten des Religionsmonitors lassen allerdings erkennen, dass Religion hier von Bedeutung ist und ähnlich wie beim Spendenverhalten einen Unterschied macht. Unter den Befragten mit religiöser Zugehörigkeit ist der Anteil der Engagierten um fast zehn Prozentpunkte höher als unter denjenigen ohne religiöse Zugehörigkeit (28 zu 19 Prozent). Dabei zeigt sich, dass die Quote der Engagierten in fast allen Religionsgemeinschaften höher ist als unter denjenigen ohne religiöse Zugehörigkeit (Christ:innen: 30 Prozent, Muslim:innen: 27 Prozent).

Insgesamt zeigen die vorliegenden Daten, dass Religion einen positiven Einfluss auf das freiwillige Engagement hat (Abbildung 7). Die Befragten, die aktuell einer Religionsgemeinschaft angehören und religiös sozialisiert wurden, sind auch diejenigen mit der höchsten Neigung zu ehrenamtlichem Engagement (31 Prozent). Wer keinen Kontakt zu Religion hat und hatte, ist hingegen in deutlich geringerem Maße (17 Prozent) ehrenamtlich enga-

¹³ Die Daten des Religionsmonitors 2023 wurden von Juni bis Juli 2022 erhoben. Der Erhebungszeitpunkt fällt in die Spätphase der Pandemie, in der zwar viele Einschränkungen des öffentlichen Lebens offiziell aufgehoben waren, doch erst Anfang April 2023 wurde die Pandemie durch Bundesgesundheitsminister Lauterbach offiziell für beendet erklärt, eine Normalisierung auf das Vor-Pandemie-Niveau hatte sich da in vielen gesellschaftlichen Bereichen noch nicht wieder eingestellt.

ABBILDUNG 8: Bereiche des aktuellen Engagements (in %)



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren; Befragte, die angeben, aktuell freiwillig engagiert zu sein, gewichtet (N = 1.083), gültige Fälle, gewichtet. Mehrfachantworten möglich.

BertelsmannStiftung

giert. Das wirft die Anschlussfrage auf, ob der positive Einfluss von Religion vor allem in einer präferenzbildenden Wirkung liegt und den Wunsch nach Engagement fördert oder eher darin, dass die Einbettung in religiöse Institutionen mehr Gelegenheiten zum Engagement bietet.¹⁴ Anhand der

¹⁴ Gelegenheitsstrukturen können jedoch nur für diejenigen Befragten im religiösen Kontext entstehen, die auch in einem solchen Kontext unterwegs sind, also mit Gemeindefreizeit, karitativen Organisationen, Kirchen, Moscheen, Synagogen oder Tempeln Kontakt haben. Auf der Basis der Daten des Religionsmonitors können wir die Zahl derer, für die dies der Fall ist, nicht ermitteln. Wir wissen aber, dass 20,3 Prozent der aktuell freiwillig Engagierten im religiösen Bereich aktiv sind: Zumindest für sie ist Religion auch Gelegenheitsstruktur.

Daten des Religionsmonitors lässt sich diese Frage nicht abschließend beantworten, und wir gehen davon aus, dass beides eine Rolle spielt.

Dass wir der Religion eine präferenzbildende Wirkung unterstellen können, deutet sich allerdings darin an, dass das Engagement unter Personen ohne Religionszugehörigkeit, aber mit religiöser Sozialisation leicht höher ausfällt als unter diejenigen ohne Religionszugehörigkeit und ohne religiöse Sozialisation. Hier zeigt sich abermals, dass die durch religiöse Sozialisation angeleitete prosoziale

Normorientierung nachwirken kann, auch wenn Menschen ihre Religionsgemeinschaft aktiv verlassen haben.

„Die durch religiöse Sozialisation angeleitete prosoziale Normorientierung kann nachwirken.“

Für Personen, die sich freiwillig engagieren möchten, bieten sich vielfältige Tätigkeitsfelder (Abbildung 8). Diese reichen von der lokalen Nachbarschaftshilfe oder Elternvertretung über den Sport- oder Kulturverein bis hin zu politischen Initiativen oder Verbänden. Übereinstimmend mit anderen Untersuchungen, beispielsweise dem Freiwilligen-survey, belegen diese Daten, dass die Vielfalt an Möglichkeiten auch tatsächlich genutzt wird. Die Antworten auf unsere Frage, in welchen Feldern sich die Engagierten einsetzen, zeichnen das Bild einer diversen und lebendigen Zivilgesellschaft. Die anteilig größten Felder des Engagements sind der soziale Bereich (32 Prozent) sowie Sport und Bewegung (29 Prozent). Aber auch Freizeit und Geselligkeit (21 Prozent), der kirchliche oder religiöse Bereich (20 Prozent), Umwelt-, Natur- und Tierschutz (17 Prozent) sowie Kultur und Musik (17 Prozent) sind wichtige Felder des Engagements. Mit Ausnahme des kirchlichen oder religiösen Bereichs sind religiöse Zugehörigkeit und fehlende Bindung an eine Religionsgemeinschaft über die unterschiedlichen Felder relativ ähnlich verteilt.

Auch hinsichtlich der Fragen der Regelmäßigkeit des Engagements (Tabelle 3), des Engagements mit oder ohne Ehrenamt oder der monatlich aufgewendeten Stunden unterscheiden sich Religiöse und Nichtreligiöse nur geringfügig. Zusammenfassend lässt sich damit sagen, dass Religion einen positiven Einfluss darauf hat, ob sich Menschen freiwillig engagieren, allerdings weniger darauf, wo und wie sie das tun.

Abschließend sei ein Blick darauf geworfen, ob und wie das Spendenverhalten und das freiwillige Engagement, also ob und wie die beiden *Solidarpraxen*, die wir uns hier angeschaut haben, zusammenhängen. Die Daten des Religionsmonitors belegen, dass Personen, die sich gegenwärtig engagieren oder dieses in der Vergangenheit getan haben, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch spenden: 80 Prozent der aktuell und 74 Prozent der ehemals Engagierten haben in den letzten zwölf Monaten eine Spende getätigt, wohingegen der Anteil unter denjenigen, die sich noch nie engagiert haben, bei nur 51 Prozent liegt (unter allen Befragten: 66 Prozent). Der hohe Anteil an Spender:innen unter den aktuell oder ehemals Engagierten lässt vermuten, dass der freiwillige Einsatz für gemeinwohlorientierte Zwecke in der Tendenz mit einer allgemeinen solidarischen Grundhaltung einhergeht.

TABELLE 3: Formen des freiwilligen Engagements (in %)

regelmäßig im Ehrenamt	55
regelmäßig ohne Ehrenamt	30
unregelmäßig	26

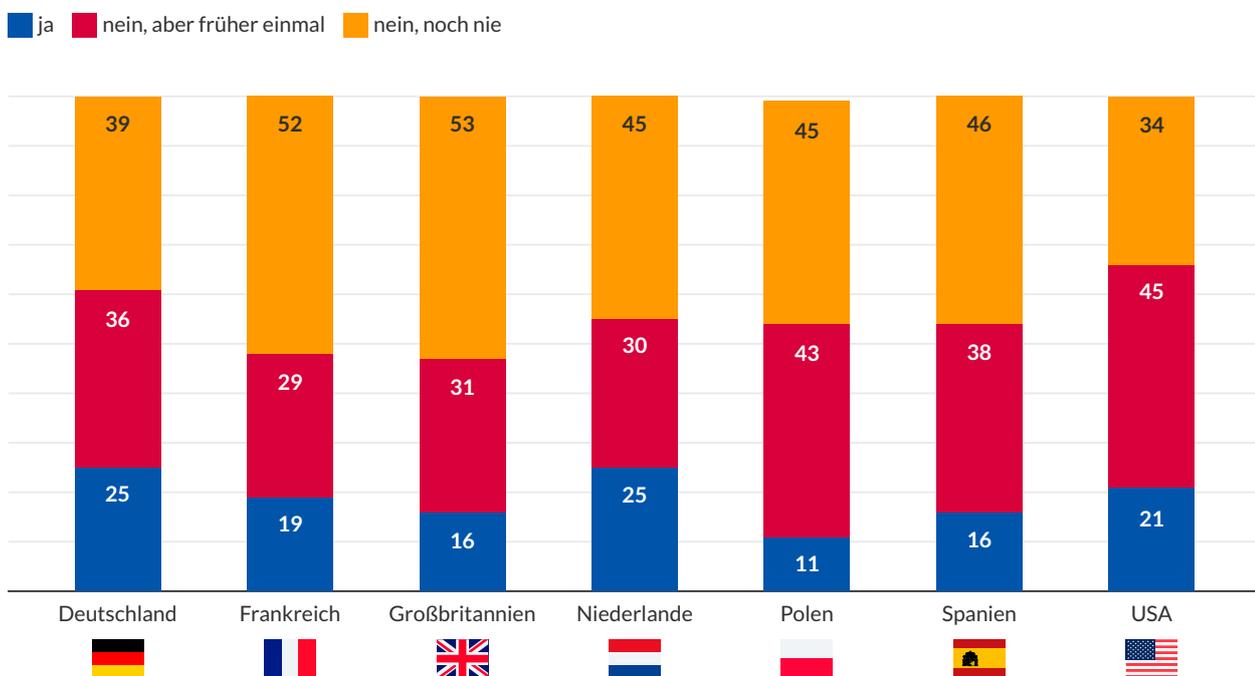
Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren; Befragte, die angeben, gegenwärtig freiwillig engagiert zu sein (N = 1.083), gültige Fälle, gewichtet. Mehrfachantworten möglich.

„Religion und Religiosität sind eine fördernde, aber keinesfalls notwendige Bedingung für Solidarpräferenzen und -praxen.“

Wir haben argumentiert, dass Solidarpräferenzen und Solidarpraxen Gesellschaften jenseits marktwirtschaftlicher Transaktionen

und individueller emotionaler Beziehungen zusammenhalten. Sie werden durch gesellschaftlich-normative Ordnungen angeleitet und reglementiert, durch Opportunitätsstrukturen erleichtert oder verteuert und durch Überzeugungen unterstützt oder gedämpft. Unsere Analysen zeigen: Religion

Freiwilliges Engagement im Ländervergleich (in %)



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung der jeweiligen Länder ab 16 Jahren (N = 10.657), gültige Fälle, länderspezifisch gewichtet.

| BertelsmannStiftung

Ehrenamtliches Engagement zählt überall – meint aber nicht immer das Gleiche

Nur geringe Unterschiede zeigen sich im internationalen Vergleich bei der Bereitschaft, ein Ehrenamt zu übernehmen. Immerhin fällt auf, dass vor allem in den USA der Anteil derer, die noch nie ein Ehrenamt innehatten, besonders gering ist. Differenzen im Antwortverhalten könnten darauf zurückzuführen sein, dass in den Ländern nicht immer das Gleiche unter einem Ehrenamt verstanden wird. Sie können aber auch in unterschiedlichen Kulturen des freiwilligen Engagements wurzeln, die nicht zuletzt durch institutionelle Arrangements und wohlfahrtsstaatliche Institutionen geprägt sind. Hierzu gehört auch, ob das Engagement eher im Freizeitbereich, im politischen, sozialen oder religiösen Kontext ausgeübt wird. Vor allem in den USA werden Ehrenämter oft im Zusammenhang mit religionsgemeindlicher Arbeit ausgefüllt (Campbell und Yonish 2003, Erlinghagen 2013: 201–203).

und Religiosität sind eine fördernde, aber keinesfalls notwendige Bedingung für Solidarpräferenzen und -praxen. Menschen haben eine potenzielle und tatsächliche Spendenbereitschaft und engagieren sich freiwillig, auch ohne religiöses Umfeld und religiöse Prägung. Dennoch konnten wir feststellen, dass eine religionsgemeinschaftliche Zugehörigkeit, eine Selbsteinschätzung als religiöser Mensch und eine religiöse Sozialisation für die potenzielle und die tatsächliche Spendenbereitschaft sowie bei der Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement einen moderaten, aber signifikanten Unterschied machen. Die Anbindung an institutionalisierte religiöse Vergemeinschaftung erhöht die potenzielle und die tatsächliche Bereitschaft insbesondere zu *transfers in cash* signifikant. Die Daten des Religionsmonitors legen auch nahe, dass Religion insbesondere über eine sozialisierte religiöse Normorientierung wirkt – auch wenn die Religionszugehörigkeit in der aktuellen Lebensphase nicht (mehr) aktiv gelebt wird. Wie stark religionsbezogene Opportunitätsstrukturen die Bereitschaft zu Solidarpräferenzen und -praxen beeinflussen, lässt sich nicht gesondert quantifizieren; weil die regelmäßige Nutzung institutionalisierter religiöser Angebote aber einen Einfluss auf Solidarpräferenzen und -praxen zeitigt, können wir vermuten, dass sie einen Einfluss haben.

3. Solidarklima, erfahrene Solidarität und Gerechtigkeitswahrnehmungen als Voraussetzung für Solidarität

In diesem Kapitel widmen wir uns der Frage, wie die Befragten das Solidarklima in der Gesellschaft einschätzen. Das heißt, wir wollen wissen, wie sie die Solidarität beziehungsweise die Solidaritätsbereitschaft anderer Mitglieder der Gesellschaft wahrnehmen, welche Erfahrungen sie mit Solidarität in ihrem Alltag machen und welche Gerechtigkeitslücken sie wahrnehmen. Diese drei Themenfelder sind wichtig für die Kartierung des individuell wahrgenommenen gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir vermuten darüber hinaus, dass diese Wahrnehmungen und Erfahrungen wichtig sind für die eigene Bereitschaft zu Solidarität: Sie tragen zu dem Überzeugungskanon bei, der maßgeblich dafür ist, wie solidaritätswürdig Menschen ihre soziale Umwelt und für wie notwendig und wichtig sie ihre Solidarleistungen halten. Unserem Wissen nach gibt es nur wenige empirische Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der individuellen Religiosität, die eine solche systematische Auffächerung vornehmen. Die in diesem Kapitel vorgestellten Analysen haben demnach einen explorativen Charakter.¹⁵

Im folgenden Kapitel wollen wir also wissen, wie Überzeugungen über die gegenwärtige Gesellschaft und Religion miteinander verbunden sind und wie sie gemeinsam Solidaritätsnormen und -praxen beeinflussen. Ausgehend von dem oben eingeführten Handlungsmodell, geht es bei der Einschätzung von Solidarklima und Gerechtigkeitslücken

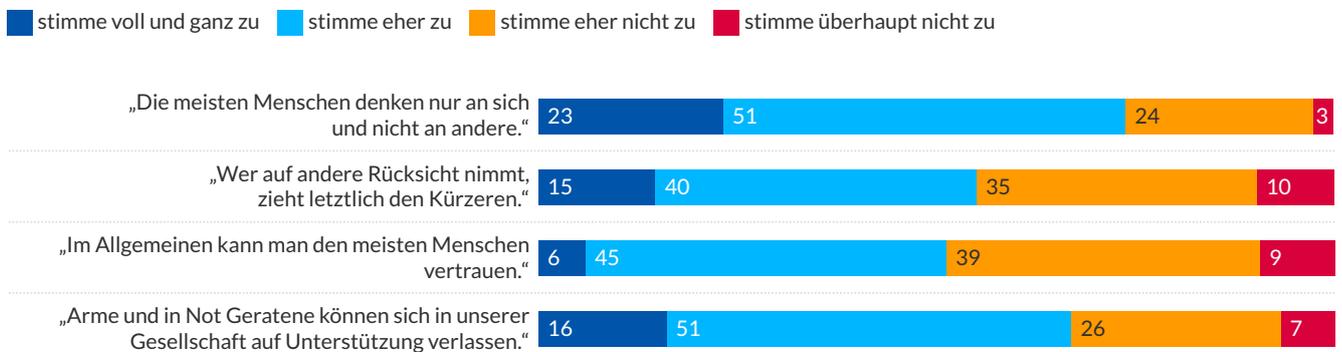
um subjektive Überzeugungen. Diese können – wie jede subjektive Überzeugung – falsch oder verzerrt sein. Dem berühmten Thomas-Theorem (Thomas und Thomas 1928: 572) folgend, sind jedoch für die soziale Praxis nicht die objektiven Bedingungen entscheidend, sondern die subjektiv als zutreffend wahrgenommenen. Sie sind relevant für die oben untersuchten Solidarnormen und -praxen und damit für das gemeinsame Zusammenleben, weil die Bereitschaft zum eigenen solidarischen Handeln oder zur Unterstützung einer solidarischen Politik – wie der Sicherung oder dem Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen – auch davon abhängt, wie Menschen das gesellschaftliche Miteinander einschätzen. Wenn Gesellschaft als unterstützend, das Miteinander als durch Fairness und Reziprozität geprägt und die Mitmenschen als vertrauenswürdig eingeschätzt werden, so können wir vermuten, dass Menschen auch eher bereit dazu sind, Solidarnormen zu akzeptieren und gängigen Solidarpraxen zu folgen.¹⁶

„Für die soziale Praxis sind nicht die objektiven Bedingungen entscheidend, sondern die subjektiv als zutreffend wahrgenommenen.“

¹⁵ Die dieser Untersuchung zugrunde liegenden Items wurden für das Projekt „Selbst- und Kollektivorientierung“ (Meulemann et al. 2005) entwickelt und getestet.

¹⁶ In der sozialwissenschaftlichen Literatur zu Solidarität wird vielfach betont, dass die Bereitschaft zu Solidarleistungen an bestimmte Bedingungen geknüpft ist, die die Leistungsempfänger:innen erfüllen müssen: Die „Welfare Deservingness Theory“ stellt etwa als zentrale Bedingung heraus, dass potenziellen Empfänger:innen zugeschrieben wird, sich in der Vergangenheit solidarisch verhalten zu haben oder dieses auch in Zukunft zu tun. Weitere Bedingungen für eine „Solidarwürdigkeit“ sind die Zugehörigkeit zu einem wie auch immer definierten „Wir“, die Einhaltung von Geboten der Selbstverantwortung, das Vorliegen einer signifikanten Bedarfssituation und erwartete Dankbarkeit (z. B. van Oorschot 2000).

ABBILDUNG 9: Einschätzung des Solidarklimas (in %)



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

BertelsmannStiftung

Zusätzlich möchten wir wissen, ob und wie sich die Einschätzungen des Solidarklimas und gesellschaftlicher Gerechtigkeitslücken zu den eigenen Erfahrungen der Befragten verhalten: Sind Befragte, die selbst positive Erfahrungen mit sozialen Unterstützungsleistungen machen, anderen und der gesellschaftlichen Gerechtigkeit gegenüber positiver eingestellt, und welche Rolle spielt Religiosität dabei?

3.1 Einschätzungen des Solidarklimas

Im Religionsmonitor 2023 wurde das Solidarklima über die Zustimmung zu den folgenden vier Aussagen gemessen: (1) „Die meisten Menschen denken nur an sich und nicht an andere“, (2) „Wer auf andere Rücksicht nimmt, zieht letztlich den Kürzeren“, (3) „Im Allgemeinen kann man den meisten Menschen vertrauen“ und (4) „Arme und in Not Geratene können sich in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen“ (Abbildung 9).

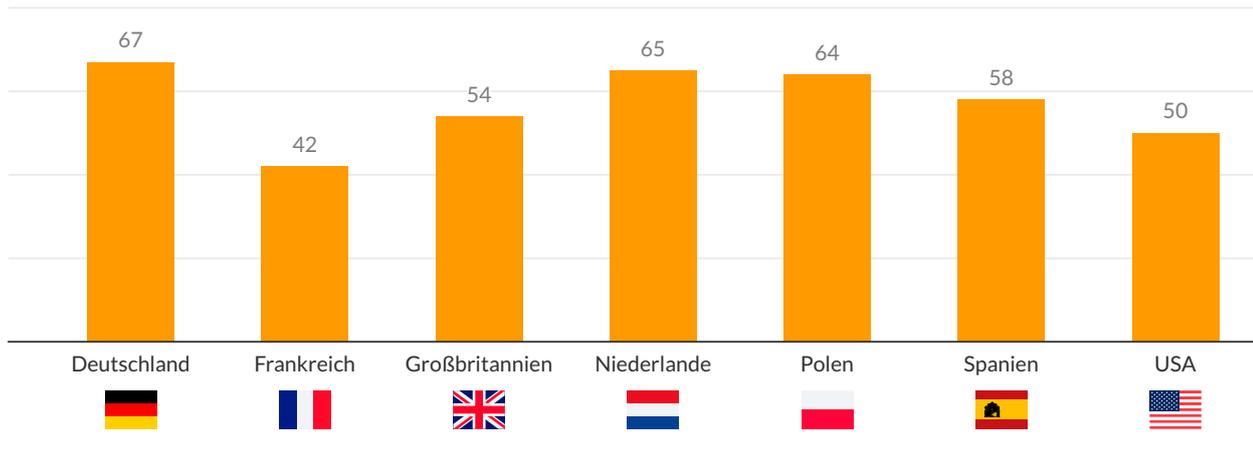
Mit drei Vierteln stimmt eine Mehrheit der Befragten darin überein, dass die meisten Menschen nur an sich und nicht an andere denken. Wenn es aber darum geht, einzuschätzen, ob Menschen eher egoistisch moti-

viert seien oder man anderen vertrauen könne, dann gehen die Einschätzungen deutlich auseinander. So stimmen der Aussage „Wer auf andere Rücksicht nimmt, zieht letztlich den Kürzeren“ 55 Prozent „ganz“ oder „eher“ zu, für die Aussage „Im Allgemeinen kann man den meisten Menschen vertrauen“ gibt es eine Zustimmung von 51 Prozent.¹⁷ Insgesamt lassen die Antworten ein Muster erkennen, wonach sich ein pessimistisches und ein optimistisches Gesellschaftsbild ungefähr die Waage halten. Interessanterweise ist dieses bei der Aussage, dass sich Arme und in Not Geratene in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen können, etwas anders: Hier sind 67 Prozent der Meinung, dass dieses „voll und ganz“ oder „eher“ der Fall sei. Eine mögliche Erklärung ist, dass sich die Befragten bei der Antwort auf diese Frage weniger an ihrem Menschenbild orientieren als an ihrer Einschätzung institutionalisierter Solidarität. Demnach würde dieser staatlich und zivilgesellschaftlich organisierten Solidarität mehr Zutrauen entgegengebracht als der individuellen. Auf diesen Punkt kommen wir unten zurück.

¹⁷ Wie auch im vorangegangenen Kapitel induziert diese Abfrage generelles Vertrauen. Innerhalb der nun analysierten Fragebatterie kann dieses generelle Vertrauen als Teil eines integrierten Weltbildes oder Überzeugungssystems verstanden werden.

Vertrauen in die gesellschaftliche Solidarität im Ländervergleich (Zustimmung in %)

„Arme und in Not Geratene können sich in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen.“



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung der jeweiligen Länder ab 16 Jahren (N = 10.657), gültige Fälle, länderspezifisch gewichtet.

| BertelsmannStiftung

Franzosen und Französinen nehmen ihre Gesellschaft als weniger solidarisch wahr

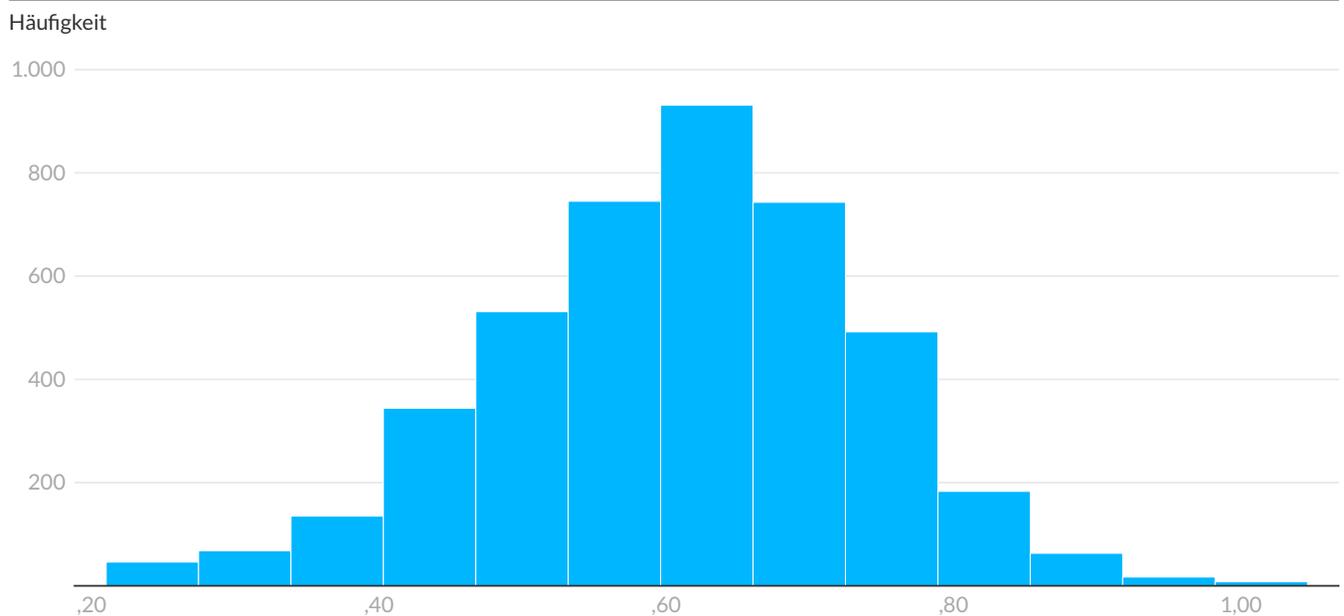
Verglichen mit anderen Ländern halten überdurchschnittlich viele Deutsche die Gesellschaft, in der sie leben, für solidarisch. Während in Frankreich nur knapp über 40 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass sich Arme und in Not Geratene auf Unterstützung verlassen können, bejahen das in Deutschland zwei Drittel. Ähnlich hoch sind die Zustimmungswerte in den Niederlanden und in Polen. Offenbar nehmen die Menschen in Frankreich das soziale Klima in ihrem Land im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA als weniger solidarisch wahr. Als ein Beleg dafür können auch die massiven sozialen Unruhen der letzten Jahre und die immer wieder aufbrechenden Konflikte zwischen Generationen, Migrant:innen und Französinen und Franzosen ohne Migrationshintergrund sowie zwischen Wohlhabenden und ökonomisch Abgehängten angesehen werden. Diese lassen Frankreich als eine sich immer stärker polarisierende Gesellschaft erscheinen (Schöttler und Häckermann 2021).

Um eine Aussage über das wahrgenommene Solidarklima im Allgemeinen treffen zu können, haben wir die Antworten zu einem Summenindex¹⁸ zusammengefasst (Abbildung 10). Ein solcher Summenindex gibt Auskunft darüber, wie positiv oder negativ das Solidarklima insgesamt bewertet wird: Ein höherer Wert zeigt also an, dass der oder

die Befragte das gesellschaftliche Miteinander insgesamt positiver bewertet und den Mitmenschen und gesellschaftlichen Institutionen eher vertraut. Dieser Index ist annähernd normalverteilt, der Mittelwert liegt bei 0.6. Das bedeutet, dass der Großteil der Befragten das Solidarklima leicht positiv einschätzt; der Anteil der Befragten mit einer klar positiven Einschätzung ist also etwas größer als der Anteil mit einer klar negativen Einschätzung.

¹⁸ Dieser Index ist additiv gebildet und zwischen 0 und 1 standardisiert.

ABBILDUNG 10: Häufigkeitsverteilung der Einschätzungen des Solidarklimas*



* Summenindex mit standardisierten Werten zwischen 0 (sehr negatives Solidarklima) bis 1 (sehr positives Solidarklima)

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

| BertelsmannStiftung

3.2 Solidarklima und Religion

Wie unterscheidet sich die subjektive Einschätzung des Solidarklimas in Abhängigkeit von Religion und Religiosität? Nach dem, was wir bisher über den Zusammenhang zwischen Solidarvorstellungen und -praxen und Religion gelernt haben, können wir vermuten, dass auch die Einschätzung des Solidarklimas von religiösen Faktoren beeinflusst ist, wenn auch nicht gänzlich durch sie bestimmt wird (Zusammenfassung: Tabelle 4).

„Personen mit religiöser Zugehörigkeit haben eine etwas positivere Einschätzung des allgemeinen Solidarklimas als Personen ohne religiöse Zugehörigkeit.“

Eine differenzierte Analyse auf der Basis des Solidarindex zeigt, dass Personen mit religiöser Zugehörigkeit eine etwas positivere Einschätzung des allgemeinen Solidarklimas haben als Personen ohne religiöse Zugehörigkeit. Allerdings ist die Differenz so gering ($M=0.62$ zu $M=0.59$), dass nicht davon

gesprochen werden kann, dass religiöse Zugehörigkeit hier einen signifikanten Unterschied macht. Das bestätigt sich in den Aussagen zu den Einzel-Items des Index: Bei den Fragen zu Egoismus, reziproker Rücksichtnahme und generalisiertem Vertrauen sind die Einschätzungen unter den Befragten mit und ohne religiöse Zugehörigkeit nahezu identisch. Lediglich in der Einschätzung, ob sich Arme und in Not Geratene auf Unterstützung verlassen können, sind nennenswerte Unterschiede zu erkennen: Während 71 Prozent der Befragten mit religiöser Zugehörigkeit „eher“ beziehungsweise „voll und ganz“ der Überzeugung sind, dass dieses der Fall ist, sind es unter den Befragten ohne religiöse Zugehörigkeit nur 59 Prozent. Diese Differenz von zwölf Prozentpunkten ist zwar immer noch moderat, doch angesichts der Ähnlichkeit der Einschätzungen bei den anderen Fragen zum Solidarklima auffällig. Eine mögliche Erklärung ist, dass Anhänger:innen von Religionsgemeinschaften ein höheres Bewusstsein hinsichtlich der karitativen

TABELLE 4: **Einschätzung des Solidarklimas*** nach religiösen Merkmalen

	Durchschnitt (Skala von 0 bis 1)
Religionszugehörigkeit	
ohne	.59
mit	.62
Religiöse Sozialisation	
ohne	.59
mit	.61
Religionsgemeinschaftliche Zugehörigkeit	
katholisch	.62
protestantisch	.63
muslimisch	.59
andere Religionen	.61
Individuelles Gebet	
nie	.60
seltener	.61
mehrmals pro Jahr	.62
ein- bis dreimal im Monat	.62
einmal in der Woche	.61
mehr als einmal in der Woche	.61
einmal am Tag	.63
mehrmals täglich	.60
Besuch von Gottesdiensten, Synagogen, Tempeln, Freitagsgebeten	
nie	.59
seltener	.62
mehrmals pro Jahr	.62
ein- bis dreimal im Monat	.63
einmal in der Woche	.61
mehr als einmal in der Woche/täglich	.58

* Summenindex mit standardisierten Werten zwischen 0 (sehr negatives Solidarklima) bis 1 (sehr positives Solidarklima)

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16. Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

Infrastruktur besitzen, weil sie durch ihre Einbettung in religiöse Zusammenhänge in stärkerem Maße die Erfahrung machen, dass in unserer Gesellschaft Wohlfahrtsarbeit geleistet wird. Tatsächlich wird die Freie Wohlfahrtspflege, die in Deutschland eine zentrale Säule des Sozialstaates ausmacht, zu einem wesentlichen Anteil durch freigemeinnützige Wohlfahrtsverbände unter religiöser Trägerschaft bestritten.¹⁹ Möglicherweise spielt hier auch mit hinein, dass Menschen, die religionsgemeinschaftlich angebunden sind, höhere Erwartungen an die Hilfsbereitschaft ihrer Mitmenschen und auch an den Sozialstaat haben und darum eher der Überzeugung sind, dass Menschen in Not geholfen wird.

Wir konnten im letzten Abschnitt zeigen, dass religiöse Sozialisation einen deutlichen Einfluss auf die Solidareinstellungen und -praxen hat. Wenn es um die Einschätzung des Solidarklimas geht, ist der Einfluss der religiösen Sozialisation jedoch nicht besonders hoch: Die Mittelwerte liegen sehr eng beieinander (religiöse Sozialisation: $M=0.59$; keine religiöse Sozialisation: $M=0.61$). Ein Blick auf die Einzel-Items bestätigt dies. Auch hier unterscheiden sich die Einschätzungen zur Verbreitung von Egoismus, zum Fehlen reziproker Rücksichtnahme und zu generalisiertem Vertrauen wenig zwischen denen mit und denen ohne religiöse Sozialisation. Es gibt jedoch auch hier eine auffallende Differenz, wenn es um die Einschätzung der Hilfe für in Not geratene Menschen geht: Der Anteil derer, die eine positive Einschätzung haben, liegt unter den Befragten mit religiöser Sozialisation bei 74 Prozent, unter denen ohne religiöse Sozialisation aber nur bei 60 Prozent. Auch dies könnte auf unterschiedliche Erfahrungen mit religiös institutionalisierten Hilfsangeboten zurückzuführen sein.

Nach Religionsgruppen differenziert, ergibt sich hingegen ein anderes Bild: Wir be-

schränken uns hier auf Christ:innen und Muslim:innen als größte Religionsgruppen. Zunächst ist festzuhalten, dass das allgemeine Solidarklima von den christlichen und muslimischen Befragten sehr ähnlich eingeschätzt wird, wobei die Befragten christlichen Glaubens hier eine leicht positivere Sicht haben (Protestant:innen: $M=0.63$; Katholik:innen: $M=0.62$; muslimische Befragte: $M=0.59$). Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Items des Solidarklimas lassen sich dann Unterschiede erkennen, die zwar nicht besonders groß, aber bemerkenswert sind: Unter den befragten Muslim:innen ist der Anteil derer, die glauben, dass Rücksichtnahme in der Regel ausgebeutet werde, um neun Prozentpunkte höher als unter den befragten Christ:innen (61 zu 52 Prozent). Beim generalisierten Vertrauen in die Mitmenschen sind die Unterschiede zwischen den beiden Religionsgruppen noch etwas stärker ausgeprägt. Während 56 Prozent der christlichen Befragten der Meinung sind, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, sind es unter den muslimischen Befragten lediglich 38 Prozent. Eine ähnlich hohe Diskrepanz zwischen den Religionsgruppen hat bereits der Religionsmonitor 2013 (Pollack und Müller) ausgewiesen, es scheint sich hierbei um ein stabiles Muster zu handeln.²⁰

„Während 56 Prozent der christlichen Befragten der Meinung sind, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, sind es unter den muslimischen Befragten lediglich 38 Prozent.“

Für diese Unterschiede lassen sich keine religionspezifischen Gründe finden. Wir haben deswegen untersucht, ob Ablehnungs- und Diskriminierungserfahrungen, die Muslim:innen als Mitglieder einer religiösen beziehungsweise ethnischen Minderheit machen, ausschlaggebend sein könnten. Zwar gibt nur ein kleiner Anteil der muslimischen Befragten an, in den letzten zwölf Monaten diskriminiert worden zu sein. Doch multivariate Analysen offenbaren,

¹⁹ Wichtige Wohlfahrtsverbände unter religiöser Trägerschaft sind die Caritas (römisch-katholisch), die Diakonie (evangelisch), die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und An-Nusrat (muslimisch).

²⁰ Im Religionsmonitor 2013 berichten Pollack und Müller, dass 68 Prozent der befragten Christ:innen und 49 Prozent der befragten Muslim:innen generalisiertes Vertrauen aufweisen (Pollack und Müller 2013: 49).

dass Diskriminierungserfahrungen den positiven Einfluss der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft abschwächen.

Der negative Effekt bei den Muslim:innen ist nicht mehr signifikant, wenn Diskriminierungserfahrungen in Rechnung gestellt werden: Während Befragte anderer religiöser Minoritäten unabhängig von individuellen Diskriminierungserfahrungen ein negativeres Gesellschaftsbild haben als nicht religiös gebundene Befragte, scheinen Muslim:innen eine positivere Einschätzung des Solidarklimas zu haben, wenn ihre Diskriminierungserfahrungen berücksichtigt werden. Es sind also tatsächlich diese Erfahrungen, die Muslim:innen veranlassen, das Solidarklima negativer einzuschätzen, nicht ihre Glaubensorientierung und -inhalte.

Dass Diskriminierungserfahrungen für einen bedeutenden Anteil der Personen muslimischen Glaubens zum Alltag gehören, wird durch eine Vielzahl weiterer empirischer Untersuchungen bestätigt (zuletzt für die EU: EUMIDIS II 2018, 13 ff.). Diskriminierungserfahrungen haben einen negativen Einfluss insbesondere auf das Vertrauen. Auch in dieser Studie korrelieren Diskriminierungserfahrungen in mittlerer Stärke negativ mit generellem Vertrauen (Korrelation nach Spearman: $r = -0.23^{***}$). Nur 36 Prozent der befragten Muslim:innen mit Diskriminierungserfahrungen stimmen „eher“ oder „voll“ der Aussage zu, man könne anderen Menschen im Allgemeinen eher vertrauen, während 58 Prozent der befragten Muslim:innen ohne Diskriminierungserfahrungen dieser Aussage „eher“ oder „voll“ zustimmen.²¹

21 Eine solche vertrauensverhindernde oder -zersetzende Wirkung von Diskriminierung zeigt sich auch in anderen Studien. In einer Untersuchung im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes geben 40,2 Prozent der Diskriminierungsbetroffenen an, dass sie diese Erfahrung insgesamt misstrauischer gemacht habe. Zudem sagen 41,5 Prozent, dass die erlittene Benachteiligung oder Missachtung bei ihnen zu einer geschärften Wahrnehmung von Diskriminierung geführt habe, was darauf hindeutet, dass sie die Gesellschaft insgesamt kritischer einschätzen (Beigang et al. 2017: 280 ff.).

Wenn ebenso Christ:innen wie Muslim:innen das Solidarklima moderat positiv einschätzen, liegt das vor allem daran, dass in beiden Religionsgruppen die Wahrnehmung vorherrscht, dass sich Arme und in Not Geratene in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen können. Unter Christ:innen wie Muslim:innen bejahen dies jeweils 70 Prozent „voll und ganz“ oder „eher“. Dieser Befund stärkt die oben geäußerte Vermutung, dass damit eher die institutionalisierte als die individuelle Solidarität gemeint ist und dass religiöse Zugehörigkeit das Zutrauen in die institutionalisierte Solidarität stärkt. Im Christentum wie im Islam wird die Wohlfahrtspflege als religiöse Aufgabe aufgefasst, der auch institutionell nachzukommen ist (Ceylan und Kiefer 2016). Dabei beschränkt sich auch die institutionalisierte muslimische Wohlfahrtspflege in Deutschland keinesfalls nur auf die Gemeindeebene und eigene Glaubensgemeinschaft. Mit An-Nusrat gibt es seit 2018 einen nationalen muslimischen Wohlfahrtsverband, der – analog zur katholischen Caritas und evangelischen Diakonie – seine Wohlfahrtsleistungen für alle anbietet, unabhängig davon, ob oder was sie glauben. Die religiöse Trägerschaft eines großen Anteils der Wohlfahrtsangebote, die sich an alle Gesellschaftsmitglieder richten, dürfte eine Erklärung dafür sein, weswegen die Befragten mit religiöser Zugehörigkeit insgesamt ein stärkeres Zutrauen darin haben, dass sich Bedürftige auf Unterstützung verlassen können.

Auch Befragte, die regelmäßig institutionelle religiöse Angebote in Kirche, Synagoge, Tempel oder Moschee besuchen, schätzen das Solidarklima in der Tendenz leicht positiver ein (Tabelle 4). Allerdings fällt hier auf, dass Befragte, die angeben, mehr als einmal die Woche auf institutionalisierte religiöse Angebote zurückzugreifen, wiederum kritischer auf das Solidarklima schauen. Ohne dies wegen der geringen Fallzahl genauer untersuchen zu können, ist es nicht ganz unplausibel anzunehmen, dass diese Menschen vor allem eine Heimat in ihrer religiösen Gemeinschaft finden und einen

Kontrast zwischen dieser Gemeinschaft und der umgebenden Gesellschaft erleben. Ob damit zugleich eine Abkapselung und Abgrenzung von der weniger religiösen, pluralen Gesellschaft verbunden ist, kann vermutet, aber hier nicht belegt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich religiöse und nicht religiöse Befragte insgesamt nur geringfügig in ihren Einschätzungen des Solidarklimas unterscheiden. Die etwas positivere Einschätzung gläubiger Personen lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass die Einbettung in eine Religionsgemeinschaft mit einer gestärkten Überzeugung einhergeht, dass sich Bedürftige auf Unterstützung verlassen können. Hier deutet sich an, dass das, was der Religionssoziologe Emile Durkheim im frühen 20. Jahrhundert herausstellte (1981 [1912]), immer noch gilt: Religion fördert die Zuversicht, dass eine Gemeinschaft als „moralisch“ erfahren wird, die insbesondere in Notfällen füreinander eintritt. Dem wollen wir im Folgenden näher nachgehen.

„Religion fördert die Zuversicht, dass eine Gemeinschaft als ‚moralisch‘ erfahren wird, die insbesondere in Notfällen füreinander eintritt.“

3.3 Wie wird Solidarität im Alltag erlebt?

Die subjektive Einschätzung der gesellschaftlichen Wirklichkeit stützt sich auf unterschiedliche Quellen: Neben medialen Bildern sind es vor allem die persönlichen Erfahrungen aus direkter Interaktion, die unsere Einschätzung der Wirklichkeit prägen. Wie die langjährige Forschung zur „Kontakthypothese“ (Allport 1954) bestätigt, trägt der direkte persönliche Kontakt zwischen Mitgliedern unterschiedlicher etwa ethnischer oder religiöser Gruppen dazu bei, wechselseitiges Vertrauen zu fördern und Vorurteile abzubauen (Pettigrew und Tropp 2006). Angesichts der Bedeutung von direkten Interaktionserfahrungen stellt sich die Frage, ob und in welchem Ausmaß die subjektive Einschät-

zung des gesellschaftlichen Solidarklimas durch persönlich erfahrene Solidarität im Alltag geprägt ist. Vor diesem Hintergrund wollten wir in unserer Studie wissen, wie sehr die Befragten der Aussage „Ich habe im Alltag schon oft Hilfsbereitschaft gegenüber mir erlebt“ zustimmen. Drei Viertel stimmen dieser Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Die überwiegende Mehrheit der Befragten erlebt demnach im eigenen Alltag verlässlich Hilfe durch andere. Trotzdem bleibt zu beachten, dass immerhin 22 Prozent der Aussage „eher nicht“ und 3 Prozent sogar „überhaupt nicht“ zustimmen. Das ist ein Hinweis darauf, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung das unmittelbare soziale Umfeld nicht als unterstützend erlebt.

„Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung erlebt das unmittelbare soziale Umfeld nicht als unterstützend.“

Unter Personen mit religiöser Zugehörigkeit ist der Anteil derer, die im Alltag Hilfe erfahren, etwas höher (78 zu 70 Prozent). Die Differenz ist moderat, könnte aber damit zusammenhängen, dass sich religiöse Gemeinschaften als Unterstützungsgemeinschaften verstehen. Eine weitere Aufschlüsselung nach religionsgemeinschaftlicher Zugehörigkeit zeigt keine relevanten Unterschiede – offenbar hängt die individuelle Erfahrung von solidarischer Unterstützung nicht von konkreter religiöser Vergemeinschaftung oder Glaubensinhalten ab. Unterschiede zeigen sich allerdings, wenn man die religiöse Sozialisation der Befragten berücksichtigt: Während 26 Prozent derer, die religiös sozialisiert wurden, angeben, im Alltag schon oft Hilfsbereitschaft erlebt zu haben, sind es unter denen ohne religiöse Sozialisation nur 17 Prozent (Zustimmung „voll und ganz“).

Wie zu erwarten, gibt es zwischen erfahrener Hilfeleistung und der Einschätzung des Solidarklimas einen positiven Zusammenhang: Personen, die im Alltag oft Hilfsbereitschaft erfahren, schätzen mit einer klar höheren Wahrscheinlichkeit das gesellschaftliche Solidarklima als positiv ein. Die Korrelation

zwischen erfahrener Hilfsbereitschaft und dem Solidarklimaindex ist signifikant und positiv (Spearman's $r = 0.38$; $p < 0,001$). Wir können auf der Basis dieser Daten jedoch keine Aussage über das Ursache-Wirkungs-Verhältnis dieses Zusammenhangs machen: Es ist einerseits plausibel, dass die individuelle Erfahrung von Hilfsbereitschaft Menschen positiver auf ihr soziales Umfeld blicken lässt.²² Andererseits ist es aber nicht minder plausibel, anzunehmen, dass Menschen, die das Solidarklima generell positiv bewerten, quasi im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung (Merton 1948) eher die Erfahrung machen, dass sie Unterstützung erfahren, weil sie Handlungen anderer eher als unterstützend interpretieren und weil sie in der Zuversicht, Unterstützung zu erhalten, diese häufiger nachfragen.

3.4 Gerechtigkeitseinschätzungen

Die Bereitschaft zu Solidarität ist eine wesentliche Ressource für die Realisierung gesellschaftlicher Gemeinwohlziele. Was alles als Gemeinwohlziel zählt, ist zwar umstritten, doch für liberal-demokratische Gesellschaften gelten kollektive Sicherheit, die rechtsstaatliche Gewährung individueller Freiheiten, die Absicherung gegenüber Lebensrisiken und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstands gemeinhin als zentrale Gemeinwohlüter (u. a. Musgrave et al. 1987, Briggs 2006: 16 ff.).²³

²² Diese Interpretation korrespondiert mit der „Social Judgement Theory“, nach der Befragte dazu tendieren, einen Stimulus – hier in Form des Frage-Items – danach zu bewerten, welche Nähe er zu den Erfahrungen aufweist, die für den oder die Befragte:n relevant sind (z. B. Doherty und Kurz 1996).

²³ Es sind dies klassische Kollektivgüter, die nicht in marktlogischen Preisen berechenbar sind und von deren Nutzen niemand ausgeschlossen werden kann und soll. Sie stehen also allen ungeachtet ihrer Zahlungsfähigkeit, der Popularität der Güter und deren moralischer Eignung zur Verfügung. Daraus entstehen jedoch individuelle Anreize zum Trittbrettfahrertum (Olson 2004 [1965], Hardin 1968, Huhnholz 2018: 46).

Für Solidarität ist vor allem eine als gerecht angesehene Verteilung gesellschaftlicher Gewinne relevant. Daher konzentrieren wir uns hier auf diesen Aspekt der Gerechtigkeit und untersuchen, inwiefern die Befragten im Hinblick auf die Wohlstandsdistribution Gerechtigkeitslücken wahrnehmen sowie ob und wie diese Wahrnehmung mit Religion zusammenhängt. Dabei unterstellen wir, dass die Wahrnehmung von Gerechtigkeitslücken mit dem Wunsch nach mehr gesellschaftlicher Solidarität einhergeht. Damit lehnen wir uns an Einsichten der „Welfare Deservingness Theory“ (van Oorschot 2000, Laenen und Roosma 2022) an. Diese Theorie besagt, dass das Ausmaß der Bereitschaft zur Unterstützung bedürftiger Gruppen auch davon abhängt, ob und inwieweit diese Gruppen als verantwortlich für ihre Situation betrachtet werden. Wird einer Gruppe unterstellt, dass ihr Unterstützungsbedarf gerechtfertigt ist, dann werden die Kosten von (wohlfahrtsstaatlichen) Unterstützungsleistungen eher akzeptiert. Wenn Gerechtigkeitslücken wahrgenommen werden, ist das ein Hinweis darauf, dass Befragte Solidarleistungen für erforderlich halten, um diese Lücken zu schließen.

Gerechtigkeitseinschätzungen haben wir über die Zustimmung zu drei Aussagen erhoben: Erstens haben wir gefragt, ob „arme Menschen selbst schuld an ihrem Schicksal“ seien; zweitens haben wir erhoben, ob bestehende soziale Unterschiede „im Großen und Ganzen“ als gerecht angesehen werden; und drittens wollten wir das auch in Bezug auf die Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne wissen.

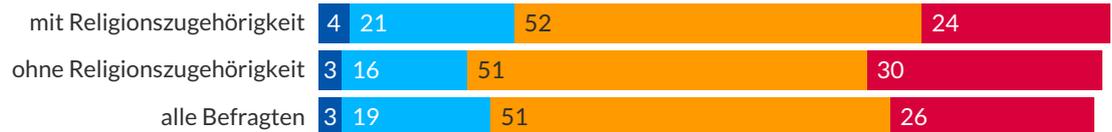
„Eine deutliche Mehrheit der Befragten nimmt eine Gerechtigkeitslücke in unserer Gesellschaft wahr.“

Die Antworten auf diese drei Fragen belegen, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten eine Gerechtigkeitslücke in unserer Gesellschaft wahrnimmt (Abbildung 11).

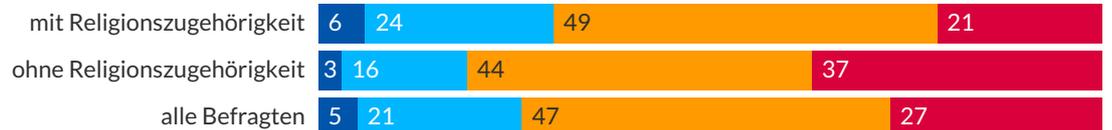
ABBILDUNG 11: Gerechtigkeitseinschätzung – nach Religionszugehörigkeit (in %*)

■ stimme voll und ganz zu ■ stimme eher zu ■ stimme eher nicht zu ■ stimme überhaupt nicht zu

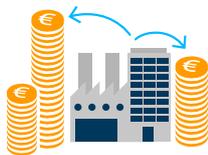
„Wenn Menschen arm sind, haben sie meist selbst schuld daran.“



„Die sozialen Unterschiede im Land sind im Großen und Ganzen gerecht.“



„Wirtschaftliche Gewinne werden im Befragungsland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.“



*Teilweise Abweichung von 100 Prozent aufgrund von Rundung

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

| BertelsmannStiftung

Insgesamt widersprechen drei Viertel der Befragten der Aussage, dass arme Menschen an ihrer Situation selbst schuld seien; 74 Prozent sind „eher“ oder „gar nicht“ der Meinung, dass es im Land im Großen und Ganzen gerecht zugehe, und sogar 84 Prozent verneinen die Aussage, dass die wirtschaftlichen Gewinne in unserem Land gerecht verteilt seien. Eine Mehrheit konstatiert also massive Gerechtigkeitslücken und stellt fest, dass unsere Gesellschaft derzeit an dem Gemeinwohlziel einer weitgehenden gerechten Wohlstandsverteilung scheitert. Ähnliche Ergebnisse lassen sich auch in anderen Untersuchungen finden: Einer Studie von Müller-Hilmer und Gagné (2018) zufolge

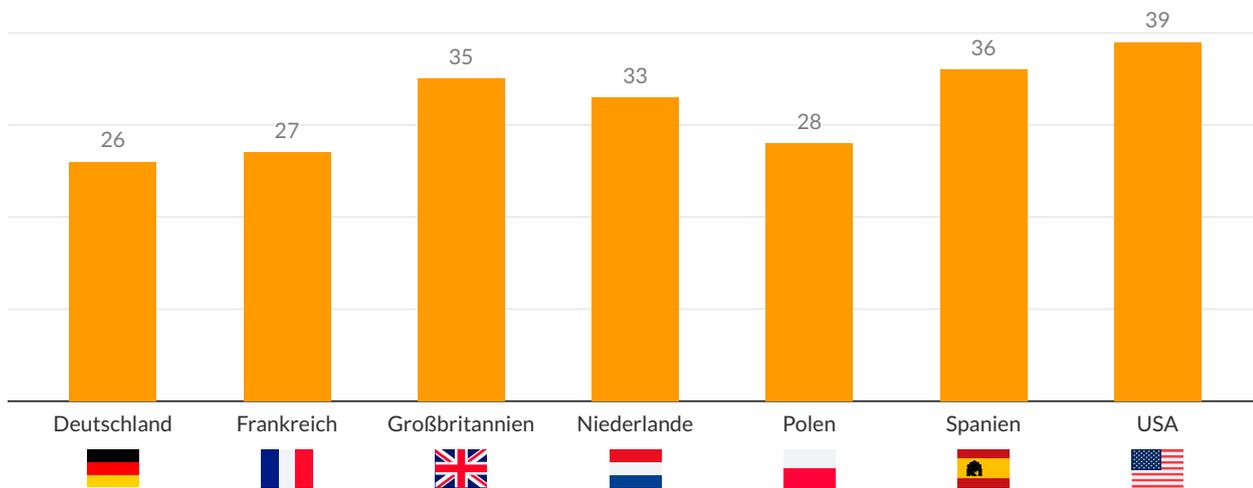
war 2017 für mehr als 90 Prozent der Befragten soziale Gerechtigkeit ein zentraler gesellschaftlicher Wert, gleichzeitig zeigt die Studie von Baarck et al. (2022: 21), dass nur 17 Prozent der Befragten die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland positiv bewerten.

„Personen mit religiöser Zugehörigkeit haben eine leicht stärkere Tendenz, Armut als selbst verschuldet zu betrachten.“

Wie stellt sich die Situation dar, wenn zwischen religiösen und nicht religiösen Befragten differenziert wird? Die Unterschiede sind insgesamt zwar relativ gering, doch ist auf-

Gerechtigkeitsbewertung im Ländervergleich (Zustimmung in %)

„Die sozialen Unterschiede im Befragungsland sind im Großen und Ganzen gerecht.“



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung der jeweiligen Länder ab 16 Jahren (N = 10.657), gültige Fälle, länderspezifisch gewichtet.

| BertelsmannStiftung

Gerechtigkeitslücke wird überall gesehen

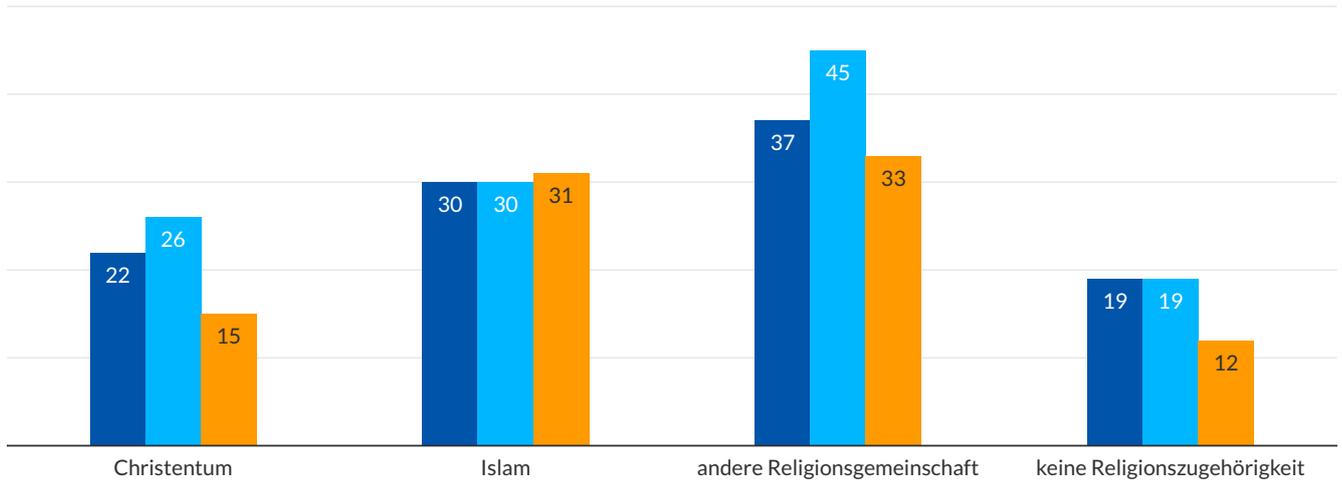
In allen untersuchten Ländern nehmen die Menschen eine Gerechtigkeitslücke wahr. In Deutschland ist diese Haltung besonders verbreitet. Hier sehen drei Viertel der Befragten die sozialen Unterschiede im Großen und Ganzen als nicht gerecht an. In den USA sind es immer noch fast zwei Drittel. Insgesamt deuten diese Befunde darauf hin, dass die überwiegende Mehrheit mit der Wohlstandsverteilung im eigenen Land wenig zufrieden ist und ein anderes Ideal hat. Wir können aus den Daten jedoch nicht entnehmen, wie homogen die Vorstellungen von einer alternativen Wohlstandsverteilung sind und welche Wege gesehen werden, um dahin zu kommen.

fällig, dass unter den Religiösen der Anteil derer, die Gerechtigkeitsdefizite wahrnehmen, etwas geringer ausfällt. Personen mit religiöser Zugehörigkeit haben im Vergleich zu Personen ohne religiöse Zugehörigkeit eine leicht stärkere Tendenz, Armut als selbst verschuldet zu betrachten (24 zu 19 Prozent) und die sozialen Unterschiede (30 zu 19 Prozent) sowie die Verteilung wirtschaftlicher Gewinne (19 zu 12 Prozent) als gerecht einzustufen. Das Bild stellt sich allerdings etwas anders dar, wenn nach Religionsgruppen differenziert wird (Abbildung 12).

Auffällig ist, dass unter den Personen muslimischen Glaubens eine positive Einschätzung der Gerechtigkeitsverhältnisse weitaus stärker verbreitet ist als unter den Befragten christlichen Glaubens. Der Anteil unter den Muslim:innen, die die Verteilung wirtschaftlicher Gewinne als gerecht ansehen, ist mit 31 Prozent doppelt so hoch wie unter den Christ:innen (15 Prozent) und fast dreimal so hoch wie unter den Nichtgläubigen (12 Prozent). Während mit 47 Prozent fast die Hälfte der Muslim:innen die sozialen Unterschiede als gerecht einschätzt, sind es unter den Christ:innen nur ein Viertel (26 Prozent) und

ABBILDUNG 12: Gerechtigkeitseinschätzung – nach Religionszugehörigkeit (Zustimmung in %)

■ „Wenn Menschen arm sind, haben sie meist selbst schuld daran.“ ■ „Die sozialen Unterschiede im Befragungsland sind im Großen und Ganzen gerecht.“ ■ „Wirtschaftliche Gewinne werden im Befragungsland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.“



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

BertelsmannStiftung

unter den Nichtgläubigen nicht mal ein Fünftel (19 Prozent). Bei der Einschätzung der „Schuldfrage“ im Zusammenhang mit Armut zeigt sich dieselbe Tendenz, wenn auch in etwas abgeschwächter Form. Hier bieten sich zwei Erklärungen an, die wir jedoch mit den Daten des Religionsmonitors nicht direkt testen können: Zum einen könnte es sein, dass für Muslim:innen aus ihren religiösen Überzeugungen folgt, dass die soziale Stellung eher als gegeben hingenommen wird und familiäre Netzwerke sowie Sozialabgaben im Rahmen der *Zakāt* Notlagen hinreichend abfedern.²⁴ Es könnte aber auch sein, dass unter Muslim:innen, die überwiegend eine familiäre Migrationsgeschichte mitbringen, die Einstellung verbreiteter ist, dass es an einem selbst liegt, ob sozialer

²⁴ Für dieses Argument spricht, dass die *Zakāt* für die Mehrheit der Muslim:innen eine hochgradig verpflichtende Bedeutung hat und dass sie eher als Befragte anderer Religionsgemeinschaften und nicht religiös Gebundene der Aussage zustimmen, Menschen, die in Not geraten, seien selbst schuld.

Aufstieg gelingt, und das auch die Erwartung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Eingewanderten ist.

„Während fast die Hälfte der Muslim:innen die sozialen Unterschiede als gerecht einschätzt, sind es unter den Christ:innen nur ein Viertel und unter den Nichtgläubigen nicht mal ein Fünftel.“

Um abschließend auf die Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung des Solidarklimas, der Gerechtigkeitsbewertung und der Religiosität zu blicken, haben wir auch für die Gerechtigkeitsbewertung einen Summenindex gebildet.²⁵ Dabei gibt ein höherer Wert an, dass die Befragten das Gerechtigkeitsniveau positiv einschätzen. Der Mittelwert liegt bei $M=0.49$, im Durchschnitt neigen die Befragten also dazu, das Gerechtigkeitsniveau eher kritisch zu bewerten. Weiterhin zeigt sich, wenig überraschend,

²⁵ Dafür haben wir wieder alle Werte für die Einzel-Items aufsummiert und zwischen 0 und 1 standardisiert.

dass Gerechtigkeitseinschätzungen und die Einschätzung des gesellschaftlichen Solidarklimas signifikant und eng miteinander zusammenhängen: Eine positivere Einschätzung des Solidarklimas geht auch mit einer positiveren Gerechtigkeitseinschätzung einher. Interessanterweise findet sich dieser positive Zusammenhang nicht zwischen persönlichen Erfahrungen mit Unterstützungsleistungen im Alltag und der Einschätzung der gesellschaftlichen Gerechtigkeit: Diese persönlichen Erfahrungen übersetzen sich also nicht unmittelbar in gesellschaftspolitische Einstellungen. Untersucht man auf bivariater Ebene zusätzlich den Zusammenhang mit individueller Religiosität, so lassen sich auch hier schwache, aber signifikante Zusammenhänge finden: Befragte, die in institutionelle religiöse Zusammenhänge eingebettet sind und sich selbst als religiös einschätzen, sehen eine weniger große Gerechtigkeitslücke in der Gesellschaft.

Insgesamt zeigen die Daten, dass unabhängig davon, ob oder was geglaubt wird, die Mehrheit der Befragten eine Gerechtigkeitslücke im Hinblick auf die Wohlstandsverteilung wahrnimmt. Die Gerechtigkeitseinschätzungen hängen dabei positiv mit der Einschätzung des Solidarklimas zusammen. Religion und Religiosität spielen erneut eine kleine, aber unterstützende Rolle: Es zeigen sich sowohl religionsgemeinschaftliche Unterschiede als auch Unterschiede, die auf die institutionelle Anbindung und das Selbstverständnis der Befragten zurückzuführen sind.

4. Ebenen der Solidarität: Wer unterstützt wen?

Solidarität ist eine wichtige Ressource, um Wohlfahrtsziele zu realisieren, die wir uns gesellschaftlich gesetzt haben. In seinem klassischen Artikel „Citizenship and Social Class“ aus dem Jahr 1950 argumentiert Thomas H. Marshall, dass zur Realisierung ziviler und politischer Rechte (wie Freiheitsrechte und politische Partizipationsrechte) soziale Rechte (wie eine ökonomische Grund- sicherung) notwendig seien. Die sozialen Rechte wiederum werden durch den Wohl- fahrtsstaat abgesichert. Menschen, die von diesen Rechten profitieren, haben ein Inter- esse daran, die Strukturen zu schützen, die soziale Rechte gewährleisten, weil sie gesell- schaftliche Spannungen reduzieren und damit die Gesellschaft stabilisieren (Tranow und Schnabel 2019). Die Wohlfahrtsstaats- forschung zählt die Absicherung gegen Not- fälle, aber auch die Umverteilung von Markt- einkommen und die Sicherstellung eines gesellschaftlich akzeptierten Versorgungs- niveaus – zum Beispiel mit medizinischen Leistungen, innerer und äußerer Sicherheit oder schulischer Erziehung – zu den wich- tigsten sozialen Rechten und deren wohl- fahrtsstaatlicher Absicherung (z. B. Schuyt 1998: 298 oder Briggs 2006: 16 ff.). Was die konkreten Kriterien für diese Wohlfahrtsziele sind, ist im Einzelnen umstritten, doch als allgemeine Leitziele zählen sie zu unserem gesellschaftlichen Selbstverständnis. Dieses findet seinen Niederschlag nicht zuletzt in unserer Verfassung, in der die Achtung und der Schutz der Menschenwürde verankert sind (GG Art. 1) und die Bundesrepublik als Sozialstaat definiert wird (GG Art. 20 und 28). Allerdings liegt in liberal-demokratischen Gesellschaften die Verantwortung für die Realisierung der Wohlfahrtsziele nicht allein beim Staat und der Politik. Auch dem priva- ten Engagement der Bürger:innen kommt

Bedeutung zu, sei es in der Familie, in der Nachbarschaft oder in zivilgesellschaftlichen Initiativen (Briggs 2006: 17). Die Solidarität liberal-demokratischer Gesellschaften lässt sich deswegen als ein „Mehrebenenphänomen“ (Kneuer und Masala 2014: 15) beschreiben, bei dem die unterschiedlichen Ebenen Bei- träge zur Realisierung der Wohlfahrtsziele leisten. Strittig ist indes, wie die einzelnen Ebenen aufeinander abgestimmt sein und welche konkreten Solidaraufgaben sie schul- tern sollen: Welche Verantwortung trägt die Familie, tragen Zivilgesellschaft und Staat, wenn es beispielsweise um die soziale Ab- sicherung bei Arbeitslosigkeit oder Pflege- bedürftigkeit geht? Unterschiedliche Wohl- fahrtsregime geben darauf unterschiedliche Antworten. Anlehnend an die klassische Wohl- fahrtsstaatstypologie von Esping-Andersen (1990) lässt sich sagen, dass der liberale Wohlfahrtsstaat, der im angelsächsischen Raum vorherrscht, dem privaten Engagement eine größere Verantwortung zuweist als der konservativ-korporatistische Wohlfahrts- staat, wie er in Deutschland existiert, oder der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat, der in skandinavischen Ländern dominiert.

„Welche Verantwortung trägt die Familie, tragen Zivilgesellschaft und Staat, wenn es beispielsweise um die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit geht?“

Historisch hat Religion – neben der Arbeiter- bewegung – eine zentrale Rolle für die Ausbil- dung unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatsregime gespielt (Stjernø 2011): So werden sogenannte „konfessionelle Kulturen“ als Treiber für den Grad der Generosität und Universalität wohl- fahrtsstaatlicher Leistungen genannt (z. B. Manow 2005, Gabriel et al. 2013). Demnach würden Wohlfahrtsstaatsregime in den pro-

testamentlich-modern geprägten Ländern des europäischen Nordens auf einen starken Sozialstaat setzen. Die Wohlfahrtsstaatsregime im vornehmlich katholisch-konservativen und orthodoxen Süden Europas mit ihrem vergleichsweise geringen Versicherungsschutz würden dagegen auf die Familie als Hauptgaranten sozialer Absicherung rekurrieren. „Konfessionelle Kulturen“ werden auch als Einflussfaktoren für den europäischen Integrationsprozess gesehen (z. B. Nelson 2004) und zur Erklärung unterschiedlicher Arten und Gewährungsmechanismen von

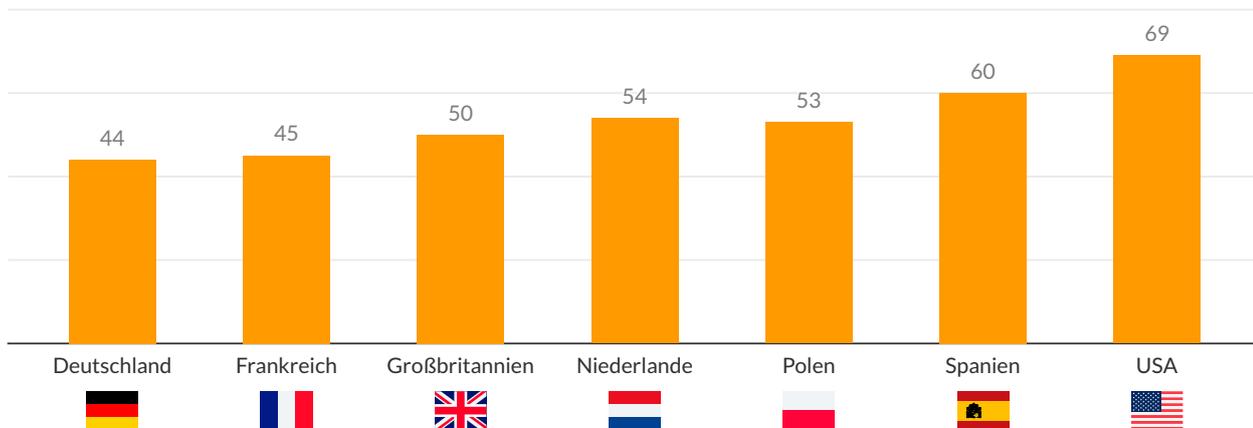
Staatsbürgerrechten (z. B. Spohn 2009) oder der Entwicklung unterschiedlicher Wertesysteme herangezogen (Riis 1989).

4.1 Wer soll Unterstützungsleistungen erbringen?

In dieser Studie interessieren wir uns dafür, welche Rolle die Befragten unterschiedlichen sozialen Ebenen für die Unterstützung in Not-situationen zuweisen (Familie, Freund:innen und Nachbar:innen, religiösen Gemeinden

Bewertung religiöser Gemeinden im Ländervergleich (Zustimmung in %)

„Religiöse Gemeinden können in Notsituationen besser helfen als staatliche Stellen.“



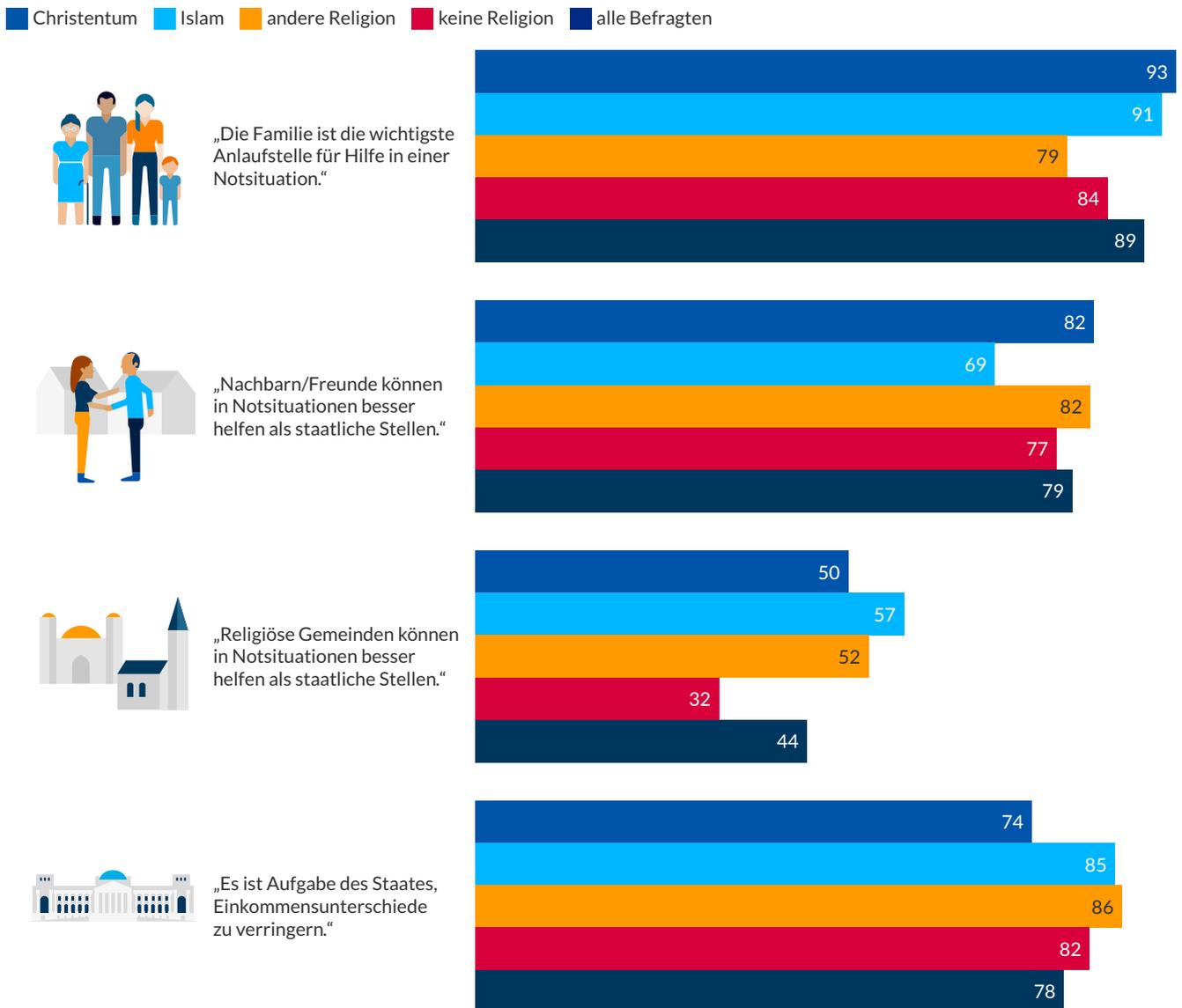
Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung der jeweiligen Länder ab 16 Jahren (N = 10.657), gültige Fälle, länderspezifisch gewichtet.

BertelsmannStiftung

In den USA ist das Vertrauen in religiöse Organisationen am größten

Wenn die Wohlstandsverteilung als ungerecht eingestuft wird, stellt sich die Frage, welche Institutionen für Notfälle einspringen sollten. Wenn es um religiöse Organisationen und Gemeinden geht, so zeigen sich gravierende Länderunterschiede: Während in Deutschland und Frankreich nicht einmal die Hälfte der Befragten findet, dass religiöse Gemeinden im Notfall besser helfen als staatliche Stellen, sind es in den USA fast 70 Prozent. Hier lässt sich ein Zusammenhang mit der Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen vermuten: Je weniger stark Ansprüche auf Umverteilung, Notfallunterstützung oder Absicherung rechtlich verankert sind, desto eher fallen diese Aufgaben religiösen Organisationen, Gemeinden und karitativen Einrichtungen zu. Der Wohlfahrtsstaat selbst wiederum hat sich historisch herausgebildet in den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirchen (Campbell und Yonish 2003, Knippenberg 2006, Gabriel et al. 2013, Zehavi 2013).

ABBILDUNG 13: Wichtigkeit verschiedener Solidarebenen – nach Religionszugehörigkeit (in %)



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

BertelsmannStiftung

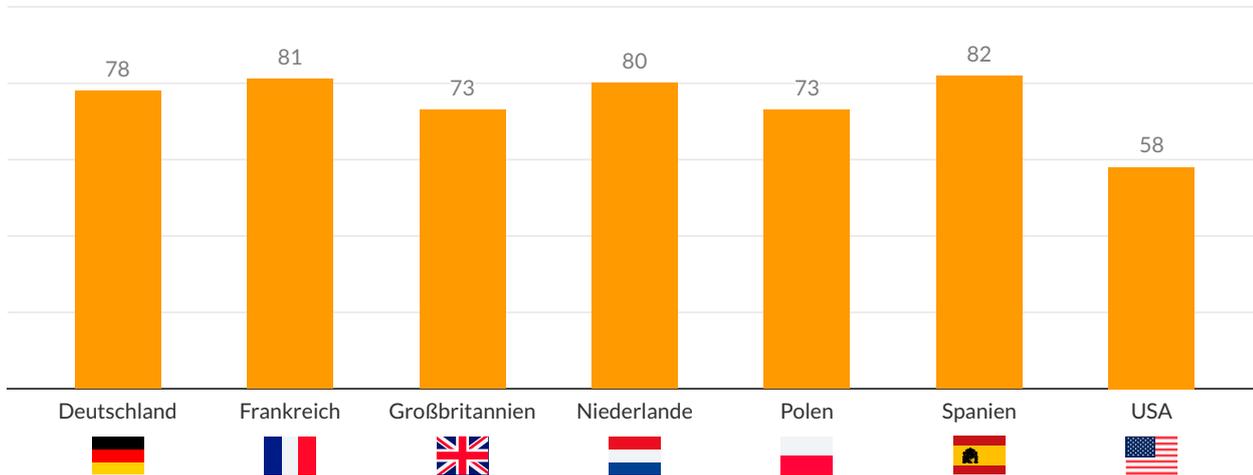
oder dem Staat). Außerdem wollen wir wissen, inwiefern die Befragten es als Aufgabe des Staates betrachten, Einkommensunterschiede zu verringern. Zusammengefasst erschließt sich aus Antworten dieser Studie, ob und wie die Befragten Solidarität als Mehrebenenphänomen verstehen (Abbildung 13). Auch hier interessieren wir uns vor allem wieder dafür, ob und in welcher Weise diese

Sichtweisen mit religiösen Orientierungen und Lebensformen verbunden sind.

Aus historischer Perspektive zählt die Familie trotz oder gerade wegen ihrer Wandelbarkeit und Vielschichtigkeit zu den stabilsten Institutionen unserer Gesellschaft (Isengard 2018: 15). Angesichts hoher Scheidungsraten, einer gesunkenen Fertilität und der Diversifizie-

Vertrauen in den Staat im Ländervergleich (Zustimmung in %)

„Es ist die Aufgabe des Staates, Einkommensunterschiede zu verringern.“



Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung der jeweiligen Länder ab 16 Jahren (N = 10.657), gültige Fälle, länderspezifisch gewichtet.

BertelsmannStiftung

Länderdifferenzen spiegeln unterschiedliche Wohlfahrtsstaatsmodelle

Bei der Frage, wie sehr es die Aufgabe des Staates ist, für eine gleichmäßigere Einkommensverteilung zu sorgen, lassen sich starke länderspezifische Unterschiede erkennen. Sie spiegeln die Differenzen zwischen einem europäischen und einem amerikanischen Wohlfahrtsstaatsmodell wider (Brooks 2012): In den untersuchten europäischen Ländern ist die weit überwiegende Mehrheit der Befragten der Ansicht, der Staat sei dafür verantwortlich, Einkommensunterschiede zu verringern, während in den USA nur knapp die Hälfte der Befragten diese Ansicht vertritt. Hier scheint eine andere politische Kultur auf, die die Verantwortung für soziale Absicherung und Wohlstand weniger bei staatlichen Stellen als beim Individuum selbst sieht. Damit scheint eine verbreitete Skepsis gegenüber zentralstaatlichen Autoritäten einherzugehen (Hochschild 2018).

rung von Lebensformen wird in öffentlichen Debatten allerdings vielfach ein Bedeutungsverlust der Familie angenommen. Insbesondere von religiöser Seite wird dabei die Ausdifferenzierung familialer Lebensformen nicht selten als „Zerfall“ beklagt.²⁶ Wir haben untersucht, welcher Stellenwert der Familie

²⁶ Beispielsweise sprach Papst Benedikt XVI. bei einem Weihnachtsempfang im Vatikan im Jahr 2012 von einer „Krise der Familie“, die eine Bedrohung der Würde des Menschen darstelle (<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/homo-ehe-papst-sieht-krise-der-familie-a-874394.html>). Als „Familie“ wird dabei allerdings ausschließlich die klassisch heterosexuelle und an binären Geschlechternormen orientierte Familie verstanden, die zwar weiterhin dominant ist, jedoch längst nicht mehr das einzige Familienmodell darstellt.

als Solidargemeinschaft zugeschrieben wird. Konkret wollten wir wissen, welche Zustimmung die Aussage erfährt, dass die Familie die wichtigste Anlaufstelle in Notsituationen sei. Das Ergebnis ist eindeutig (Abbildung 13): Eine überwältigende Mehrheit von 89 Prozent der Befragten stimmt dieser Aussage entweder „voll und ganz“ (55 Prozent) oder „eher“ (34 Prozent) zu. Die Familie ist aus der Perspektive der allermeisten Befragten damit die wichtigste gesellschaftliche Solidarinstitution. Dieses gilt in ähnlicher Weise für Befragte mit und ohne religiöse Zugehörigkeit (92 versus 84 Prozent), und auch zwischen Christ:innen (93 Prozent) und Muslim:innen (91 Prozent) lassen sich keine

nennenswerten Unterschiede ausmachen. Diese Ergebnisse sind anschlussfähig an Befunde der familiensoziologischen Forschung. Sie zeigen, dass familiäre Bindungen und Transferleistungen keineswegs an Bedeutung verloren haben, sondern dass die familiäre Solidarität trotz einer höheren Mobilität der Familienmitglieder sogar eine Festigung erfahren hat. Eine Erklärung dafür ist, dass aufgrund der niedrigeren Fertilität und des Anstiegs der Lebenserwartung die Qualität und Quantität intergenerationaler Beziehungen insgesamt zugenommen hat (Isengard 2018: 222). Allerdings zeigen sich im internationalen Vergleich unterschiedliche normative Muster: Während im traditionellen Interdependenzmodell Kinder von ihren Eltern versorgt werden, aber in Haushalt und Familienwirtschaft mitarbeiten, zu Dankbarkeit verpflichtet sind und als Erwachsene ihre Eltern versorgen sollen, liegt dem in Deutschland weitverbreiteten Interdependenzmodell ein anderes Arrangement zugrunde: Hier werden die Kinder von ihren Eltern durch hohe Investitionen in ihrer Selbstständigkeit und persönlichen Entwicklung unterstützt und sollen wiederum als Erwachsene ihre Eltern – so denn ein gutes Verhältnis vorliegt – vor allem durch immaterielle Leistungen unterstützen (Bühler-Niederberger 2020).

4.2 Solidarverpflichtungen außerhalb der Familie

Wenngleich die Familie als Solidarinstitution eine herausragende Stellung einnimmt, kann sie nicht den gesamten Unterstützungsbedarf abdecken, um Not- und Krisensituationen zu bewältigen. Die zeitlichen, monetären und auch emotionalen Ressourcen, die Familienmitglieder für eine wechselseitige Unterstützung aufwenden können, sind begrenzt und nicht zuletzt von den – in der Gesellschaft höchst unterschiedlich verteilten – Ressourcen abhängig. Wie bereits angesprochen, ist Solidarität in ausdifferenzierten liberal-demokratischen Gesellschaften deswegen eine Aufgabe, die durch Leistungen von mehreren

Instanzen auf unterschiedlichen Ebenen erfüllt werden muss. Neben der Familie sind dieses vor allem lokale Netzwerke (wie Freund:innen und Nachbar:innen), zivilgesellschaftliche Akteur:innen (wie religiöse Gemeinden) und der Staat. Im Rahmen des Religionsmonitors 2023 wurde erhoben, welche Bedeutung die Befragten der Netzwerk-Solidarität (Freund:innen sowie Nachbar:innen) und der zivilgesellschaftlichen Solidarität religiöser Gemeinden jeweils in Relation zu staatlicher Solidarität zuschreiben, wenn es um die Unterstützung in Notsituationen geht.

„80 Prozent sind der Meinung, dass Freund:innen und Nachbar:innen in Notsituationen besser helfen können als der Staat.“

Im Hinblick auf die Netzwerk-Solidarität sind die Ergebnisse sehr eindeutig: 80 Prozent sind der Meinung, dass Freund:innen und Nachbar:innen in Notsituationen besser helfen können als der Staat. Diesen Befund interpretieren wir als ein großes Vertrauen in die informelle Solidarität im sozialen Nahbereich jenseits der Familie. Die Zugehörigkeit beziehungsweise Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft macht hier so gut wie keinen Unterschied aus (Zugehörige 81 Prozent, Nichtzugehörige 77 Prozent). Differenziert nach Religionsgruppen wird allerdings deutlich, dass unter den muslimischen Befragten die Zustimmung zu der Aussage geringer ausfällt (69 versus 82 Prozent unter den christlichen Befragten). Vermutlich ist das darauf zurückzuführen, dass bei den muslimischen Befragten aufgrund einer höheren Diskriminierungsrate (siehe Kapitel 3.2) das generalisierte Vertrauen geringer ausgeprägt ist. Insgesamt schreiben die Befragten aber unabhängig von ihrer religiösen Orientierung der Netzwerk-Solidarität deutlich mehr Potenzial in Notsituationen zu als den staatlichen Unterstützungsstrukturen. In Kapitel 3.3 haben wir dargelegt, dass drei Viertel der Befragten in ihrem Alltag positive Hilfsbereitschaft erleben. Diese persönliche Erfahrung dürfte eine wesentliche Säule des großen Vertrauens in die Netzwerk-Solidari-

tät sein.²⁷ Allerdings vermuten wir, dass auch die mediale Berichterstattung über funktionierende Solidarität im Nahbereich – beispielsweise während der Coronapandemie und bei der Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 – dazu beiträgt, die Netzwerk-Solidarität in akuten Notsituationen als effektiver gegenüber staatlicher Unterstützung einzuschätzen.

Im Hinblick auf die zivilgesellschaftliche Solidarität haben wir danach gefragt, inwiefern die Befragten der Aussage zustimmen, dass religiöse Gemeinden besser als staatliche Stellen in Notsituationen Hilfe leisten können. 44 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu. Das Bild stellt sich leicht anders dar, wenn wir nach religiöser Zugehörigkeit differenzieren: Unter den Gläubigen stimmt die Hälfte der Befragten der Aussage zu, während es unter den Nichtgläubigen nur ein Drittel ist. Die naheliegende Interpretation ist, dass Gläubige religiöse Institutionen besser kennen, ihnen mehr zutrauen und dass ihnen bewusst ist, dass der Sozialstaat in einem erheblichen Teil auf Leistungen von Gemeindegarbeit und Wohlfahrtsverbänden in religiöser Trägerschaft basiert.²⁸ Die Zustimmungsrate unter muslimischen Befragten fällt im Vergleich zu den christlichen etwas höher aus (57 zu 47 Prozent). Wir können vermuten, dass sich auch dieser Unterschied zwischen den Religionsgruppen durch Diskriminierungserfahrungen unter den muslimischen Befragten einerseits und andererseits Unterstützungserfahrungen durch die eigene migrantische, häufig religiös geprägte Community in der Diaspora erklären lässt. Dafür spricht auch, dass die Wahrnehmung von Unterstützungsleistungen durch Ge-

meinden bei Befragten anderer Religionsgemeinschaften weniger ausgeprägt ist: Hier stimmt die Hälfte (52 Prozent) der Aussage zu, religiöse Gemeinden könnten besser als der Staat unterstützen. Insgesamt lässt sich vermuten, dass hier ein eher inner-religionsgemeinschaftlich bindender Effekt vorliegt, der durch mangelndes *bridging* anderer religionsgemeinschaftlicher und gesellschaftlicher Gruppen hervorgerufen wird.

Allerdings ist der Unterschied zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen deutlich stärker als der zwischen christlichen und muslimischen Befragten. Hier könnte sich auch ein exklusiver Effekt von Religion und religiöser Vergemeinschaftung vermuten lassen: Auch wenn wir dies auf der Basis der Daten des Religionsmonitors nicht direkt zeigen können, so lässt sich doch vermuten, dass Menschen mit Bindung zu einer religiösen Gemeinde eher eine Anlaufstelle für Nöte und Probleme finden können als Fremde, die weder um die Möglichkeiten wissen noch die entsprechenden Anspracheformen kennen. Religionszugewandte Menschen könnten also zusätzliche Solidarangebote (aber auch -verpflichtungen) finden, die für religiös Ungebundene nicht zur Verfügung stehen.

Insgesamt offenbart ein Blick auf die Korrelation der untersuchten Items, dass viele Befragte die Idee einer subsidiären Solidarverantwortung im Hinblick auf Notsituationen vertreten. Dieses zeigt sich zunächst darin, dass familiäre und Netzwerk-Solidarität korreliert sind. Dieses bedeutet, dass Personen, für die die Familie die wichtigste Solidarinstitution ist, auch signifikant häufiger nachbarschaftlichen beziehungsweise freundschaftlichen Netzwerken als dem Staat eine Relevanz für die Unterstützung in Notsituationen zuschreiben ($r = 0.24^{**}$). Ebenso weisen Personen, die religiösen Gemeinden eine wichtigere Rolle als dem Staat zuweisen, mit größerer Wahrscheinlichkeit auch nachbarschaftlichen und freundschaftlichen Netzwerken eine wichtigere Bedeutung als staat-

27 In der Tat finden wir einen signifikanten Zusammenhang zwischen erfahrener Hilfeleistung und der Zustimmung zur Familie als wichtigster Anlaufstelle in Notfällen (Spearman's $r = 0.103$; $p < 0,001$) sowie der Netzwerk-Solidarität (Spearman's $r = 0.14$; $p < 0,001$).

28 Dieses Argument haben wir bereits oben aufgeführt, um zu erklären, weshalb religiöse Befragte eher darauf vertrauen, dass Armen und in Not Geratene in unserer Gesellschaft geholfen wird (siehe S. 43 ff.).

lichen Instanzen zu ($r = 0.23^{**}$). Die Idee einer subsidiären Solidarverantwortung ist historisch gesehen vor allem von der katholischen Soziallehre vertreten und popularisiert worden (Stjernø 2011). Dahinter steht die Vorstellung, dass Unterstützungsbedarfe nicht einfach an den Staat delegiert werden sollten, sondern so weit wie möglich lokal gedeckt werden.²⁹ Auch wenn es keine einheitliche protestantische Soziallehre gibt, betont der Protestantismus eher als der Katholizismus die individuelle Verantwortung vor Gott. Hieraus ließe sich ableiten, dass auch der Protestantismus die Verantwortung für das Sozialwesen nicht uneingeschränkt einem (Wohlfahrts-)Staat überlässt, sondern Gläubige auffordert, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen. Tatsächlich sind solche liberalen Elemente der Selbstverantwortung – in unterschiedlicher Ausprägung – auch in den nordischen und im deutschen Sozialstaatsmodell verankert.

„Die Idee eines in Marktprozesse intervenierenden und umverteilenden Staates findet damit eine sehr breite Unterstützung.“

Bis hierhin haben wir uns angeschaut, welchen Stellenwert die Befragten unterschiedlichen Ebenen und Instanzen für die Unterstützung in Notsituationen zuschreiben. Die Unterstützung in Notsituationen ist ein wichtiger Bestandteil von Solidarität, doch längst nicht der einzige. Die Solidarität einer Gesellschaft zeigt sich auch darin, inwiefern die Verteilung des kollektiv erwirtschafteten Wohlstands entsprechend den dominanten Vorstellungen von Angemessenheit und Fairness organisiert ist (Tranow 2013). Eine in diesem Zusammenhang strittige Frage ist, ob oder inwieweit der Staat in die Einkommensverteilung eingreifen soll, um durch den Markt erzeugte

Ungleichheiten auszugleichen.³⁰ Von den Befürworter:innen eines umverteilenden Staates werden vor allem zwei Argumente ins Feld geführt. Das erste ist, dass eine Wohlstandsverteilung durch den Markt vielfach nicht dem Verdienst- und Leistungsprinzip entspreche, was ungerecht sei (vgl. zusammenfassend etwa Liebig et al. 2013: 293 ff.).³¹ Dieses Argument kennen wir beispielsweise aus den Debatten über die unterbezahlten Pflegekräfte während der Coronapandemie. Das zweite Argument ist, dass das Prinzip des gleichen Bürger:innenstatus verlange, allen Bürger:innen unabhängig von ihrem Verdienst ein Maß an Grundsicherung und Wohlstandspartizipation zu ermöglichen, das nicht nur ihre Existenz sichert, sondern sie dazu befähigt, ihre Rolle als politische Aktivbürger:innen kompetent zu erfüllen (Marshall 1950, Esping-Andersen 1990, Schrader 2005, Briggs 2006). Skeptische Stimmen gegenüber staatlichen Eingriffen in die Einkommensverteilung führen dagegen an, dass Marktverteilungen leistungsadäquat im Hinblick auf die Befriedigung einer existierenden Nachfrage seien und damit auch gerecht. Ein weiteres Argument ist, dass unabhängig von Gerechtigkeitsfragen staatliche Eingriffe die Effizienz und Funktionalität einer marktbasieren Ökonomie und damit den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand

29 Von besonderer Bedeutung ist hier die Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ von Papst Pius XI. aus dem Jahr 1931. In dieser wird das Subsidiaritätsprinzip als zentrales Moment einer christlichen Gesellschaftsauffassung und menschenwürdigen Sozialordnung vertreten: https://www.vatican.va/content/pius-xi/en/encyclicals/documents/hf_p-xi_enc_19310515_quadragesimo-anno.html.

30 Andersherum lässt sich auch fragen, ob Märkte gerecht sind: Berger (2003) kommt zu dem Ergebnis, dass Märkte gerecht sein können, denn sie produzieren unter den Bedingungen des uneingeschränkten Wettbewerbs proportionale Gerechtigkeit. Dagegen lässt sich, erstens, einwenden, dass proportionale Gerechtigkeit keine ausgleichende Gerechtigkeit ist, also den Status quo zementiert, und dass, zweitens, die Bedingungen des uneingeschränkten Wettbewerbs nicht immer gegeben sind und die freie Marktwirtschaft zu ineffizienten und verzerrenden Ergebnissen führt (z. B. in Form von asymmetrischer Information, Monopolbildung, externen Effekten und Kollektivgütern oder Besteuerung und Subvention [Musgrave et al. 1987]).

31 Hier sei auch noch einmal auf den klassischen Beitrag von Marshall (1950) verwiesen, der argumentiert, dass kapitalistisch-marktwirtschaftliche Ökonomie Ungleichheiten erzeuge, die mit politisch demokratischen Prinzipien der Gleichheit nicht vereinbar seien, und daher soziale Rechte notwendig seien, damit politische Rechte überhaupt wahrgenommen werden könnten.

gefährden würden. Insbesondere staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt führten zu Ungleichgewichten, würden sie doch nicht zuletzt Menschen veranlassen, zu wenig Arbeitsleistung anzubieten und sich stattdessen auf Wohlfahrtsleistungen „auszuruhen“. So argumentierte beispielsweise von Hayek bereits 1944, dass wohlfahrtsstaatliche Absicherung individuelle Freiheit und Initiative untergrabe.

Für die Befürwortung und Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Einkommensverteilung lassen sich also unterschiedliche Argumente aufführen, die jeweils eine gewisse normative und sachliche Plausibilität für sich in Anspruch nehmen können. Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Positionen in Verteilungsfragen wurde im Religionsmonitor 2023 danach gefragt, inwiefern die Befragten der Aussage zustimmen, dass es die Aufgabe des Staates sei, Einkommensunterschiede zu verringern. Mehr als drei Viertel der Studienteilnehmenden (78 Prozent) stimmen dieser Aussage „voll und ganz“ (38 Prozent) oder „eher“ (40 Prozent) zu. Die Idee eines in Marktprozesse intervenierenden und umverteilenden Staates findet damit eine sehr breite Unterstützung. Das gilt umso mehr in Kombination mit dem in Kapitel 3.4 aufgeführten Befund, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten im Hinblick auf die gegenwärtige Wohlstandsverteilung ein Gerechtigkeitsdefizit sieht.³² Glaubensfragen spielen auch hier eine untergeordnete Rolle. Religiöse Befragte schreiben im Vergleich zu Nichtreligiösen dem Staat lediglich zu einem etwas geringeren Anteil die Aufgabe zu, Einkommensunterschiede zu verringern (76 versus 82 Prozent). Etwas größer sind die Differenzen zwischen christlichen und muslimischen Befragten, wobei die

³² 70 Prozent der Befragten stimmen der Aussage nicht zu, dass es in diesem Land im Großen und Ganzen gerecht zugehe, und 81 Prozent der Befragten lehnen die Aussage ab, dass die wirtschaftlichen Gewinne gerecht verteilt werden (siehe Kapitel 3.4).

Muslim:innen insgesamt etwas umverteilungsfreundlicher sind (85 versus 74 Prozent). Das ist durchaus bemerkenswert, denn wie wir in Kapitel 3.4 berichtet haben, sehen muslimische im Vergleich zu christlichen und nichtreligiösen Befragten die aktuellen Verteilungsverhältnisse eher als gerecht an.³³ Daraus lässt sich schließen, dass Muslim:innen etwas weniger unzufrieden damit sind, wie der Staat gegenwärtig Ungleichheitsverhältnisse korrigiert.

„Muslim:innen sind etwas weniger unzufrieden damit, wie der Staat gegenwärtig Ungleichheitsverhältnisse korrigiert.“

4.3 Solidartypen: Wie umfassend soll Solidarität sein?

Kommen wir an dieser Stelle zu einer zusammenfassenden und übergreifenden Betrachtung darüber, welche Zustimmungsmuster von Solidarverantwortung sich in den Daten des Religionsmonitors finden lassen. Zu diesem Zweck haben wir die positiven Halbtungen zur familialen, Netzwerk-, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Solidarität zusammengefasst und Solidartypen gebildet.³⁴ Von 16 möglichen Typen entfallen drei Viertel der Befragten (76 Prozent) auf vier Typen, die wir im Folgenden näher vorstellen (Tabelle 5):

³³ Der Anteil unter den Muslim:innen, die die Verteilung wirtschaftlicher Gewinne als gerecht ansehen, ist mit 31 Prozent doppelt so hoch wie unter den Christ:innen (15 Prozent) und fast dreimal so hoch wie unter den Nichtgläubigen (12 Prozent). Mit 47 Prozent schätzt fast die Hälfte der Muslim:innen die sozialen Unterschiede im Land als gerecht ein, unter den Christ:innen liegt der Anteil bei einem Viertel (26 Prozent) und unter den Nichtgläubigen bei knapp einem Fünftel (19 Prozent).

³⁴ Dafür wurden die Antworten dichotomisiert (die Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ wurden mit „1“, die Antworten „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ wurden mit „0“ gewertet).

TABELLE 5: Häufigste Solidartypen* in Deutschland

Zustimmungskombinationen	Solidartyp			
	Vielfältige	Säkular-Vielfältige	Nahbereichs-bezogene	Wohlfahrts-staatsbezogene
„Die Familie ist die wichtigste Anlaufstelle für Hilfe in einer Notsituation.“	X	X	X	X
„ Nachbarn/Freunde können in Notsituationen besser helfen als staatliche Stellen.“	X	X	X	-
„ Religiöse Gemeinden können in Notsituationen besser helfen als staatliche Stellen.“	X	-	-	-
Es ist Aufgabe des Staates , Einkommensunterschiede zu verringern.“	X	X	-	X
Anteil der Typen in der Bevölkerung	30,1 %	27,8 %	9,1 %	8,8 %

* Berechnet aus den Antwortmustern zur Beurteilung der Solidaritätsverantwortung unterschiedlicher Ebenen

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet.

BertelsmannStiftung

Der mit 30 Prozent am stärksten vertretene Typus der „Vielfältigen“ zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: Die Familie wird als wichtigste Solidarinstitution in Notsituationen betrachtet, Freund:innen und Nachbar:innen sowie religiöse Gemeinden helfen im Vergleich zum Staat besser. Im Hinblick auf die Einkommensverteilung weisen die Vielfältigen allerdings dem Staat die Verantwortung zu, für mehr Gleichheit zu sorgen. Unter den Religiösen sind die Vielfältigen häufiger vertreten (34 Prozent unter den Christ:innen, 40 Prozent unter den Muslim:innen) als unter den nicht religionsgemeinschaftlich Gebundenen (21 Prozent). Der am zweitstärksten vertretene Typus sind die „Säkular-Vielfältigen“ (28 Prozent). Sie stimmen mit den Vielfältigen überein, sehen aber in religiösen Gemeinden keine starken unterstützenden Institutionen. Dieser Typus ist am stärksten unter den nicht religionsge-

meinschaftlich Gebundenen zu finden (36 Prozent). Hierin zeigt sich abermals, dass Religiöse und Nichtreligiöse zu sehr ähnlichen Einschätzungen in Solidaritätsfragen kommen – davon ausgenommen ist allerdings die Einschätzung religiöser Institutionen und ihrer Kompetenzen.

„Religiöse und Nichtreligiöse kommen zu sehr ähnlichen Einschätzungen in Solidaritätsfragen – davon ausgenommen ist allerdings die Einschätzung religiöser Institutionen und ihrer Kompetenzen.“

Unabhängig von der Bewertung der Rolle religiöser Gemeinden zeigt sich anhand der Merkmale der ersten beiden Typen, dass die meisten Befragten (58 Prozent) Solidarität als eine gesellschaftliche Herausforderung verstehen, die über mehrere Ebenen des Sozialen einer Antwort bedarf und dem Staat eine besondere Verantwortung zuweist.

Dem stehen die wesentlich weniger gesellschaftlich verankerten Typen der „Nahbereichsbezogenen“ und „Wohlfahrtsstaatsbezogenen“ gegenüber. Für sie konzentriert sich die Verantwortung für Solidarität stärker auf einzelne Ebenen, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Der Typ der Nahbereichsbezogenen sieht die Verantwortung für Solidarität vor allem im sozialen Nahbereich verankert, in der Familie wie im Kreis der Freund:innen und Nachbar:innen. Er hält weder Staat noch religiöse Organisationen für relevant, wenn in Notfällen geholfen werden muss.³⁵ Der Typ der Wohlfahrtsstaatsbezogenen wiederum hat ein polarisiertes Verständnis von Solidarität: Neben der Familie als wichtigster Solidarinstitution sieht er den Staat in der Solidarverantwortung, weniger allerdings dagegen soziale Netzwerke und religiöse Gemeinden.³⁶

Bemerkenswert ist, dass die potenzielle Spendenbereitschaft des Typs der Vielfältigen mit 10 Prozent (potenzieller *windfall gains*) überdurchschnittlich hoch ist, während der Typ der Nahbereichsbezogenen mit 7 Prozent weit unterdurchschnittlich spendenbereit ist. Betrachtet man die tatsächlichen Spenden der letzten zwölf Monate, zeigt sich allerdings ein anderes Muster: Während sich die Vielfältigen in ihrem Spendenverhalten nicht von den Säkular-Vielfältigen unterscheiden (in beiden Gruppen gaben 67 Prozent an, in den letzten zwölf Monaten gespendet zu haben), spendeten von den Nahbereichsbezogenen 72 Prozent und von den Wohlfahrtsstaatsbezogenen nur 62 Prozent. Die geringere Spendentätigkeit der Befragten des letzten Typus lässt sich wahrscheinlich darauf zurückführen, dass sich

dieser Typus auf den Staat als ausgleichende und absichernde Institution verlässt.

Betrachtet man Solidarität als Mehrebenenphänomen, so lässt sich auf der Basis der Daten des Religionsmonitors feststellen, dass die Mehrheit der Befragten diesen Ansatz teilt, Solidarität auf den verschiedenen Ebenen des Sozialen verortet und weder allein auf die individuelle Verantwortung noch auf eine wohlfahrtsstaatliche Regelung setzt. Dabei spielen weder individuelle Religiosität noch religionsgemeinschaftliche Zugehörigkeiten eine signifikante Rolle. Allein die Einschätzung religiöser Hilfsangebote durch Gemeinden oder Wohlfahrtsverbände unterscheidet sich danach, ob die Befragten sich religiös verorten oder nicht.

³⁵ Auch wenn die Fallzahlen für diesen Typus sehr klein sind, lässt sich doch feststellen, dass 77 Prozent der Nahbereichsbezogenen religionsgemeinschaftlich gebunden sind.

³⁶ Für diesen Typus steht ebenfalls nur eine geringe Fallzahl zur Verfügung. Die Differenz zwischen religionsgemeinschaftlich gebundenen und nicht gebundenen Befragten ist unter den Wohlfahrtsstaatsbezogenen nicht ganz so ausgeprägt (61 zu 39 Prozent).

5. Zusammenfassung: Zur Verzahnung von Solidarität und Religion

Der Religionsmonitor 2023 hat sich mit Solidarität in einer sich pluralisierenden Gesellschaft befasst. Wir wollten herausfinden, wie es um die Solidaritätsressourcen in Deutschland bestellt ist, und insbesondere, welcher Zusammenhang zwischen Religion und Solidarität existiert. Bei Solidarität geht es darum, zugunsten anderer oder der Gemeinschaft Leistungen zu erbringen, auch wenn diese mit eigenen Belastungen einhergehen. Solidarität ist eine zentrale Ressource gesellschaftlichen Zusammenhalts, die in unterschiedlichen Haltungen und Handlungen zum Ausdruck kommt: Dazu gehört die Bereitschaft, an der Bereitstellung von Kollektivgütern mitzuwirken statt Trittbrett zu fahren, Unterstützungsleistungen zu erbringen, auch wenn ungewiss ist, ob oder wann es zu Gegenleistungen kommt, oder Umverteilungen mitzutragen, wenn Werte wie Fairness oder Gleichheit diese gebieten. Solidarität kommt auf unterschiedlichen Ebenen besondere Bedeutung zu: Im Kontext familialer und nachbarschaftlicher Netzwerke ist sie gefragt, damit bei Bedarf im Alltag die notwendige Unterstützung garantiert ist; in Städten und Gemeinden braucht es die Solidarität der lokalen Bürger:innenschaft mit Geflüchteten, um eine menschenwürdige Unterbringung und Integration zu gewährleisten; ein steuerfinanzierter und umverteilender Wohlfahrtsstaat ist auf solidarische Einstellungen der gesellschaftlichen Mehrheit angewiesen, um mit der notwendigen politischen Legitimität ausgestattet und vor Missbrauch geschützt zu sein. In pluralistischen Gesellschaften kennen jedoch verschiedene gesellschaftliche Gruppen unterschiedliche Soli-

darpraxen und -normen: Es ist also gar nicht ausgemacht, dass sich alle einig darüber sind, wer Unterstützung bedarf oder verdient (und wer eher nicht), welchen Umfang Solidarleistungen (mindestens) haben sollen und welche Ebene für Solidarität die primäre Verantwortung trägt (die Familie, Nachbar:innen und Freund:innen, die Gemeinde, karitative und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, der Staat, eine Staatengemeinschaft).

„Unser Fokus auf Religion und Solidarität erklärt sich nicht zuletzt daher, dass Religion historisch immer ein wichtiger Träger von Solidarität gewesen ist.“

Unser Fokus auf Religion und Solidarität erklärt sich nicht zuletzt daher, dass Religion historisch immer ein wichtiger Träger von Solidarität gewesen ist und dabei eine universelle Solidarität fördern (*bridging*), aber auch eine partikulare Solidarität mit gruppenbezogenen Grenzziehungen und Exklusion (*binding*) nahelegen kann.

Die deutsche Gesellschaft hat sich in religiöser Hinsicht in den letzten Dekaden stark pluralisiert. Dies wirft nun die Frage auf, ob und wie sich Religion beziehungsweise die neue weltanschauliche Heterogenität auf das Solidaritätsgefüge in der Gesellschaft auswirkt. Zu beobachten ist ebenso ein Bedeutungsverlust von Religion als auch eine Diversifizierung religiöser Orientierungen und Praktiken, was wir ausführlich in dem vorangegangenen Religionsmonitor-Bericht „Zusammenleben in religiöser Vielfalt“ (Müke et al. 2023) dokumentiert

haben.³⁷ Wenn es um Solidarität geht, ist die religiöse Pluralisierung von besonderem Interesse, weil Religion eine wichtige – freilich nicht die einzige – Quelle für moralische Orientierungen und Zusammengehörigkeitsgefühle ist. Daher stellt sich die Frage, ob religiöse Pluralisierung in Verbindung mit zunehmender Nichtreligiosität dazu beiträgt, dass sich auch Solidarpredellen diverfizieren oder Solidarität gar zu erodieren droht. Vor diesem Hintergrund haben wir untersucht, wie es um wichtige Solidarpredellen (Spenden, freiwilliges Engagement) und solidaritätsrelevante Orientierungen und Überzeugungen (Solidarklima, Gerechtigkeitswahrnehmungen, wahrgenommene Alltagsunterstützung, Ebenen der Solidarität) bestellt ist und in welchem Zusammenhang sie zur Religion stehen. Die Ergebnisse des Religionsmonitors 2023 liefern zwei übergeordnete Erkenntnisse:

- Wir verfügen in Deutschland (weiterhin) über robuste Solidarpredellen, was sich unter anderem in einem hohen Spendenaufkommen, einer insgesamt positiven Einschätzung des Solidarklimas und einem weitgehenden Konsens darüber ausdrückt, dass dem Staat Umverteilungsaufgaben zukommen.
- Religion hat einen positiven Effekt auf nahezu alle Solidarpredellen und -orientierungen, allerdings ist dieser Effekt durchweg moderat. Religion fördert

zwar solidarisches Handeln und solidarische Orientierungen, allerdings gibt es keinen Hinweis darauf, dass Religion die einzige oder auch nur die wichtigste Quelle für Solidarität ist.

Wie sich der Zusammenhang von Religion und Solidarität darstellt, wollen wir im Folgenden überblicksartig zusammenfassen. Im Hinblick auf die Solidarpredellen haben wir untersucht, wie es um das tatsächliche Spendenverhalten und die potenzielle Spendenbereitschaft sowie um das freiwillige Engagement bestellt ist. Wir konnten feststellen, dass trotz vieler gesellschaftlicher Krisenmomente – wie der Coronapandemie (2020/21), dem Jahrhunderthochwasser in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen (2021) sowie dem russischen Überfall auf die Ukraine (2022) – sowohl das tatsächliche Spendenverhalten als auch die potenzielle Spendenbereitschaft relativ hoch sind: 66 Prozent aller Befragten gaben an, in den letzten zwölf Monaten gespendet zu haben. Die hypothetische Frage, ob man bereit wäre, von einem Lottogewinn etwas abzugeben, haben 61 Prozent bejaht. Diese Frage gibt Hinweise auf die Bereitschaft zur Spendensolidarität unabhängig von Ermöglichungsstrukturen oder etwaigen Zweifeln, ob eine Spende bei den Bedürftigen ankommt. Der Befund, dass das tatsächliche und potenzielle Spendenverhalten ähnlich ausgeprägt ist, ist ein Hinweis darauf, dass ein Großteil der getätigten Spenden tatsächlich durch solidarische Motive getragen wird. Unter den religiösen Befragten finden sich ebenso mehr tatsächliche Spender:innen als unter den nicht religiös Gebundenen (70 versus 59 Prozent) als auch mehr potenzielle Spender:innen (66 versus 53 Prozent), weshalb wir davon ausgehen, dass Religiosität einen positiven Einfluss auf die Spendensolidarität hat. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei freiwilligem Engagement: Unter den Befragten, die einer Religionsgemeinschaft angehören, ist der Anteil der freiwillig Engagierten sichtbar höher (28 versus 19 Prozent). Interessant ist in

³⁷ Zur Illustration sei auf folgende Befunde verwiesen (Mücke et al. 2023): Dem Christentum fühlt sich inzwischen nur noch knapp die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland zugehörig, wobei nur eine kleine Minderheit der Christ:innen regelmäßig den Gottesdienst besucht oder betet. Etwas über ein Drittel fühlt sich keiner Religionsgemeinschaft zugehörig und kann als religiös entbettet betrachtet werden. Daneben gibt es eine Vielzahl an kleineren Religionsgemeinschaften, von denen der Islam mit einem Anteil von um die 8 Prozent die mit Abstand größte darstellt. Im Vergleich zu den Christ:innen ist die religiöse Identität unter den Muslim:innen stärker ausgeprägt und die Integration in religiöse Praktiken höher, auch wenn es in dieser Glaubensgruppe ebenfalls eine große Bandbreite und viele Abstufungen gibt.

diesem Zusammenhang, dass jede:r fünfte Befragte, die oder der sich engagiert, dies in einem kirchlichen oder religiösen Umfeld tut. Unabhängig davon, welchen Einfluss Religion auf moralische Orientierungen hat, ist sie für Solidarität allein deswegen relevant, weil sie in ihren Institutionen Gelegenheitsstrukturen für ein freiwilliges Engagement bietet.

„Religiosität hat einen positiven Einfluss auf die Spendensolidarität.“

Religion und Religiosität wirken aber nicht nur ganz unmittelbar auf Solidapraxen ein, sondern auch auf Einschätzungen und Überzeugungen, die Teil des normativen Verständnisses von Solidarität sind: Dabei geht es um die Einschätzung des allgemeinen Solidarklimas der deutschen Gesellschaft, Unterstützungserfahrungen im Alltag, die Wahrnehmung von Gerechtigkeitslücken, aber auch um Einschätzungen dazu, wer im Notfall Solidarleistungen (als Fremd- und auch als Selbstverpflichtung) übernehmen sollte. Unsere Analysen zeigen auch hier, dass Religion und Religiosität einen kleinen, aber sichtbaren Effekt haben: Religiöse Personen schätzen das Solidarklima leicht positiver ein, berichten etwas häufiger von erfahrener Hilfe im Alltag und nehmen etwas seltener Gerechtigkeitsdefizite wahr. Zudem trauen sie religiösen Gemeinden eher zu, in Notsituationen besser als der Staat Unterstützung leisten zu können. Die Differenzen sind gering, doch könnte hier folgender Effekt von Religiosität sichtbar werden: Wer an eine religiöse Gemeinde angeschlossen ist, kann potenziell auf ein Netzwerk zurückgreifen, das der Person selbst im Notfall Unterstützung bietet, aber auch zu Solidarleistungen verpflichtet, wenn Hilfe benötigt wird. Die Etablierung einer „Norm der Reziprozität“ (Gouldner 1960) im Hinblick auf solidarische Unterstützung ist sicherlich kein exklusiver Effekt religiöser Vergemeinschaftung, aber da religiöse Gemeinschaften in der Regel auch einen moralischen Anspruch verfolgen, ist dieser Effekt wahrscheinlich ver-

lässlicher und stärker als bei weltlichen Formen der Vergemeinschaftung wie beispielsweise einem Sportverein.

An dieser Stelle werfen wir nun noch einmal einen zusammenfassenden Blick auf die Einflüsse von Religion auf Solidarnormen und -praxen, um besser zu verstehen, wie Religion Einfluss nimmt. Dafür haben wir zwei Regressionsmodelle berechnet, die den Einfluss verschiedener religionsbezogener Faktoren auf das tatsächliche Spendenverhalten sowie die potenzielle Spendenbereitschaft im Fall eines Lottogewinns aufzeigen.

Tabelle 6 zeigt zusammenfassend, was wir oben bereits festgestellt haben: Religiosität und religiöse Einbettung spielen für das tatsächliche Spendenverhalten eine Rolle. Allerdings ist dieser Einfluss in seiner Erklärungskraft begrenzt: Insgesamt werden durch die hier aufgeführten Faktoren nur 18 Prozent der Varianz der tatsächlichen Spendentätigkeit aufgeklärt – 82 Prozent der Unterschiede sind anderen Faktoren unterworfen. Der Einfluss religionsbezogener Faktoren und solidarrelevanter Einschätzungen bleibt aber stabil, auch wenn wir soziodemographische Variablen hinzuziehen (Modell 1).³⁸

Wichtig sind hier die Selbsteinschätzung als religiös, die Eingebundenheit in religiöse Vergemeinschaftung (z. B. durch regelmäßigen Besuch religiöser Feiern) und individuelle religiöse Praktiken (wie das Beten).

Diese sind stark positiv und signifikant. Der Effekt der Sozialisation ist dagegen nicht signifikant. Dies ist ein Indiz dafür, dass der präferenzbildende Effekt von Religion im Vergleich zu anderen Faktoren wesentlich schwächer und religiöse Sozialisation eher weniger nachhaltig wirkt. Interessant ist,

³⁸ Die aufgeklärte Varianz vergrößert sich kaum, und die Einflussstärken verändern sich nur unwesentlich (mit Ausnahme der Einschätzung des Solidarklimas, die schwächer wird).

TABELLE 6: **Determinanten tatsächlichen Spendens (logistische Regression)**

	Modell 0		Modell 1	
	Exp (B)	Signifikanz	Exp (B)	Signifikanz
(Konstante)	.028	***	.029	***
Religionszugehörigkeit (Ref.: keine)				
Christentum	.727	**	.724	**
Islam	1.472	**	1.485	*
andere Religionsgruppen	.623	*	0.635	*
Religiöse Identität	2.446	***	2.212	**
Sozialisation	1.155	n. s.	1.148	n. s.
Besuch Gottesdienst/Freitagsgebet etc.	1.149	***	1.171	***
Beten	1.073	***	1.075	***
Solidaritätsklima	77.495	***	55.367	***
Gerechtigkeit	.310	***	.320	***
Alltagserfahrung von Solidarität	.320	***	1.322	***
Ebenen (Ref. Rest)				
Vielfältige	1.680	***	1.716	***
Säkular-Vielfältige	1.254	*	1.253	*
Nahbereichsbezogene	1.033	n. s.	.945	n. s.
Wohlfahrtsstaatsbezogene	1.570	***	1.600	***
Alter			1.002	n. s.
Geschlecht			.818	**
Bildung (Ref. niedrig)				
hoch			1.180	***
mittel			.856	***
Einkommen			1.030	*
N	4.179		4.079	
Nagelkerkes R	.176		.186	

Signifikanz: * $p < 0,01$, ** $p < 0,001$, *** $p < 0,0001$, n. s. = nicht signifikant

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.353), gültige Fälle, gewichtet. Binomial-logistische Regression, Odds-Ratios (OR).

dass in unseren bivariaten Analysen die Zugehörigkeit zum Christentum einen wichtigen, positiven Effekt hatte, der Effekt in der multivariaten Analyse aber negativ wird. Dieses lässt vermuten, dass die Zugehörigkeit zum Christentum als solche noch keinen positiven Effekt auf das Spendenverhalten hat, sondern erst dann, wenn Religion identitätsrelevant ist und mit einer religiösen Vergemeinschaftung beziehungsweise individuellen Religionspraktiken einhergeht. Diese Vermutung wird gestützt, wenn wir die befragten Muslim:innen mit einbeziehen. Hier zeigt sich, dass der Effekt einer Zugehörigkeit zum Islam auch in den multivariaten Analysen positiv bleibt. Dieses dürfte damit zusammenhängen, dass unter den befragten Muslim:innen der Anteil derer, die eine ausgeprägte religiöse Identität besitzen, regelmäßig an kollektiven religiösen Ritualen teilnehmen oder im Alltag beten, deutlich höher ist (Müke et al. 2023).³⁹ Daraus lässt sich schließen, dass Religion „gelebt“ werden muss, damit sie einen positiven Effekt auf das tatsächliche Spendenverhalten hat.

„Religion muss ‚gelebt‘ werden, damit sie einen positiven Effekt auf das tatsächliche Spendenverhalten hat.“

Tabelle 6 zeigt, dass die Wahrnehmung des Solidarklimas insgesamt einen gewichtigen Einfluss auf die tatsächliche Spendenpraxis hat: Menschen, die die Gesellschaft als solidarisch wahrnehmen, sind auch eher zum Spenden bereit, ebenso führt die Wahrnehmung von Gerechtigkeitslücken zu einer ausgeprägteren Spendenpraxis. Dieser positive Effekt der Alltagserfahrung von Solidarität bleibt auch in der multivariaten Analyse er-

halten. Schwach negativ, aber nicht signifikant ist die Zugehörigkeit zum nahbereichsbezogenen Solidartyp. Auch ein Verständnis von Solidaritätsverpflichtungen als auf den Nahbereich beschränkt schränkt die Spendentätigkeit nicht signifikant ein.

Tabelle 7 zeigt, dass auch die Varianz in den Spendenpräferenzen (also der moralischen Selbstverpflichtung zur Spenden-solidarität) durch religionsbezogene Faktoren und solidaritätsbezogene Einstellungen mit nur knapp 6 Prozent nur geringfügig aufgeklärt werden kann. Soziodemographische Variablen steigern auch hier die Aufklärungsrate wenig und verändern das Gefüge der Einflüsse nicht: Die Einflüsse religionsbezogener Faktoren und solidaritätsbezogener Einstellungen, die wir finden, sind für die Spendenpraxis und -präferenz stabil.

Ein genauerer Blick auf Tabelle 7 lässt erkennen, dass als Einflussfaktor vor allem die religiöse Vergemeinschaftung eine wichtige Rolle spielt. Sie ist es, die alle anderen Faktoren des Religiösen – wie religiöse Identität oder religiöse Sozialisation – quasi überschreibt. Ihr Effekt wird sogar stärker, wenn wir soziodemographische Variablen kontrollieren (Modell 1). Allein die individuelle Praxis des Betens hat noch einen schmalen, positiven signifikanten Effekt. Diese Beobachtung deckt sich mit anderen Studien (Quandt und Lomazzi 2023): Auch hier konnte ein positiver Effekt der Kirchengangshäufigkeit auf Solidarität im europäischen Vergleich konstatiert werden. Dass religiöse Vergemeinschaftung diesen Effekt auf moralische Präferenzen hat, deckt sich außerdem mit zentralen Überlegungen der soziologischen Ritualtheorie, die konstatiert, dass moralische Gefühle und Überzeugungen vor allem in regelmäßigen kollektiven Ritualen – etwa christlichen Messen oder dem muslimischen Freitagsgebet – aufgebaut und reproduziert werden (Durkheim 1981 [1912]). Auch hier können wir feststellen, dass es nicht die konkrete religionsgemeindliche Zugehörigkeit ist, die die Spendenpräferenz beeinflusst, sondern

³⁹ Im Rahmen des Religionsmonitor-Berichts „Zusammenleben in religiöser Vielfalt“ (Müke et al. 2023) haben wir u. a. religiöse Identitäten und Praktiken von Gläubigen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften untersucht. Hier hat sich gezeigt, dass der Anteil der Hochreligiösen unter den Muslim:innen größer ist als unter den Christ:innen (37 versus 20 Prozent; vgl. ebd. 23). Muslim:innen nehmen auch häufiger regelmäßig an institutionalisierten religiösen Ritualen teil als Christ:innen (27 zu 15 Prozent; vgl. ebd. 20) und beten häufiger mindestens einmal wöchentlich (56 zu 34 Prozent; vgl. ebd. 20).

TABELLE 7: **Determinanten potenziellen Spendens (lineare Regression)**

	Modell 0		Modell 1	
	β	Signifikanz	β	Signifikanz
(Konstante)		***		**
Religionszugehörigkeit (Ref. keine)				
Christentum	-.076	**	-.064	*
Islam	.065	**	.056	**
andere Religionsgruppen	-.011	n. s.	-.025	n. s.
Religiöse Identität	.029	n. s.	.034	n. s.
Sozialisation	-.009	n. s.	-.008	n. s.
Besuch Gottesdienst/Freitagsgebet etc.	.106	***	.122	***
Beten	.06	**	.050	*
Solidaritätsklima	.112	***	.108	***
Gerechtigkeit	-.043	**	-.036	*
Alltagserfahrung von Solidarität	.061	***	.070	***
Ebenen (Ref. Rest)				
Vielfältige	.075	***	.072	***
Säkular-Vielfältige	.058	**	.066	***
Nahbereichsbezogene	.003	n. s.	-.011	n. s.
Wohlfahrtsstaatsbezogene	.026	n. s.	.028	n. s.
Alter			-.009	n. s.
Geschlecht (Ref. Frau)			-.010	n. s.
Bildung (Ref. niedrig)				
hoch			.489	*
mittel			-.386	n. s.
Einkommen			-.027	n. s.
N	4.059		3.932	
korrigiertes R-Quadrat	.056		.088	

Signifikanz: * p , ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$, n. s. = nicht signifikant

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16. Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet. OLS-Regression, standardisierte Beta-Koeffizienten.

die dazugehörige religiöse Vergemeinschaftung. Allerdings stabilisiert sich der Effekt, einer anderen als einer christlichen oder muslimischen Gemeinschaft anzugehören, wenn soziodemographische Variablen kontrolliert werden. Wir können hier ein Moment des innergemeindlichen *bonding* von religiösen Diaspora-Gemeinden vermuten (Müke et al. 2023). Wenn wir darüber hinaus Solidareinschätzungen in Betracht ziehen, dann wirken sich eine positive Einschätzung des Solidarklimas, die Wahrnehmung einer Gerechtigkeitslücke und die Alltagserfahrung von Solidarität positiv und signifikant aus. Hier sind es vor allem die Typen der Vielfältigen und der Säkular-Vielfältigen, die eine höhere potenzielle Spendenbereitschaft mitbringen.

Tabelle 8 schlüsselt die Faktoren auf, die freiwilliges Engagement erklären können. Auch hier ist die Erklärungskraft des Modells mit 14 Prozent der erklärten Varianz nicht übermäßig hoch. Es zeigt sich aber, dass Befragte, die sich einer Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen, generell eine weniger hohe Wahrscheinlichkeit haben, sich freiwillig zu engagieren. Dies liegt möglicherweise an den heterogenen Feldern des Engagements, die wir hier erhoben haben. Religiöse Vergemeinschaftung, wie der regelmäßige Besuch religiöser Institutionen, oder religiöse Praktiken wiederum erhöhen die Wahrscheinlichkeit, sich freiwillig zu engagieren. Hier finden wir denn auch einen positiven und signifikanten Effekt der religiösen Sozialisation, die sich offensichtlich nachhaltig auf die Bereitschaft, Zeit zum Wohle anderer aufzuwenden, auswirkt. Wichtig ist hier, dass ein Migrationshintergrund einen signifikant negativen Effekt auf das freiwillige Engagement hat:⁴⁰ Dies könnte daran liegen, dass Freiwilligenorganisationen oft als „geschlossene“ Systeme wahrgenommen werden, zu

denen Menschen mit Migrationshintergrund nur schwer Zugang erhalten, weil informelle Regeln nicht immer leicht zu durchschauen sind. Darüber hinaus leisten Menschen mit Migrationshintergrund oft informelle freiwillige Arbeit (wie Kinderbetreuung oder die Pflege hilfsbedürftiger Angehöriger), die keine Zeit für ein weiteres freiwilliges Engagement lässt (Vogel et al. 2017).

„Ohne Religion würde das Spendenaufkommen wahrscheinlich nicht einbrechen, aber zumindest geringer ausfallen.“

Die multivariaten Analysen bestätigen damit, was wir bereits weiter oben mit bivariaten Vergleichen festgestellt haben. Die Ergebnisse sind robust – wenn andere Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommen berücksichtigt werden, bleiben die Effekte der Religiosität bestehen, auch wenn sie insgesamt nicht übermäßig erklärungskräftig für die gesellschaftliche Solidarität sind. Dennoch unterstreichen sie noch einmal, dass Religion einen exklusiven Beitrag zur Spendensolidarität zu leisten vermag. Ohne Religion würde das Spendenaufkommen wahrscheinlich nicht einbrechen, aber zumindest geringer ausfallen. Und zwar nicht nur deswegen, weil religiöse Gemeinschaften Spendengelegenheiten bieten (beispielsweise durch das aktive Sammeln von Spenden), sondern weil Religion, zumindest wenn sie als gemeinschaftliche Praxis gelebt wird, positiv auf die Spendenpräferenz wirkt und für das freiwillige Engagement Erfahrungen aus Kindheit und Jugend wichtig sind.

⁴⁰ Dies deckt sich mit anderen Untersuchungen zum freiwilligen Engagement, die feststellen, dass sich vor allem Menschen mit eigener Migrationserfahrung weniger häufig freiwillig engagieren als Menschen ohne Migrationserfahrung (z. B. Vogel et al. 2017).

TABELLE 8: **Determinanten des freiwilligen Engagements (logistische Regression)**

	Modell	
	Exp (B)	Signifikanz
(Konstante)	.167	***
Religionszugehörigkeit (Ref. keine)		
Christentum	.748	*
Islam	.586	**
andere Religionsgruppen	.528	**
Religiöse Identität	2.578	**
Sozialisation	1.350	**
Besuch Gottesdienst/Freitagsgebet etc.	1.453	***
Beten	.977	n. s.
Alter	.955	*
Geschlecht	1.450	***
Bildung (Ref. niedrig)		
hoch	1.218	***
mittel	.826	***
Einkommen	1.055	***
Migration	.645	***
N	2.770	
Nagelkerkes R	.136	

Signifikanz: * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$, n. s. = nicht signifikant

Quelle: Religionsmonitor 2023. Basis: Bevölkerung Deutschland ab 16 Jahren (N = 4.363), gültige Fälle, gewichtet. Binomial-logistische Regression, Odds-Ratios (OR).

6. Schlussfolgerungen

Zum Abschluss des Berichts wollen wir ein Augenmerk auf die Frage richten, was sich aus den Befunden für eine Stabilisierung und Förderung von gesellschaftlicher Solidarität ableiten lässt. Die Daten des Religionsmonitors 2023 zeigen, dass Religion eine moderat positive Rolle für Solidarität zugeschrieben werden kann.⁴¹ Bei einer fortschreitenden Säkularisierung muss zwar nicht befürchtet werden, dass die gesellschaftliche Solidarität erodiert, jedoch können wir festhalten, dass Religion einen Unterschied macht – und dies trotz einer fortschreitenden Pluralisierung religiöser Orientierungen. Dieser positive Beitrag von Religion zur gesellschaftlichen Solidarität ist keineswegs selbstverständlich. Im Hinblick auf die Solidarität in einer pluralistischen Gesellschaft hat Religion vielmehr ein ambivalentes Potenzial, weil sie ebenso eine am Prinzip des *bridging* wie des *bonding* orientierte Sozialkapitalbildung ermöglicht (Welch et al. 2004, Patel und Correia-Harker 2020): Religion kann universalistische Wertorientierungen und solidaritätsstiftende Ethiken vermitteln, die Solidarität über soziale, ökonomische oder politische Grenzen hinweg ermöglicht – wie sie etwa in der Figur des barmherzigen Samariters im Christentum zum Ausdruck kommt. Religion kann aber auch Grenzziehungen hervorbringen. Dies geschieht meist dann, wenn sich eine Verständigung und Stärkung nur innerhalb der eigenen Religionsgemeinschaft vollzieht und Andersgläubige ebenso wie Nichtreligiöse als nicht zugehörig markiert werden. Diesen anderen gegenüber ist man mit „kompensations-

losen Transfers“ (Tranow 2013: 398) meist weniger freigiebig.

„Die Daten des Religionsmonitors 2023 legen nahe, dass Religion gegenwärtig eher die Funktion des *bridging* in Solidaritätsfragen zukommt.“

Die Daten des Religionsmonitors 2023 legen nahe, dass Religion gegenwärtig eher die Funktion des *bridging* in Solidaritätsfragen zukommt. Auch wenn Christ:innen eine leicht höhere Präferenz haben, Christ:innen zu helfen, und Muslim:innen eher Muslim:innen helfen würden, so weist doch unsere Untersuchung des potenziellen Spendenverhaltens auf eine grundsätzliche Offenheit: Religiöse Befragte würden hier eher spenden als Nichtreligiöse – und zwar ohne den oder die Adressierte:n zu kennen. Wir können nicht vorhersagen, ob dies bei einer anhaltenden Abkehr vom Religiösen und einer weiteren Pluralisierung in Glaubensfragen auch in Zukunft der Fall ist. Aber wir können uns die Ergebnisse dieser Studie mit dem Ziel genauer ansehen, was getan werden könnte, damit Religion und Religiosität ihren solidaritätsstabilisierenden, universalistischen Charakter behalten und ihre *Bonding*-Funktion nicht zum *boundary making* wird.

Um diese Frage zu beantworten, ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass Religion über unterschiedliche Pfade auf Solidarität Einfluss nehmen kann: als normative Ordnung auf die *Solidarpräferenzen*, als Institution auf *Gelegenheitsstrukturen* zum solidarischen Handeln und als Begegnungsstätte zwischen persönlich Unbekannten auf *Überzeugungen* wie beispielsweise das Vertrauen und die Wahrnehmung des Solidarklimas. Die Daten des Religionsmonitors lassen darauf schließen, dass ein positiver Einfluss von Religion in allen drei Hinsichten nur dann zu erwarten ist, wenn sie als soziale Praxis aktiv gelebt wird.

⁴¹ Wir bezeichnen die Rolle der Religion hier als „moderat“, da sich zwar größere bivariate Prozentsatzdifferenzen zwischen religionsangebundenen Menschen und solchen ohne Bindung zeigen, wenn es um Spendenpraxis, Spendenbereitschaft oder ehrenamtliche Tätigkeit geht. Die multivariate Analyse zeigt jedoch, dass dieser Einfluss nur geringfügig zur Aufklärung der Varianz beizutragen vermag.

„Damit Religion als Gelegenheitsstruktur zum solidarischen Handeln wirksam werden kann, müssen Individuen mit religiösen Institutionen in Berührung kommen.“

Denn nicht die formelle Mitgliedschaft, sondern die Vergemeinschaftung durch eine Partizipation an religiösen Praxen scheint hier entscheidend zu sein. Das lässt sich soziologisch leicht plausibilisieren: Damit moralisch-ethische Ideen handlungsmotivierend werden, müssen sie mit moralischen Gefühlen aufgeladen werden, und dieses geschieht vor allem in kollektiven Praxen. Am erfolgreichsten und am längsten anhaltend sind die Wirkungen, wenn diese Praxen in der kindlichen und jugendlichen Sozialisation eingeübt werden – die Daten des Religionsmonitors zeigen, dass ihr Effekt auch über einen späteren Kirchenaustritt hinaus wirkt. Damit Religion als Gelegenheitsstruktur zum solidarischen Handeln wirksam werden kann, müssen Individuen mit religiösen Institutionen in Berührung kommen. Dieses ist umso wahrscheinlicher, wenn sie die religiösen Institutionen in ihrem Lebensumfeld kennen und eine Grundvertrautheit mit ihnen mitbringen. Dabei geht es nicht allein um den rituellen Besuch von Kirchen, Moscheen, Tempeln oder Synagogen, sondern auch um die Teilnahme an Gemeindefesten sowie die Vertrautheit mit karitativen Einrichtungen sowie Bildungseinrichtungen in religiöser Trägerschaft. Solche Gelegenheitsstrukturen eröffnen nicht nur die Möglichkeit, sich für andere zu engagieren, sondern sind auch Stätten der Begegnung. Diese Begegnungen – auch mit unbekanntem Menschen – fördern Vertrauen, und zwar nicht nur in die konkreten Personen, sondern auch ein darüber hinausgehendes generalisiertes Vertrauen sowie ein Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen. Dazu gehören nicht zuletzt auch unsere politischen Institutionen. Allerdings scheint gerade dieses Moment einer partizipativen Vergemeinschaftung durch Religion auf dem Rückzug zu sein. Wie wir in diesem Religionsmonitor-Bericht zu religiöser Vielfalt dargestellt haben, fühlen sich zwar immerhin noch

fast 65 Prozent einer Religionsgemeinschaft zugehörig, doch von denen nehmen gerade einmal 18 Prozent regelmäßig an institutionalisierten religiösen Praktiken teil und nur gut die Hälfte unregelmäßig (Müke et al. 2023).⁴²

Wenn wir hier auf die positiven Wirkungen einer religiösen Vergemeinschaftung hinweisen, darf nicht vergessen werden, dass jede Vergemeinschaftung die Gefahr eines *boundary making*, also des Ziehens von Grenzen zwischen „uns“ und „den anderen“ in sich birgt. Das „Wir“ kann sich dabei in zweierlei Weisen bestimmen: Zum einen können sich hochgradig religiös motivierte Menschen oder religiöse Gemeinschaften vom Rest der Welt – sei diese nun andersgläubig oder gar nicht gläubig – abwenden. Zum anderen können Andersgläubige in problematischer Weise religiös markiert werden, indem ihnen unterstellt wird, dass ihr Glaube nicht in eine liberale Gesellschaft oder zu „unserer“ Kultur passe. Aber auch aufseiten der religionsfernen Menschen, die weder über ihre Sozialisation noch über ihre soziale Einbettung Berührungspunkte mit dem Religiösen haben, kann es zu problematischen Markierungen kommen, wenn Religion vorschnell als überkommenes Relikt und Störfaktor in unserer vermeintlich säkularen und aufgeklärten Gesellschaft abgetan wird. Daraus kann eine Religionsfeindlichkeit erwachsen, die potenziell in Menschenfeindlichkeit umschlagen kann. Die Markierung anderer als in problematischer Weise „religiös“ spiegelt sich derzeit in zunehmenden antisemitischen und muslimfeindlichen Einstellungen (u. a. Pickel 2022).

„Religion muss als ein Ort und Anlass kollektiver Praxis attraktiver werden, um eine stabilisierende und fördernde Rolle für Solidarität zu übernehmen.“

Aus diesen Beobachtungen lässt sich ableiten, dass Religion als ein Ort und Anlass kollekti-

⁴² Unter einer regelmäßigen Teilnahme verstehen wir hier mindestens mehr als einmal im Monat (Müke et al. 2023: 19).

ver Praxis attraktiver werden muss, um eine stabilisierende und fördernde Rolle für Solidarität zu übernehmen. Dieses bedeutet aus unserer Sicht Folgendes: Damit Religion verstärkt ein Ort des *bridging* und weniger des *bonding* sein kann, müssen ihre Orte ebenso einladend für (Anders-)Gläubige wie auch für Personen, die sich keiner besonderen Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen, sein. Um ihre solidaritätsstabilisierende Wirkung aufrechtzuerhalten, sollten sich Kirchen, Gemeinden und Religionsgemeinschaften trotz ihres gegenwärtigen Mitgliederchwunds und des damit verknüpften Legitimationsverlustes nicht aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Statt der weltverneinenden braucht es die Stärkung der weltzugewandten religiösen Ethiken. Ein gesellschaftlicher Rückzug von Religion bedeutet aus religiöser Perspektive ein „Sorget nicht“ (Anselm 2019), bei dem das individuelle Seelenheil vor die Sorge um gesellschaftliche Belange gestellt wird. Ein solcher Rückzug als Reaktion auf die aktuelle Krise der institutionell verfassten Religion würde die „Exklusivität des Religiösen“ stärken. Dieses könnte für einen Teil der Kirchenvertreter:innen und Gläubigen durchaus attraktiv sein, weil es die Möglichkeit einer spirituellen Erneuerung in sich birgt. Doch nach unserer Auffassung hätte dieses den Preis, dass Religion ihre *Bridging*-Funktion zunehmend einbüßt und als Ort der Stärkung gesellschaftlicher Solidarität an Relevanz verliert. Daher empfehlen wir, sich – im Gegenteil – weiter zu öffnen. Eine Voraussetzung dafür wäre, dass Religion als Ort der Begegnung und Vergemeinschaftung auch Menschen jenseits einer religiösen Sozialisation und ohne oder mit anderem Glaubensbekenntnis anspricht. Die Abkehr von traditionellen religiösen Institutionen scheint derzeit mit einer Entfremdung vom Religiösen insgesamt einherzugehen. Damit geht vieles verloren: Denn Religion ist eine Ressource für Sinnfragen, für gesellschaftliche Deutungen und moralisch-ethische Orientierungen, die auch jenseits spezifischer Fragen von Gottesglauben oder einer religionsgemein-

schaftlichen Mitgliedschaft attraktiv sein können. Dass Religion auch etwas für Atheist:innen anzubieten habe (de Botton 2013) oder gar atheistisch geglaubt werden könne (von Sass 2022), ist in den letzten Jahren verstärkt in die öffentliche Diskussion eingebracht worden. Um die verbindende, solidaritätsstärkende Funktion des Religiösen aufrechtzuerhalten, scheint es uns deswegen ratsam, dass sich Religion auch jenseits konkreter Glaubensbekenntnisse als inklusiver und offener Ort der Begegnung anbietet.

Der interkonfessionelle und interreligiöse Dialog unter den Repräsentant:innen der großen Religionsgemeinschaften ist in Deutschland eine seit Langem etablierte Praxis.⁴³ Die Herausforderung sehen wir eher darin, dass sich Religion als ein Ort versteht und als ein solcher wahrgenommen wird, an dem Gläubige unterschiedlicher Orientierung, aber insbesondere Nichtgläubige Möglichkeiten der Begegnung des Engagements finden und Religion auch für sie Ressource werden kann. Dies erscheint als eine besondere Herausforderung, weil Menschen, die sich als a- oder nicht religiös bezeichnen, oft über weniger Wissen über Religion verfügen, häufiger Berührungsängste haben oder Ressentiments gegenüber allem hegen, was mit Religion(en), Kirche oder Glauben zu tun hat. Es ist aber diese – wachsende – Gruppe, die es wieder einzuholen gilt, will man Religion als Ressource für Solidarität aktualisieren und gleichzeitig Religion in ihrer grenzenziehenden Kapazität einhegen.

⁴³ Beispiele sind der Runde Tisch der Religionen (<https://www.runder-tisch-der-religionen.de/>) sowie zahlreiche lokale Räte und Runde Tische der Religionen, die sich zu einem Bundeskongress zusammengeschlossen haben (<https://www.bundeskongress-religionen.de>).

Literatur

- Allport, Floyd H. (1954). „The structuring of events: outline of a general theory with applications to psychology“. *Psychological Review* 61 (5). 281–303.
- Anselm, Reiner (2019). „„Sorget nicht!“ – historische und dogmatische Überlegungen zur Entwicklung einer christlichen Lebensform“. *Sorget nicht – Kritik der Sorge. Dimensionen der Sorge, Band 2*. Hrsg. Anna Henke, Isolde Karle, Gesa Lindemann und Micha Werner. Baden-Baden. 31–42.
- Baarck, Julia, Mathias Dolls, Kai Unzicker und Lisa Windsteiger (2022). *Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Beigang, Steffen, Karolina Fetz, Dorina Kalkum und Magdalena Otto (2017). *Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung*. Hrsg. von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Baden-Baden.
- Berger, Johannes (2003). „Sind Märkte gerecht?“ *Zeitschrift für Soziologie*, 32(6), 462–473.
- Bonoli, Giuliano (2010). „The Political Economy of Active Labor-Market Policy“. *Politics & Society* 28 (4). 435–457.
- Briggs, Asa (2006). „The Welfare State in Historical Perspective“. *The welfare state reader*. Hrsg. Christopher Pierson und Francis G. Castles. Cambridge. 16–30.
- Brooks, Clem (2012). „Framing theory, welfare attitudes, and the United States case“. *Contested welfare states: Welfare attitudes in Europe and beyond*. Hrsg. Stefan Svallfors. Stanford. 193–221.
- Bühler-Niederberger, Doris (2020). „Generationale Verpflichtungen – normative Muster und ihre Umsetzung“. *Berliner Journal für Soziologie* 30 (1). 49–78.
- Camerer, Colin F. (2003). *Behavioral Game Theory. Experiments in Strategic Interaction*. New York.
- Campbell, David E., und Steven J. Yonish (2003). „Religion and volunteering in America“. *Religion as social capital: Producing the common good*. Hrsg. Corwin Smidt. Waco. 87–107.
- Ceylan, Rauf, und Michael Kiefer (2016). *Muslimische Wohlfahrtspflege in Deutschland. Eine historische und systematische Einführung*. Wiesbaden.
- de Botton, Alain (2013). *Religion für Atheisten*. Frankfurt a. M.
- Dingemans, Ellen, und Erik Van Ingen (2015). „Does religion breed trust? A cross-national study of the effects of religious involvement, religious faith, and religious context on social trust“. *Journal for the scientific study of religion* 54 (4). 739–755.
- Doherty, Michael E., und Elke M. Kurz (1996). „Social judgement theory“. *Thinking & Reasoning* 2 (2-3). 109–140.
- Durkheim, Emile (1981 [1912]). *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt a. M.
- Engel, Christoph (2011). *Dictator Games: A Meta Study*. Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods, Bonn 2010/07, revised January 2011. https://homepage.coll.mpg.de/pdf_dat/2010_07online.pdf (Download 20.2.2024).
- Erlinghagen, Marcel (2013). „Ehrenamt“. *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Hrsg. Steffen Mau und Nadine M. Schöneck. Wiesbaden. 199–212. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-18929-1>.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton.
- EU-MIDIS II (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte) (2018). *Zweite Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung. Muslimas und Muslims – ausgewählte Ergebnisse*. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Luxemburg. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2017-eu-minorities-survey-muslims-selected-findings_de.pdf (Download 20.2.2024).
- Fischer, Adrian, Hanspeter Stamm, Markus Lamprecht und Peter Farago (2022). *Freiwilliges Engagement während der Covid-19-Pandemie*. Forschungsbeitrag. Lamprecht und Stamm Sozialforschung und Beratung AG im Auftrag des Migros-Kulturprozenten. https://www.vitaminb.ch/uploads/media/default/2517/2021_12_17-Forschungsbeitrag.pdf (Download 20.2.2024).
- Gabriel, Karl, Hans-Richard Reuter, Andreas Kurschat und Stefan Leibold (2013). *Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa. Konstellationen – Kulturen – Konflikte*. Tübingen.
- Giddens, Anthony (1995). *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt a. M.
- Gouldner, Alvin W. (1960). „The Norm of Reciprocity: A Preliminary Statement“. *American Sociological Review* 25 (2). 161–178.
- Hardin, Garrett (1968). „The Tragedy of the Commons“. *Science* 162 (3859). 1243–1248.
- Hedström, Peter (2005). *Dissecting the Social. On the Principles of Analytical Sociology*. Cambridge.
- Hochschild, Arlie Russell (2018). *Strangers in their own land: Anger and mourning on the American right*. New York.

- Hondrich, Karl-Otto, und Claudia Koch-Arzberger (1992). *Solidarität in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt a. M.
- Huhnholz, Sebastian (2018). „Demokratie als öffentliches Gut?“. *Politische Vierteljahresschrift* 59 (1). 37–61.
- Hummel, Siri, Eckhard Priller, Malte Schrader und Rupert Graf Strachwitz (2020). *Spenden zwischen Gutes tun und Pflicht: eine Studie zum muslimischen Spendenverhalten in Deutschland*. Opuscula, 139. Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68883-5> (Download 20.2.2024).
- Isengard, Bettina (2018). *Nähe oder Distanz? Verbundenheit von Familiengenerationen in Europa*. Opladen, Berlin und Toronto.
- Kahneman, Daniel, Jack L. Knetsch und Richard H. Thaler (1986). „Fairness and Assumptions of Economics“. *The Journal of Business* 59 (4). Part 2, 285–300.
- Karlson, Christoph J. (2010). „Zum sozio-kulturellen und theologischen Hintergrund der paulinischen Kollekte“. *Prosoziales Verhalten. Spenden in interdisziplinärer Perspektive. Maecenata Schriften, Band 8*. Hrsg. Frank Adloff, Eckhard Priller und Rupert Graf Strachwitz. Stuttgart. 21–27.
- Kneuer, Marianne, und Carlo Masala (2014). „Politische Solidarität. Vermessung eines weiten und unerschlossenen Feldes“. *Zeitschrift für Politikwissenschaft Sonderband Solidarität*. 7–25.
- Knippenberg, Hans (2006). „The Political Geography of Religion: Historical State-Church Relations in Europe and Recent Challenges“. *GeoJournal* 67. 253–265.
- Laenen, Tijs, und Femke Roosma (2022). „Who Should Get What and Why? Insights from Welfare Deservingness Theory“. *Solidarity and Social Justice in Contemporary Societies. An Interdisciplinary Approach to Understand Social Inequalities*. Hrsg. Mara A. Yerkes und Michëlle Bal. Cham. 65–75.
- Lessenich, Stephan (1999). „Back to Basics: Vielfalt und Verfall wohlfahrtsstaatlich organisierter Solidarität in Europa“. *Zeitschrift für Sozialreform* 45 (1). 24–38.
- Liebig, Stefan, Carsten Sauer und Peter Valet (2013). „Gerechtigkeit“. *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Hrsg. Steffen Mau und Nadine M. Schöneck. Wiesbaden. 286–299. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-18929-1>.
- Luhmann, Niklas (2014). *Vertrauen: Ein Mechanismus zur Reduktion von Komplexität*. 5. Auflage. München.
- Lynn, Michael, und Mark M. Starbuck (2015). „Tipping customs: The effects of national differences in attitudes toward tipping and sensitivities to duty and social pressure“. *Journal of Behavioral and Experimental Economics* 57. 158–166.
- Manow, Philip (2005). „Plurale Wohlfahrtswelten. Auf der Suche nach dem Sozialmodell und seinen religiösen Wurzeln“. *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 46. 207–234.
- Marshall, Thomas H. (1950). *Citizenship and Social Class and Other Essays*. Cambridge.
- Merton, Robert K. (1948). „The Self-fulfilling Prophecy“. *The Antioch Review* 8 (2). 193–210.
- Meulemann, Heiner, Tilo Beckers, Karl-Heinz Reuband, Bettina Lander, Frank Faulbaum und Marc Deutschmann (2005). *Selbstorientierung und kollektive Orientierung (SuKO)*. GESIS Data Archive, ZA 4209. Köln. <https://doi.org/10.4232/1.4209>.
- Müke, Marcel, Ulf Tranow, Annette Schnabel und Yasemin El-Menouar (2023). *Zusammenleben in religiöser Vielfalt. Warum Pluralität gestaltet werden muss*. Religionsmonitor 2023. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Müller-Hilmer, Rita, und Jérémie Gagné (2018). *Was verbindet, was trennt die Deutschen: Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017*. Forschungsförderung Report, No. 2. Düsseldorf.
- Musgrave, Richard A., Peggy B. Musgrave und Lore Kullmer (1987). *Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis. Band 1*. München und Stuttgart.
- Nelson, Brent (2004). *The Reluctant Europeans: Protestantism, Nationalism and European Integration*. Delivery at the Annual Meeting of the American Political Science Association, 2.–5. September 2004.
- Olson, Mancur (2004 [1965]). *Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Vol. 10. Tübingen.
- Patel, Eboo, und Benjamin P. Correia-Harker (2020). „Bonding and bridging: an equilibrium that matters for engaging religious diversity in a pluralistic society“. *Journal of College and Character* 21 (1). 42–48.
- Pettigrew, Thomas F., und Linda R. Tropp (2006). „A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory“. *Journal of Personality and Social Psychology* 90. 751–783.
- Pickel, Gert (2022). „Religiöse Vielfalt als Bedrohung oder Bereicherung? Ergebnisse des Bertelsmann Religionsmonitors 2017 im Ländervergleich“. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 6 (2). 749–779.
- Pickel, Gert, und Anja Gladkich (2011). „Säkularisierung, religiöses Sozialkapital und Politik – Religiöses Sozialkapital als Faktor der Zivilgesellschaft und als kommunale Basis subjektiver Religiosität?“ *Religion zwischen Zivilgesellschaft und politischem System. Befunde – Positionen – Perspektiven*. Hrsg. Antonius Liedhegener und Ines-Jacqueline Werkner. Wiesbaden. 81–109.

- Pollack, Detlef, und Olaf Müller (2013). *Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Priller, Eckhard, und Jana Sommerfeld (2005). *Wer spendet in Deutschland? Eine sozialstrukturelle Analyse*. Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat, Abteilung Ungleichheit und soziale Integration, 2005-202. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-117288> (Download 20.2.2024).
- Putnam, Robert D. (2000). *Bowling alone: The collapse and revival of American community*. New York.
- Quandt, Markus, und Vera Lomazzi (2023). „Solidarity: A European Value?“ *Values – Politics – Religion: The European Values Study. In-depth Analysis – Interdisciplinary Perspectives – Future Prospects. Philosophy and Politics – Critical Explorations, Band 26*. Hrsg. Regina Polak und Patrick Rohs. Cham. 249–280.
- Riis, Ole (1989). „The Role of Religion in Legitimizing the Modern Structuration of Society“. *Acta Sociologica* 32 (1). 137–153.
- Rössel, Jörg (2010). „Spenden und prosoziales Handeln. Eine Einschätzung aus soziologischer Perspektive“. *Prosoziales Verhalten. Spenden in interdisziplinärer Perspektive. Maecenata Schriften, Band 8*. Hrsg. Frank Adloff, Eckhard Priller und Rupert Graf Strachwitz. Stuttgart. 213–224.
- Roth, Roland (2010). „Engagementförderung als Demokratiepolitik: Berücksichtigung einer Reformbaustelle“. *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*. Hrsg. Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß. Wiesbaden. 611–636.
- Schnabel, Annette, und Florian Grötsch (2012). „Religion und soziale Integration – Europa als Anwendungsfall einer Mehrebenen-Analyse“. *Religiöser Pluralismus im Fokus quantitativer Religionsforschung*. Hrsg. Detlef Pollack, Ingrid Tucci und Hans-Georg Ziebertz. Wiesbaden. 371–386.
- Schnabel, Annette, und Ulf Tranow (2020). „Zur Einleitung: Grenzziehungen der Solidarität“. *Berliner Journal für Soziologie* 30 (1). 5–22.
- Schöttler, Peter, und Andreas Häckermann (2021). „Frankreich nach dem Tod von Samuel Paty“. *Merkur* 75 (861). 5–17.
- Schrader, Ralph (2005). „Verdienst – Erfolg – Gerechtigkeit. Zum Problem der ökonomischen Gerechtigkeit“. *Die Gerechtigkeit der Gesellschaft*. Hrsg. Michael Corsten, Hartmut Rosa und Ralph Schrader. Wiesbaden. 101–123.
- Schuyt, Kees (1998). „The Sharing of Risks and the Risks of Sharing: Solidarity and Social Justice in the Welfare State“. *Ethical Theory and Moral Practice* 1. 297–311.
- Simonson, Julia, und Nadiya Kelle (2021). „Ehrenamtliches Engagement von Menschen in der zweiten Lebenshälfte während der Corona-Pandemie“. *dza aktuell. deutscher alterssurvey* Heft 8. https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/DZA_Aktuell/DZA_Aktuell_08_2021_Ehrenamtliches_Engagement.pdf (Download 20.2.2024).
- Spohn, Willfried (2009). „Europeanization, Religion and Collective Identities in an Enlarging Europe: A Multiple Modernities Perspective“. *European Journal of Social Theory* 12. 358–374.
- Stjernø, Steinar (2011). „The idea of solidarity in Europe“. *European Journal of Social Law* (3). 156–176.
- Sugden, Robert (1991). „Rational Choice. A Survey of Contributions from Economics and Philosophy“. *The Economic Journal* 101. 751–785.
- Thomas, William Isaac, und Dorothy Swaine Thomas (1928). *The child in America*. Oxford.
- Tranow, Ulf (2012). *Das Konzept der Solidarität: Handlungstheoretische Fundierung eines soziologischen Schlüsselbegriffs*. Wiesbaden.
- Tranow, Ulf (2013). „Solidarität: Vorschlag für eine soziologische Begriffsbestimmung“. *Analyse & Kritik* 02 (2). 395–421.
- Tranow, Ulf, und Annette Schnabel (2019). „Solidarität und Sozialstaat: Theoretische Perspektiven und empirische Fragen“. *Sozialstaat unter Zugzwang? Zwischen Reform und Neuorientierung*. Hrsg. Doris Baumgartner und Beat Fux. Wiesbaden. 19–42.
- Valente, Rubia R., und Adam Okulicz-Kozaryn (2021). „Religiosity and trust: Evidence from the United States“. *Review of Religious Research* 63. 343–379.
- van Oorschot, Wim (2000). „Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public“. *Policy and Politics* 28 (1). 33–48.
- Vogel, Claudia, Julia Simonson und Clemens Tesch-Römer (2017). „Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund“. *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Hrsg. Julia Simonson, Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer. Wiesbaden. 601–634. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12644-5_24.
- von Hayek, Friedrich (1994 [1944]). *The Road to Serfdom*. Chicago.
- von Sass, Hartmut (2022). *Atheistisch glauben. Ein theologischer Essay*. Berlin.

- Welch, Michael R., David Sikkink, Eric Sartain und Carolyn Bond (2004). „Trust in God and Trust in Man: The Ambivalent Role of Religion in Shaping Dimensions of Social Trust“. *Journal for the Scientific Study of Religion* 43 (3). 317–343.
- Wisneski, Daniel C., Brad L. Lytle und Linda J. Skitka (2009). „Gut reactions: Moral conviction, religiosity, and trust in authority“. *Psychological Science* 20 (9). 1059–1063.
- Zehavi, Amos (2013). „Religious supply, welfare state restructuring and faith-based social activities“. *Political Studies* 61 (3). 561–579.

Über die Autor:innen

Annette Schnabel hat an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Fach Soziologie promoviert. Nach einem fünfjährigen Aufenthalt von 2009 bis 2012 als Assistant Professor an der Umeå Universität in Schweden trat sie die Professur für Allgemeine Soziologie an der Bergischen Universität Wuppertal an; seit 2015 ist sie Professorin für Soziologische Theorie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Religionssoziologie, der Wohlfahrtsstaatstheorie, der Geschlechtersoziologie und den Handlungstheorien. Annette Schnabel ist Mitherausgeberin der „Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik“ und seit 2016 im Vorstand der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Ulf Tranow studierte Soziologie, Psychologie und Medienwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, wo er 2010 im Fach Soziologie promoviert wurde. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Solidarität, Konflikt und Integration in pluralistischen Gesellschaften, soziale Normen und soziologische Handlungstheorie. Von 2013 bis 2020 war er Juniorprofessor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziologische Theorie an der HHU Düsseldorf. Als Fellow hat er 2020 am Center for Advanced Internet Studies in Bochum zu Ritualität und Kommunikationsnormen im digitalen Raum gearbeitet. Ulf Tranow ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Analyse & Kritik, Journal of Philosophy and Social Theory“. Derzeit lehrt und forscht er als Akademischer Oberrat an der HHU Düsseldorf.

Marcel Müke studierte Politikwissenschaft, Geschichte, Regionalstudien Ostasien (B. A.) und Sozialwissenschaften (M. A.) in Dresden, Peking und Düsseldorf und ist seit 2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand im Fachbereich Soziologie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich sozialer Kategorisierungs- und Subjektivierungsprozesse. Darüber hinaus forscht und lehrt er zu Wohlfahrtsstaatlichkeit, sozialer Ungleichheit und sozialer Devianz.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Dr. Yasemin El-Menouar
Senior Expert – Religion, Werte und Gesellschaft
Demokratie und Zusammenhalt
Telefon +49 5241 81-81524
yasemin.el-menouar@bertelsmann-stiftung.de
religionsmonitor.de

